

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 18898.  
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gesetzte Zeitung oder deren Raum 25 Pf., bei Plakatschrift 30 Pf., Schriftsteller nach höherem Tarif. — Der Preis für das Weilgen von Prospeten ist 8.00 M. pro Tausend für die Gesamt-ausgabe, bei Teilausgabe 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Ausgabe früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Bei der Reichstagswahl in Frankfurt. Gab es erhielten noch den bisher vorliegenden Meldungen: Gaber (Soz.) 14.815, Winter (natl.) 7.758, Dunkel (sonst.) 6505 Stimmen. Es wäre demnach Stichwahl zwischen Gaber und Winter erforderlich.

Der Ausschuss des Deutschen Bauernbundes erklärt sich gegen jede durchgreifende Maßregel zur Linderung des Brot- und Fleischwuchses.

Die österreichische Regierung unterhandelt mit der ungarischen Regierung wegen der Einfuhr argentinischen Fleisches.

Die türkische Regierung ließ weitere fünf Delegierte zur Nationalversammlung der ottomanischen Griechen verhaften.

Das türkische Boykottkomitee in Saloniki beschloss die äußerste Verschärfung des Boykotts griechischer Waren.

In New York wurden wieder einmal Bestechungen von Parlamentsmitgliedern aufgedeckt.

Bei den Wahlen zum südafrikanischen Parlament errangen die Unionisten große Erfolge. Mitglieder der bisherigen Regierung unterlagen der Partei der großkapitalistischen Raubpolitiker.

## Kritisches über Kopenhagen.

II. Leipzig, 16. September.

### 3. Die Demokratisierung der Diplomatie.

Auch die dritte Pflicht, welche die Resolution den sozialdemokratischen Abgeordneten auferlegt, nämlich „das Verlangen auf Abschaffung der geheimen Diplomatie und die Veröffentlichung aller bestehenden und künftigen Verträge und Abmachungen zwischen den Regierungen“, ist nicht besser, als die beiden schon besprochenen.

Wir wollen hier nicht ausführlich untersuchen, ob die Veröffentlichung der alten Staatsverträge nicht die entgegengesetzten Folgen hervorrufen würde, als sie von den Befürwortern der Resolution erwartet werden. Die Forderung der Veröffentlichung der zukünftigen Verträge hat aber nur den Sinn, dass man dadurch dem Volke einen Einblick in das Schachergeschäft der Diplomatie geben will, um es gegen die kapitalistische Politik aufzurütteln. Dies ist eine selbstverständliche Aufgabe der Sozialdemokratie, die ihr schon durch die Inauguraladresse der alten Inter-

nationale zugewiesen worden ist. Die Inauguraladresse verlangte von der Arbeiterklasse, „sich selbst der Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemächtigen“, die diplomatischen Streiche der Regierungen zu bewachen, sie sagte aber nicht, dass wir von den Regierungen die Abschaffung der „geheimen Diplomatie“ und volle Offenheit der Arbeit fordern sollen, und sie tat es mit Recht nicht, denn die Erfüllung dieser Forderung ist im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unerfüllbar. Die auswärtige Politik der Regierungen ist eine Politik des Raubes und des Betrugs. Von den kapitalistischen Regierungen die volle Offenheit der diplomatischen Arbeit zu fordern, heißt von ihnen das Aufgeben der einzigen Politik fordern, die sie treiben können. Welch frecher Schwund mit der jüngsten Methode der „Offenheit“ in der Diplomatie getrieben wird, das geht am besten aus den Verhältnissen Englands und Amerikas hervor. „Wir sind beinahe ebensosehr der Gnade zweier Männer preisgegeben, soweit die auswärtige Politik in Frage kommt“ — schreibt Sidney Low in seinem Buch: Die Regierung Englands (Tübingen 1908) — als ob wir Einwohner einer kontinentalen Monarchie wären, wo die auswärtigen Angelegenheiten persönlich von einem halbautokratischen Kaiser und einem Kanzler geleitet werden, der dem Parlament nicht verantwortlich ist.“

Trotzdem aber herrscht bei der Demokratie des Kontinents ein kindlicher Glaube an die Macht der Blaubücher, die über jeden Schritt der Regierung informieren — wenn auch erst nachträglich! Diesem Glauben trat schon im Jahre 1853 Lothar Bucher in seinem noch heute lebenswerten Buch über den englischen Parlamentarismus entgegen, in dem er bewies, wie zugestuft und frisiert die Blaubücher werden. Wie sieht es heute mit ihnen aus? Blaubücher dürfen nicht alles mitteilen — schreibt Low; und die wirkliche Geschichte komplizierter Verhandlungen unserer Zeit wird vergleichbar in den dem Parlament vorliegenden offiziellen Papieren gesucht werden.“ Und parlamentarische Interpellationen?

Als ob man die Ablehnung aller Aussicht des Unterhauses über diesen Zweig der nationalen Geschäfte nachdrücklich hervorheben wolle, wird das Auswärtige Amt in diesem Hause gewöhnlich durch einen jungen Herrn vertreten, der wohl begabt sein mag, aber keine grosse Erfahrung oder Autorität besitzt — schreibt derselbe Verfasser. Es wird nicht für notwendig erachtet, einen Staatsmann von Gewicht und Einfluss aufzubieten, um mit der Kammer des Volkes über die auswärtige Politik zu rede zu gehen. Es ist genug, dasselbst einen rebedwandten und sehrgesetzten jungen Geist zu haben, der als das Telefon für die grösseren Mächte über ihm fungieren und mit

\* Daraus folgt natürlich nicht, dass wo eine Regierung sich genötigt sieht, Dokumente zu veröffentlichen, die Sozialdemokratie sich dem widersetzen sollte, wie dies die Wiener Arbeiterzeitung bei dem vorjährigen Ahrenthal-Isawolsky-Preisgeplänkel tat. Diese Art der Friedensbereitung hat ebenso wenig etwas mit der Sozialdemokratie zu tun, wie die Politik der demokratischen Illusionisten, die durch die Veröffentlichung von Dokumenten den Frieden sichern zu können glauben.

Nättigkeit und Genauigkeit diejenigen beschränkten Mitteilungen machen kann, die man gelegentlich den Vertretern der Nation fundzugeben für wünschenswert erachtet.

So sieht das Zeitgenössische der englischen Diplomatie aus. Und in Nordamerika? Dort existiert eine Kommission für auswärtige Politik im Senat, die jedoch die ihr anvertrauten Nachrichten geheim halten muss!

Würden in Deutschland ähnliche Institutionen bestehen, wir würden sie zur Kompromittierung des Absolutismus, der sie als Zeitgenössische gebrauchen würde, benutzen. Einen Kampf um die Einführung dieses Zeitgenössischen aber zu führen, wäre sinnlos. Noch sinnloser wäre, von diesen Einrichtungen eine Förderung des Friedens zu erwarten.

### 4. Ursachen und Folgen dieser Forderungen.

Wir haben nun mehr alle Forderungen, die nach der Kopenhagener Resolution von den sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten verfochten werden sollten, nacheinander untersucht und kommen zum Ergebnis, dass sie auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft unerfüllbar sind. Daraus schließen wir natürlich nicht, dass wir die userlosen Rüstungen, die Politik von Eisen und Blut, die Politik des diplomatischen Schachers und Raubs nicht bekämpfen sollen. Wohl aber schließen wir daraus, dass die Sozialdemokratie diese Forderungen als Mittel im Kampfe gegen den Imperialismus nicht betrachten und nicht aufstellen kann; denn ihr Gegenwartsprogramm, d. h. der zweite Teil des Erfurter Programms, stellt nur Forderungen auf, die im Rahmen des Kapitalismus erfüllbar sind. Es entsteht die Frage, wie kommt es, dass derartige Vorschriften überhaupt befürwortet werden könnten? Sie werden zwiesach verteidigt. Die einen sagen: wir sind ebenfalls überzeugt, dass diese Forderungen unerfüllbar sind. Aber eben darin liegt ihre Bedeutung. Die Regierung muss sie ablehnen und dann treten wir vor die Massen und zeigen ihnen, dass die Regierung diese ganz berechtigten Forderungen nicht erfüllen will. Diese Verfestigung unerfüllbarer Forderungen aus agitatorischen Gründen ist schon vom agitatorischen Standpunkt aus falsch und zweitens der ganzen prinzipiellen Position der Sozialdemokratie widerprüfend. Sie ist agitatorisch falsch; denn unsre Agitation beruht in erster Linie darauf, dass wir den Massen die Augen öffnen über die Ursachen der jüngsten Verhältnisse, ihnen ihre Wirkungen auf alle Gebiete klarlegen und sie zum Kampfe gegen den Kapitalismus auffordern. Wollten wir die obengenannten Forderungen erheben, dann müssten wir zuerst in den Massen den Glauben an ihre Durchführbarkeit wecken, um ihn später zu zerstören, d. h. wir müssten Verwirrung schaffen. Was natürlich nicht zu den Aufgaben unsrer Agitation gehört. Über auch unsrer taktischen Position würde ein solcher Standpunkt widersprechen. Der Weise der Sozialdemokratie blüht eben deshalb, weil die Bourgeoisie selbst die von unsrer Forderungen, die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft ganz gut erfüllbar sind, nicht erfüllen

beachte seine kräftige, lebhafte Gestalt. Die Hände hatte er vor das Gesicht geschlagen und den Kopf, weit vornüber gebeugt, auf die grobe, runde Tischplatte gelegt.

Herr Senn! bat Agnes leise und schüchtern und versuchte seine Hände vom Antlitz wegzu ziehen.

Mathilde stand da, mit einer tiefen Blässe im Gesicht. Der Anblick des alten Senn, des ernsten und gemessenen Mannes, der jetzt so gebrochen und fassungslos schluchzte, erschütterte sie. Ein inniges Mitleid mit dem alten Senn keimte in ihr auf und ein ehrlicher Zorn gegen das grausame Schicksal, das diesen Mann bis zum Verbrechen getrieben hatte.

Dass Sie so gut mit mir sein — so gut — sprach Michael Senn unter trockenem Schluchzen.

Dem alten Christian Thaler rannen dicke, schwere Tropfen aus seinen guten, glanzlosen Augen. Unaufhörlich. Tropfen auf Tropfen. Zitternd stand er neben Michael Senn und versuchte dessen Hand zu drücken. „Herr Senn — Herr Senn —“ stotterte er.

Dann sah er auf Agnes und Mathilde. Mit einem bittenden Blick. Die beiden Mädchen verstanden ihn gleich. Christian Thaler wollte mit seinem ehemaligen Prinzipal allein sein. Leise und unhörbar gingen beide aus dem Zimmer. Nur noch einen scheuen Blick warfen sie unter der Tür auf die zwei alten Männer.

„Ich hab's nie verdient, dass Sie so treu zu mir halten in meiner schwersten Stunde!“ schluchzte der alte Senn, noch immer ganz gebrochen, als sie allein waren.

„Sie sein ja so verlassen — so arm —“ sagte Christian Thaler leise, fast flüsternd. „Und i mein', es wär' der Theresia recht, wenn sie's wissen tät'. Wissen's, der Rest — Theresia Frau.“

Michael Senn weinte wie im Kampf in sich hinein. Der mächtige Körper hob und senkte sich unter der gewaltigen Erstürzung.

## Seuilleton.

### Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

50)

Nachdruck verboten.

Michael Senn nickte traurig vor sich hin. „Ja, so weit hat's kommen müssen. So weit, dass i a Verbrecher worden bin!“

„Ja. Und alles wegen dem unlösabaren, heiligen Ehstand!“ stieß nun Christian Thaler erbittert hervor und blieb vor Michael Senn stehen. „Einsperren werden's Ihnen fack!“ schrie er den alten Senn an. „Einsperren! Weil's a Verbrecher sein! Aber wären Sie a Verbrecher, frag' i, wann die Eh vom Franz und der Lina hätt' getrennt werden können? Na! Gwiss nit! A Mann wie Sie! Sünd' und Schad' is's um Ihnen, sag li!“ rief der alte Thaler und sah Michael Senn wildend an. „Sünd' und Schad'! Und's ganze Leben ist zerstört. Von Ihnen und vom Franz. 's ganze Leben!“

„I hab' nimmer lang a' leben!“ sagte Michael Senn traurig. „Und der Franz, der ist jetzt frei!“

„Ja, frei! Auf solche Weis!“ ereiferte sich der alte Thaler. „Durch a Verbrechen hat er frei werden müssen, durch —“

„I werd' mei' Schuld schon büßen!“ sprach Michael Senn zuversichtlich. „Sie werden mich schon abstrafen, die Richter. Und i büß' es gern. Weil's i verdient hab'. Und gleich jetzt geh' i zur Schandarmerie. In der Stund' noch. I will toa Nacht mehr freu umadum geh'n. Koa Nacht.

Weil a Mensch, wie i oaner bin, hinter Schloss und Riegel g'hört!“

Michael Senn erhob sich. Mit aller Kraft und Energie. Gewaltsam wollte er sich aufstellen, um fest und ungebeugt dazustehen. Es gelang nicht wie sonst. Seine hohe Gestalt war gebrochen. Wie ein starker, mächtiger Waldbaum, der sich unter den brutalen Schlägen der Holzgärtner beugt.

„Nit fortgeh'n! Nit fortgeh'n!“ flehte Agnes in namenloser Angst. „Flüchten! Ihnen! Tun Sie's dem Franz zulieb!“ Mit aufgehobenen Händen sah das Mädchen zu dem alten Senn empor.

„Lass' mich geh'n, Agnes!“ sagte Michael Senn weich und löste mit sanfter Gewalt die Hände des Mädchens, die ihn krampfhaft festzuhalten suchten. „Lass' mich geh'n! I hätt' keine Rast und keine Ruh mehr im Leben, wenn i mich vor der Straf' flüchten wollt'!“

Des alten Christian Thaler glanzlose, helle Augen besaßen einen feuchten Schimmer. Leicht und zart fuhr er über das dunkle Haar der Agnes, die in ein fassungsloses Weinen ausbrach. „Der Herr Senn hat recht, Agnes —“ lagte er mit leiser, zitternder Stimme. „Er muss sich selber dem Richter stellen. Und i geh' mit ihm. I verlass' ihn nit in dieser Stund'!“

„Herr Thaler — Sie — Sie —“ Den alten Senn wütigte es in der Kehle. „Sie wollen —“ sagte er rauh und heiser.

„Ja, I geh' mit Ihnen, Herr Senn!“ Christian Thaler sagte es schlicht und einfach. „I werd' Ihnen doch iah nit allein lassen. Ja, wo —“

„Dass Sie so treu zu mir halten, Christian — so treu —“ Ein trockenes, heiseres Schluchzen erschütterte den mächtigen Körper des alten Senn. Er ließ sich schwer auf seinen Stuhl niedersinken und weinte. Wie im Kampf

wollt. Die Sozialdemokratie hat die Ausstellung der Forderungen, an deren Erfüllbarkeit sie nicht glaubte, immer abgelehnt, so z. B. die Forderung des Rechts auf Arbeit, ohne Rücksicht, ob sie „zündend“ oder nicht waren. Und warum sollten wir diesen Standpunkt speziell auf dem Gebiete der auswärtigen Politik verlassen? Liefert sie uns zu wenig Material zur Agitation? Genügt die Agitation gegen den Schreken der Rüstungen, die Barbarei der Kriege, die Schändlichkeit des Kriegsschachters, nicht zur Aufrüstung der Massen? Man könnte umgekehrt fast glauben, daß sie so viel Material liefert, daß es unsre Abgeordneten nicht bewältigen können. Wie sonst könnte man es erklären, daß z. B. Genosse Ledebour vor einem Jahre im Reichstag bei der Märzdebatte über die auswärtige Politik erklärte konnte, die deutsche Sozialdemokratie sei im großen und ganzen mit der Haltung der Regierung, welche während der serbisch-österreichischen Krise den österreichischen Imperialismus unterstützte, einverstanden? Eine solche Unterlassungslösung läßt sich doch bei einem so scharfen Gegner des Imperialismus, wie es Ledebour ist, natürlich nur durch den Überfluss an Agitationsmaterial erklären, der nicht erlaubt, sich in einzelheit einzustudieren.

Aber es gibt noch eine zweite Art, die hier kritisierte Forderung zu verteidigen. Wir müssen zu jeder Tagesfrage Stellung nehmen, erklärte Ledebour in der Kommission in Kopenhagen. Wir können natürlich nicht die „kindliche“ Politik treiben und jeden Tag den Sozialismus und nur den Sozialismus fordern. Die in der Resolution genannten Forderungen sind nach seiner Meinung eben die Antworten auf die Tagesfragen, bei denen wir den Sozialismus nicht immer wieder fordern können. Hier gelangen wir aber zur Quelle der Verirrung. Dieser Standpunkt zeigt, daß nicht agitatorische Notwendigkeiten, sondern parlamentarische Scheinnotwendigkeiten es sind, die zur Ausstellung ähnlicher Forderungen verleiten. Warum soll der sozialdemokratische Abgeordnete den Massen nicht sagen können: in diesen Fragen kann man im Parlamente nichts erreichen? In ihnen fondiert sich das Interesse der Bourgeoisie zum Granit, den man wohl mit dem Eisenhammer der revolutionären Massenaktion zerschlagen, aber nicht durch den parlamentarischen Tropfen austöhnen kann. Die agitatorische Wirkung dieses Appells an die Selbstständigkeit der Massen und ihre Aktion wäre gewiß sehr groß. Aber der Abgeordnete selbst, der das Sprechen zum Fenster hinaus für seine Aufgabe hält, spricht jedoch vor dem Forum der bürgerlichen Abgeordneten. Das verleiht ihm zu dem Versuch, sie zu überzeugen. Selbst wenn ihm seine Einsicht sagt, hier ist Mais und Hopfen verloren, greift er zu solchen Überzeugungsmitteln, um nicht als „kindlicher“ Politiker, als „sozialdemokratischer Leierkasten“, der nur die Melodie von der sozialen Revolution abspielen kann, zu gelten. Dies kann man vortrefflich durch die Tatsache illustrieren, wie Ledebour die Verlappung der Forderung des Flottenabkommen mit der Forderung der Aufhebung des Seebetreibes befürwortet. Er hält sie für einen besonders glücklichen Schachzug, weil er dadurch ein Argument für seine bürgerlichen Parlamentsgenossen zu gewinnen glaubt. Sie sagt, daß die Flotte zum Schutz des Handels nötig ist! „Nun gut!“ Mit waffen gleichermaßen mit der Verbesserung des Rüstungsmaterials auch die Gefahr für den Handel, die im Seebetrieb besteht, aufheben, also stimmt für unsren Antrag! Diese Argumentation ist natürlich nur fürs Parlament berechnet, wo sie dem bürgerlichen Gegner die Waffe entwinden will. In der Massenagitation ist sie nicht nötig, weil wir doch hier den Massen beweisen können — und die sozialdemokratische Presse tat es tausendmal —, daß die Flotte überhaupt nicht den Handel zu schützen imstande ist. Noch mehr: in der Massenagitation ist dies Argument direkt schädlich, weil es doch nicht unsre Aufgabe ist, die Massen für den Schutz des bürgerlichen Eigentums zu erwärmen. Es ist also nur vom parlamentarischen Standpunkt erklärbar. Und so alle andern hier kritisierten Forderungen. Wie utopisch sie auch sind, sie haben die Form eines parlamentarischen Antrags und erschrecken den Abgeordneten, der etwas mehr als Agitator sein will, als nötig und nützlich.

Die parlamentarische Verirrung, die in diesen Forderungen steht, ist geeignet, unsre Agitation in den Massen und unser Kampf gegen den Imperialismus zu schädigen. Unsre Agitation schädigt sie dadurch, daß sie, wie gefragt, Illusionen in den Massen verbreiten muß. In der Kommission des Kopenhagener Kongresses wurde als Beweis für die Nichtigkeit dieser Forderungen ein Artikel des

„I hab's jahrelang mit ang'sehen —“ fuhr Christian Thaler fort. „Sie sein ja auch damals schon arm g'wesen, Recht arm. Und die Rest auch. Die war vielleicht noch viel ärmer, wie Sie war'n. So verlassen — 's Herz hat mir weh tan, so oft i sie g'seh'n hab'. Weil sie so arm war. So unglücklich. Und weil i sie so gern g'habt hab'. So gern. Wie i nie an Menschen gern g'habt hab' im Leben. Und Sie haben mir beide verbarmt. Über die Rest hat mir mehr verbarmt. Viel mehr. Weil i sie so gern g'habt hab'. So gern. Bis zum End.“

Christian Thaler sagte es mit leise zitternder Stimme. Als wenn er dem alten Senn damit hätte Trost spenden wollen. Seine Worte schienen auch beruhigend auf Michael Senn zu wirken. Das frampfaste Schluchzen hörte langsam auf.

„Ja, die Rest —“ sagte Michael Senn wie in weh. „Sie haben sie halt auch gern g'habt, mei' Rest —“

Dann sahen die beiden alten Männer eine Zeit hindurch schweigend nebeneinander. Christian Thaler sah mit sorgenvollen Blicken auf den alten Senn, der nun immer ruhiger wurde.

„Sie haben sie halt auch gern g'habt, mei' Rest —“ sagte Michael Senn leise und starre wehmüdig vor sich hin. In seinem verheirateten Gesicht zuckte und arbeitete es. Christian Thaler nickte bestätigend.

„Ja, I hab' sie gern g'habt. So gern wie keinen Menschen auf der ganzen Welt!“ wiederholte der alte Buchhalter schlicht und einfach.

Wieder entstand eine tiefe Stille. Die mächtige Brust des alten Senn hob und senkte sich in gewaltiger Erregung. Seine Arme lagen milde und schlaff auf der runden Tischplatte. Sein Kopf war tief und schwer nach vorn gebeugt.

„I hab's zu spät eing'sehen, was i an ihr g'habt hab' —“ sagte der alte Senn traurig. „Sterben hat sie müssen, damit i sie wieder gern trage hab'!“

Vorwärts vom 5. August 1910 zierte, der, um das Flottenabkommen mit der englischen Bourgeoisie zu befürworten, nicht nur zur glatten Anerkennung des englischen Imperialismus kam, sondern der die gesamte sozialdemokratische Auffassung vom Imperialismus nicht durch die Klasseninteressen des Proletariats, sondern durch einen halb irisch, halb pfälzischen Appell an die „genuine Vernunft“ und ähnliche Schwäzerien begründete. Ledebour lehnte freilich die Verantwortung für diesen Artikel ab. Was war es aber anders als Illusion, wenn er mit dem feurigen Temperament, das wir an ihm so schätzen, erklärte, es sei ein großer Erfolg der sozialdemokratischen Reichstagsaktion in der Frage der englisch-deutschen Verständigung gewesen, daß Bülow und Tirpitz als Allianz festgenagelt wurden. Ist es wirklich ein Erfolg, und noch dazu ein großer, wenn der tugendhafte Bülow seines Tugendschleiers beraubt und als ein ganz schlechter Mensch hingestellt wird? Sind das die Waffen gegen die kapitalistische Weltpolitik? —

Die Verirrungen des Artikelschreibers im Vorwärts oder des Genossen Ledebour sind keine persönliche Schuld. Sie ergeben sich aus der Situation. Man kann Forderungen, die mit unserer Bewegung und unserer historischen Auffassung nichts zu tun haben, nicht verteidigen, ohne in bürgerliche Illusionen und Gedankengänge zu verfallen. Und wenn selbst geschulte Genossen sich ihrer nicht erwehren können, wie sollen es einfache Agitatoren können? Darum sagen wir, daß diese Forderungen unsre Agitation schädigen.

Was aber die Aktion gegen den Imperialismus betrifft, so sind die kritisierten Forderungen deshalb so schädlich, weil sie dem Proletariat den Glauben beibringen müssen, als ob im Parlament etwas gegen den Imperialismus erreicht werden könne. Dieser Glaube ist durch nichts begründet. Das einzige Mittel, durch das dem Imperialismus Einhalt geboten werden kann, oder durch das die Folgen der imperialistischen Politik für die Bevölkerung der Arbeiterklasse ausgenutzt werden können, ist die sozialrevolutionäre Aktion des Proletariats. Auf sie das Proletariat durch Agitation und Organisation vorzubereiten, ist die wichtigste Ausgabe der Sozialdemokratie, und sie gehört zu den Pflichten der sozialdemokratischen Abgeordneten. Wie können sie aber diese Pflicht erfüllen, wenn sie dem Proletariat den Glauber beibringen wollten, daß Abkommen zwischen kapitalistischen Regierungen oder Schiedsgerichte die Kelter in der Not sein können? —

Die Resolution des Kopenhagener Kongresses in der Frage der Abrüstung und der Schiedsgerichte ist also unhaltbar und schädlich. Sie entstand unter der aktiven Wirkung der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, die für sie die Autorität der deutschen Reichstagsfraktion ins Treffen führten. Es ist daher die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, durch eine Diskussion dieser Angelegenheit der schädlichen Wirkung dieser Resolution entgegenzuwirken. Eine ausführliche Debatte ist um so notiger, weil es sich um die wichtigsten Fragen der deutschen Politik handelt. Von Jahr zu Jahr wächst die Wichtigkeit der Weltpolitik für das internationale Proletariat. „Die mit mir verhandelten Fragen sind jedoch noch so neu, so neu, daß es kein Wunder ist, daß die Stellung des Internationale zu Ihnen schwankt. Nur Diskussion kann die Fragen klären, und ihr sollen diese Artikel dienen.“

## Kongress der sozialistischen Stadtverordneten in Florenz.

Vom 9. bis 12. September hat in Florenz der erste Kongress sozialistischer Stadtverordneten in Italien stattgefunden, an dessen Arbeiten 77 Provinzialräte und 157 Stadtverordnete teilnahmen. Die auf dem Kongress veröffentlichte Statistik des beruflichen Bestandes der sozialistischen Vertreter in Provinzial- und Stadtverwaltungen haben wir bereits wiedergegeben: es gibt in Italien 108 Gemeinden, in denen unsre Partei die Mehrheit hat, weiter 192 sozialistische Bürgermeister, 800 Stadträte und 2100 Stadtverordnete. Dabei kann diese Statistik nicht einmal als vollständig gelten, da auf die vom Parteivorstand veranstaltete Umfrage nur 555 von 1100 Parteiseelen geantwortet haben.

Zur Frage des kommunalen Stimmrechts, die als erster Punkt zur Beratung stand, kam es zu einer ziemlich heftigen Diskussion über das Frauenstimmrecht, bei der sich aber die Mehrzahl, entgegen dem Referenten Capriani, für die Gewährung dieses Stimmrechts aussprach und eine entsprechende Tagesordnung annahm. An dieser Tagesordnung wird weiter die Aufhebung

Christian Thaler schaute wieder ganz verloren ins Leere. „Ja —“ sagte er leise, fast unhörbar. Als ob er nur für sich selber sprechen würde. „Ja, sterben hat sie müssen. Und kein Mensch hat um sie getraut. Nur i —“ — der alte Christian Thaler. Mir hat's völlig 's Herz umgedreht im Leib, wie sie's einz'gent hab'n in die Grub'n! Und sie hats nie g'wußt im Leben, daß i sie gern hab'. Gac nie. Vielleicht wär's ihr leichter ankommen 's Sterben, wenn sie's g'wußt hät'. Vielleicht wär' sie mit gar so verlassen g'wesen, die Rest.“

Michael Senn sah einen Augenblick lang dem alten Christian Thaler erstaunt ins Gesicht. Dann drückte er ihm kräftig die kleinen, wellen Hände.

„So gern haben Sie's g'habt, mel' Rest? So gern?“ fragte er.

Christian Thaler nickte nur leicht mit seinem elsgrauen Kopf. In dem rünglichen, faltigen Gesicht zuckte es.

„Sie hat's nit amal g'wußt, die Rest?“ fragte Michael Senn.

Christian Thaler schüttelte traurig den Kopf. „Keine Ahnung hat's g'habt davon. Gar keine. I hab' sie schon damals gern g'habt, wie Sie noch nit mit ihr verheiratet war'n. Damals schon. Und vielleicht wär's glücklicher worden, wenn —“ Christian Thaler stotzte. Es fiel ihm ein, daß er dem alten Senn Vorwürfe mache. Und das wollte er ja gar nicht. Der alte Senn konnte nichts dafür, daß seine Frau unglücklich geworden war. Er hatte ja alles für sie getan. Ihm gehörte sein Vorwurf. Die Gatten hatten eben nie den Weg zueinander gefunden.

Düst und mit fest zusammengezogenen Brauen brachte Michael Senn vor sich hin. Dann sagte er laut und fest: „Ja, A so ist halt's Leben. Der eine muß sterben, damit er erkannt wird. Und wieder wer muß sel' Leben lassen, weil er a Unglück für an andern war. Und i hab' sie derschossen — die Lina — die —“ folgte er ingrimig

jeder Wahlbeschränkung der Erwachsenen, mit Ausnahme der aus der Verurteilung wegen gemeiner Verbrechen erwachsenden, verlangt, ferner Maßnahmen zu wirklicher Gehaltsentziehung des Beamten, Senkung der Fahrpreisverminderung auf 20 Proz., wie sie für die Parlamentswahlen schon besteht, für die anderen Wahlbezirke wohnenden Kommunalen Wähler und schließlich die Befreiung der heute geltenden Bestimmung, nach der ein Wähler sein kommunales Wahlrecht in verschiedenen Gemeinden ausüben kann, falls er in ihnen als Grundbesitzer, Besitzstreitender usw. interessiert hat.

An der Diskussion über die kommunale Sanitätspolitik nahmen zahlreiche Vertreter teil. Die angenommene Tagesordnung konstatierte, daß jede Hebung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterklasse bedeutende finanzielle Mittel erfordert, weshalb eine allgemeine Abgabenreform als Voraussetzung anzustreben ist. Dann verlangt die Tagesordnung obligatorische Kranken- und Invalidenversicherung und macht es den sozialistischen Kommunen zur Pflicht, die Institution der Gemeindeärzte weiter auszubauen, die dem sozialen Hilfsbedarf gewidmeten Vereine zu unterstützen und darauf hinzuwirken, daß die heutigen Wohltätigkeitsanstalten aus Almosen gebenden Institute in soziale Hilfstellen verwandelt werden.

Über die Municipalisierung der öffentlichen Dienste referierte der Direktor des Reichsarbeitsamtes, Genosse Montemarini, der als Stadtrat von Rom an dem Kongress teilnahm. Er widerrief bringt, die Verstaatlichung der Betriebe nur aus prinzipiellen Gründen vorzunehmen, ohne entweder eine Hebung des Betriebes oder eine städtische Einnahmekette im Auge zu haben. Zum Streitrecht der Arbeiter in Gemeindebetrieben, nahm Montemarini den Standpunkt ein, daß diese Arbeiter die Vertreter ihrer Kategorie denen der Allgemeinheit unterordnen müssen und deshalb zwar Organe haben, um ihr Recht geltend zu machen, aber nicht das Recht auf den Aussatz. Über diesen Punkt entstand eine lebhafte Diskussion, als deren Ergebnis alle Schlussfolgerungen Montemarinis, mit Ausnahme der zur Frage des Streits, zur Annahme gelangten. In der Streitfrage votierte der Kongress mit allen gegen 7 Stimmen die folgende Tagesordnung Zella: „Die in Gemeindebetrieben angestellten Arbeiter müssen, ohne darum auf ihr Streitrecht zu verzichten, das moralische Bewußtsein haben, daß die Interessen der Mehrheit nicht durch den Engdium von einzelnen Kategorien geschädigt werden dürfen.“

Zum Kommunalwahlrecht wurden mit Absicht auf die schon in der Kammer zur Annahme gelangte Schulreform Credaros nur wenige Forderungen aufgestellt. Von den sozialistischen Provinzialräten wurde verlangt, daß sie auf die Einrichtung von Stipendien für Mittellose, die Lehrer werden wollen, bringen wollen, weiter auf Bildung provinzialer Konsortien zur Schaffung beruflicher und technischer Unterrichtsstufen. Die sozialistischen Stadtverordneten werden aufgefordert, eine Vermehrung der städtischen Kindergarten zu veranlassen, der Schulen für erwachsene Alphabeten, der Schulvereine zur Unterhaltung der Kinder usw. Weiter wurde die Errichtung von Schulbibliotheken gefordert.

Zur Frage der kommunalen Wohnungspolitik stellte der Meier, Genosse Schiavi, die folgenden Forderungen auf: Einführung der Wertzuwächse, Demobilisierung sanitätswidriger Wohnungen, Bau billiger Arbeiterwohnungen und Gewährung regelmäßiger Mietzuschüsse für Mittellose. In der Diskussion wurde vorgeschlagen, die religiösen Orden zu expropriieren und aus ihren Kloster-Arbeiterwohnungen zu machen. Es wurde auch angeregt, von kommunaler Seite einen Maximalpreis für Mieten festzulegen, welcher Vorschlag aber seiner praktischen Unmöglichkeit wegen keinen Anklang fand. Nach langer Diskussion gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, die die folgenden Leistungen aufstellt: 1. Recht aller Gemeinden, die Baupläne im Verhältnis zu ihrem Kaufwert zu besteuern; 2. Einführung der Werthzuwächse, bereitgetragen; 3. Höchst zulässig soll die Gemeinde-Baupläne aufstellen; 4. Demobilisierung sanitätswidriger Wohnungen und Unterbringung der hierdurch obdachlos gewordenen in den Alstern, soweit dies auf Grund des Gesetzes, daß die religiösen Orden aufhebt, rechtmäßig ist; 5. Errichtung einer staatlichen Baubauklasse für Arbeitshäuser durch ein entsprechendes Gesetz; 6. Bau von Wohlfahrtswohnungen mit den Geldern der Wohltätigkeitsanstalten, die lediglich Almosen gewähren; diese Wohnungen sind zu niedrigstem Preise über umsonst den ärmsten und kinderreichen Familien zu überlassen.

Zur Frage der Stellung der Gemeinde zur wachsenden Lebensmittelversorgung referierte Genosse Ferraro, Stadtverordneter von Rom. Er brachte die von ihm ausgearbeitete Tagesordnung zur Annahme, die vom Staat und von der Gemeinde den Kampf gegen die Truffi im Korn- und Fleischhandel verlangt, Heraabsetzung der Eisenbahntarife für Nahrungsmittel, Einrichtung städtischer Verkaufsstellen in eigener Regie für alle wichtigen Lebensmittel, und schließlich die Förderung der Konsumvereine und andern Genossenschaften.

Die Diskussion über die Abgabenreform führte zu einer scharfen Kritik des der Kammer vorliegenden Gesetzes Sonnino, das als antidemokatisch verworfen wurde. Weiter konstatierte der Kongress, daß der Staat den Kommunalverwaltungen immer mehr Kosten aufblättert, ohne ihm neue Finanzquellen zu eröffnen. In der Tagesordnung Casalini wurde eine Gesetzesgebung gefordert, die auf die gradweise Verminderung der kommunalen Lebensmittelsteuern hinzuarbeitet und den Gemeinden als Ersatz einen Anteil an der staatlichen Einnahmensteuer gewährt.

Die Diskussion über die Abgabenreform führte zu einer scharfen Kritik des der Kammer vorliegenden Gesetzes Sonnino, das als antidemokatisch verworfen wurde. Weiter konstatierte der Kongress, daß der Staat den Kommunalverwaltungen immer mehr Kosten aufblättert, ohne ihm neue Finanzquellen zu eröffnen. In der Tagesordnung Casalini wurde eine Gesetzesgebung gefordert, die auf die gradweise Verminderung der kommunalen Lebensmittelsteuern hinzuarbeitet und den Gemeinden als Ersatz einen Anteil an der staatlichen Einnahmensteuer gewährt.

„Ja, Christian.“ Michael Senn raffte sich auf. Mit aller Kraft und Energie. „Sie haben recht. I darf nit a so herumstehen. I muß mich stellen geh'n. I hab' die Lina derschossen, dem Franz set' Weib. Und's rent mich nit! Aber g'strahf muß' i weid'n dafür, weil's a schwere Schuld ist vor unserm Herrn und vor der irdischen Gerechtigkeit!“

Michael Senn war aufgestanden. Als ob mit einem Schlag seine ganze Kraft zurückgekehrt wäre, so stark und wuchtig und ungebeugt stand er da. Christian Thaler erschien neben ihm noch kleiner, zusammengeschrumpfter und unscheinbarer als sonst.

„So, Christian! Und jetzt geh'n wir!“ sagte Michael Senn mit lauter, fester Stimme. „Jetzt stellt' i mich! Damit's mich strafen für das Verbrechen, was i begangen hab'! Komm'n's, Christian! Nehmen's Ihnern Hut und begleiten's mich! Und i dan'l's z'tausendmal, daß Sie mich nit allein geh'n lassen.“

Still und leise und mit gedrücktem Kopf ging Christian Thaler hinter seinem ehemaligen Prinzipal aus dem Zimmer. Michael Senn schritt hocherhoben Haupes, stark und ungebeugt einher.

Über die krachenden Stiegen ging es hinunter, Christian Thaler sperrte das große Haustor auf.

Dann traten die beiden alten Männer hinaus in die feuchte Herbstnacht und gingen schweigend durch die stillen Gassen der alten Bischofsstadt, um dem Gesetz Genüge zu leisten.

[Fortsetzung folgt.]

Schließlich hat der Kongress, dessen dreitägige Tagung an Anstrengungen reich war, noch die Gründung eines Verbandes der sozialistischen Stadtverordneten, Provinzialsräte und Verwaltungsräte der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen beschlossen. Der Verband wird auch eine verwaltungsdienstliche Auskunftsstelle haben.

## Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf um die „Seele des Arbeiters“.

Die Presse der Bergherren und Grubenbarone benutzt den Ausfall der Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrgebiet dazu, um der Regierung, die wieder einmal bei der Einführung der Sicherheitsmännerwahlen nicht nach ihrer Weise getanzt hat, ganz gehörige Grobheiten zu sagen. Der Ausfall der Sicherheitsmännerwahlen wird in der scharfmacherischen Deutschen Bergwerkszeitung also kritisiert:

Dieser Tage hat auch ein Schranken-Plaats gemacht, der Schranken-Delbrück, des ehemaligen preußischen Handelsministers, den Kampf um die Seele des Arbeiters auf dem Wege der Gelegenheitsgeschäftsmaßnahmen zu gewinnen.

Als bei dem beispielswerten Umgang auf Nadbod in einem Teile der Presse, und zwar insbesondere der sozialdemokratischen, eine wahre Hebe gegen den Bergbau initiiert wurde, gab die Regierung der irrgärtig geäußerten Meinung nach und ließ sich zu einem Gelegenheitsgesetz drängen, das nicht nur von Mithranen gegen das soziale Gewissen der Reichen besiegelt war, sondern das sogar die eigene staatliche Bergaufsicht preisgab.

Dieser Tage haben nun die ersten Wahlen der Sicherheitsmänner stattgefunden, und zwar mit folgendem Resultat: bei den 240 Stellen des Ruhrreviers sind 1885 ausgesprochenen Sozialdemokraten, also Leute, die die gesuchten Gegner der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung sind, gewählt worden, dazu kommen 286 christliche Gewerkschaften, die ihnen im Ernstfalle den Rang ablaufen werden, nicht weniger als 114 Polen und nur 50 aus der Zahl der unorganisierten Bergleute, die doch im Revier die große Mehrheit bilden.

Wir können uns sehr gut vorstellen, wie dieser Wahlausfall auf jene Leute, die am liebsten nur mit unorganisierten Bergarbeitern zu tun haben, gewirkt hat. Diese stellen im Ruhrrevier eine tote Mehrheit dar, denn sie beteiligen sich nirgends und bleiben auch allen Fragen des öffentlichen Lebens so lange fremd, bis sie durch eine Organisation der Arbeiter geweckt werden. Vorläufig wird den lieben Bergherren allerdings nichts weiter übrig bleiben, als mit den geschworenen Todfeinden der bürgerlichen Gesellschaft und denen, die ihnen im Ernstfall noch den Rang ablaufen, auszukommen. Eine andere Frage ist allerdings, inwieweit die Regierung jetzt auf die Klagen, die aus Rheinland-Westfalen von den Unternehmen in unermüdlicher Reihenfolge erhoben werden, eingehen. Es ist leicht möglich, daß da die so notwendig gebrauchte Wahlhilfe für das kommende Jahr liebenswürdige Gegenhilfe erzeugt. Die Arbeiter werden aber auch weiterhin gründlich aufpassen.

### Leipzig und Umgebung.

Der Tarif der Leipziger Metallarbeiter

Wurde nach Parität mit Zustimmung der Betriebsräte und allen Unternehmern rechtzeitig gefündigt, am 1. September d. J. abgelaufen. Bei Einsetzung der Kündigung wurde den Unternehmern gleichzeitig ein neuer Tarifentwurf mit dem Wunsche übermittelt, diesen Entwurf anzuerkennen.

Die maßgebendsten Firmen unterbreiteten in bezug auf Festlegung des Minimallohns für Gehilfen unter 21 Jahren anderweitige Vorschläge, und wünschten, daß ein Aufschlag für Überstunden nur dann bezahlt werden soll, wenn diese über die normale Arbeitszeit, auf die Woche verrechnet, geleistet werden, und endlich, daß der Tarif auf drei Jahre abgeschlossen werden solle.

Die Metallarbeiter erklären sich mit diesen Angeständnissen für nicht befriedigt und beauftragten die Verbandsleitung, die Druckkommission, bei den in Frage kommenden Firmeninhabern vorstellig zu werden. Nach der durch die Kollegen Stromm und Hacht mit den einzelnen Unternehmern gepflogenen Absprache wurde der Minimallohn für Gehilfen bis 1 Jahr nach beendeter Lehrzeit auf 48 Pf., für Gehilfen bis zum 21. Jahre auf 54 Pf., und für alle über 21 Jahre alten Gehilfen auf 60 Pf. pro Stunde festgesetzt. Gehilfen, die den geforderten Lohn schon haben, erhalten einen Aufschlag von 5 Prozent. Bei Akkordarbeiten ist der Stundenlohn zu garantieren. Alle Akkorde, bei denen 60 Pf. Stundenlohn nicht erreicht werden können, erhalten eine Ausbesserung von mindestens 10 Prozent. Überstunden werden mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde bezahlt. Eine mit Tinte ausgefüllte Preisliste muß jedem Arbeiter zugänglich sein; bei Anfang der Arbeit ist der Akkordpreis anzugeben. Der Tarif wird bis 1. September 1913 abgeschlossen.

Nachdem eine Versammlung der Metallarbeiter sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt hatte, wurde beschlossen, in allen Betrieben sofort die Arbeit wiederzuführen, wo der Tarif dessen wesentliche Bestimmungen oben mitgeteilt sind — nicht unterschriftlich anerkannt wird.

Bis auf zwei stimmten alle andern Firmen den Vereinbarungen zu, so daß es nur in diesen zwei Betrieben zur Arbeitsunterbrechung kam; doch bewilligte eine Firma einen Tag später gleichfalls. Nur die Firma Erich u. Sohn, Berliner Straße, nahm noch keine Veranlassung, den Tarif durch Unterschrift anzuerkennen. Die Drucker werden sich von der Arbeit bei genannter Firma solange drücken, bis der Tarif anerkannt ist, und werden auch ihrem Kollegen F. D. Schulz aus Plaußig, dem sehr jugendlichen Druckmeister dieses Betriebes, keine Beschäftigung leisten. Gegenwärtig sind sämtliche Drucker in Beschäftigung.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

### Streit bei der Biervertriebsgesellschaft Canitz u. Ghardt.

Heute früh legten die Arbeiter der Biervertriebsgesellschaft Canitz u. Ghardt, Wittenberger Straße 19, die Arbeit ab, weil die Unternehmer ihnen eine Arbeitsordnung aufstrebten wollten, mit der sie sich nicht einverstanden erklären konnten, da dieselbe schon eher einer Zuchthaussordnung ähnlich steht. Verhandlungen, die am gestrigen Tage mit Vertretern des Personals, sowie einem Vertreter der Verbandsleitung stattfanden, führten zu keinem befriedigenden Resultat. Trotzdem von den Arbeitern das größte Entgegenkommen gezeigt wurde, konnte man über zwei Punkte sich nicht einigen — die, wenn sie die Arbeiter angenommen hätten, sie vollständig der Willkür der Unternehmer ausgeliefert hätte. Auch gestern abend schließen die versammelten Arbeiter im Beisein des Betriebsleiters Pfannstiel diese Summutung ab und erklärten, lieber durch Arbeitsentziehung sich ihre Arbeitserbrecht bewahren zu wollen, als sich einer derartigen „Arbeitsordnung“ zu unterwerfen. Die Firma zeigt einen großen Teil ihrer Produkte in Arbeitserkennung ab. Es ist zu hoffen, daß diese es ebensoviel verstehen werden, daß den Arbeitern Summutungen gestellt werden, die sie zu Sklaven herunterdrücken. Über die Verhandlungen und die bisherigen Gevlogenheiten des Herrn Betriebsleiters Pfannstiel

soll später berichtet werden. Anwesenden möchten wir aber alle Arbeiter ersuchen, Arbeitsangebote der Firma Canitz u. Ghardt abzulehnen. Denn wie sehr die Firma im Druck ist, beweist, daß heute früh die Keller- und Hofmeister den Aufsichtsrat bestiegen und der Buchhalter Liebischmann Siphons-transporierte.

Transportarbeiter Leipzig, Abt Solidarität!

Die Verbandsleitung d. Transportarbeiterverbandes, Verwaltung Leipzig

### Fetterschichten und Überstunden.

Auf der Grube Margarete Espenhain bei Möhra wurden in letzter Zeit sehr oft Fetterschichten eingeschlagen, obwohl man viele Bergleute dann veranlaßt, Überstunden zu verfahren. Beider finden sich auch hierzu immer noch Bergleute, die selbst Verbandsangehörige, die während der Fetterschicht zwei Schichten verfahren. Es ist vorgekommen, daß Kameraden am Sonnabend bei der Wohnung um 4 Uhr angefahren sind und bis zum Sonntag früh 8 Uhr gearbeitet haben. Es ist natürlich kein Wunder, daß fortwährend Fetterschichten eingelegt werden, wenn sich Kameraden finden, die ihren Arbeitsdränen in dieser Weise in den Rücken fallen. Die arbeitswilligen Kameraden sollten doch daran zurückdenken, daß der Lohnabzug von 5 bis 8 Pf. pro Wagen nur auf dieses Verhalten zurückzuführen ist.

Achtung, Ritterbauer! Die Leipziger Ritterbauer haben bekanntlich den seit 1907 bestehenden Tarif gefündigt und den Unternehmern in den letzten Tagen die Unterlagen für einen neuen Tarif zugestellt. Neuerdings suchen Leipziger Unternehmer in Erzgebirgischen Zeitungen lästige Ritterbauer in angeblich gut lohnende Beschäftigung bei Ritterbauer. Da eben Arbeitsmangel vorhanden ist, wollen sich die Leipziger Unternehmer offenbar Arbeitswillige scheren. Wir ersuchen deshalb, Zugang fernzuhalten.

Achtung, Eisfabrik! Die Firma Hoh u. Hahne, Fabrik für photographische Apparate, sucht neuerdings wieder Arbeiter für ihren Betrieb. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Betrieb wegen Nichteinhaltung der vertraglichen Bestimmungen nach wie vor gesperrt ist.

Deutscher Holzarbeiterverband (Bahnstelle Leipzig).

### Deutsches Reich.

#### Eine neue Katastrope?

Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller beruft zu Donnerstag, 20. September, eine Sitzung nach Berlin ein, um zu der Aussperrung der Werkstarbeiter Stellung zu nehmen. Sollten die Metallindustriellen beabsichtigen, den Schiffswerften durch eine höhere Aussperrung zu Hilfe zu eilen, so würde dadurch also die Aussperrung nicht mehr auf die Hafenstädte beschränkt bleiben, sondern sich auch auf das Inneland erstrecken. Die Gefahr einer sehr großen Aussperrung ist also nicht unwahrscheinlich.

### Der Brauereistreik in Dresden baut sich fort.

Städtische Blätter berichten, daß die Differenzen mit der Plauenschen Lagerkellerbrauerei beigelegt seien. Diese Nachricht ist falsch. Die Brauerei hat zwar die Tarifbedingungen anerkannt, weigert sich aber, die Streikenden einzustellen. Der Braueralarbeiterverband hat bei den in Berlin stattgefundenen Verhandlungen mit dem Vorortschutzverband die Bedingung gestellt, daß bei Beendigung des Kampfes sofort 40 Streikende wieder eingestellt werden, die übrigen neun Mann bis in Zukunft. Wenn die Brauerei diese Forderung nicht nachkommt, geht der Kampf weiter. Die Direktion der Plauenschen Lagerkellerbrauerei will die Mitglieder des Centralverbandes, die für die Einführung des in allen andern Dresdner Brauereien anerkannten Tarifs in den Kampf getreten sind, nicht wieder einstellen. Sie möchte gern nur mit ebenen Arbeitsswilligen arbeiten. Darauf kann die organisierte Arbeiterschaft sich nicht einlassen. Das wäre kein ehrlicher Friedensschluß. Der Kampf geht also vorläufig weiter!

### Christliche Tarifsignoranten.

Auf Anfrage des Maurerverbandes in Breslau, weshalb bei einem Unternehmen, der vorzugsweise christliche Bauarbeiter beschäftigt, zehn Stunden, anstatt der im Tarif festgelegten 9½ Stunden gearbeitet werde, teilte der Arbeitgeberverband mit, daß die christlich-organisierten Bauarbeiter selbst eine Verlängerung der Arbeitszeit erwarten, und wenn dies nicht bewilligt worden wäre, mit der Niederlegung der Arbeit droht hätten.

Heute müssen die christlichen Tarifsignoranten auf Drängen des Arbeitgeberverbandes die christliche Arbeitszeit innehalten.

### Ausland.

#### Die passive Ressistenz auf der österreichischen Südbahn.

Obwohl von dem Triester Betriebsinspektorat der Südbahn der Triester Zeitung mitgeteilt wurde, daß in Triest keine Änderung in der Erledigung der dienstlichen Obliegenheiten zu beobachten ist und daß sämtliche Bedienstete ihren Dienst wie bisher versehen, scheint diese Nachricht doch mit Vorsicht aufzunehmen zu sein. Die Vertreter der konservativen Personalverbände wurden bei dem Generaldirektor der Südbahn vorstellig, der ihnen die Angeständnisse der Bahn zur Kenntnis brachte. In einer hierauf hinzugefügten Sitzung der Vertreter wurde beschlossen, der Generaldirektion mitzutun, daß die Zugstellensätze, weil ungünstig, dem Personal zur Entscheidung nicht vorgelegt werden könnten. Weiter wurde beschlossen, die Vertrauensmänner telegraphisch anzuweisen, die passive Ressistenz nur auf besondere Weisung der Leitung einzustellen. Die Direktion der Südbahn selbst teilt mit: Insolge Scheiterns der gestrigen Verhandlungen hat heute nacht in der Zeit zwischen 12 um 1 Uhr die passive Ressistenz auf allen österreichischen Linien begonnen. Die Bahn erleidet bedeutende Verzögerungen. Der Personen- und Schnellzugverkehr ist bereits in Mitteleuropa gestoppt. Die Stationen Mayleinsdorf, Marburg, Innsbruck, Kufstein, Triest und Laibach leiden an großem Platzmangel.

## Haus der Partei.

Der Überfall der württembergischen Genossen durch die schwäbische Landtagsfraktion wird jetzt den Stuttgarter Genossen auch von der schwäbischen Tagwacht — Redakteur: Landtagsabgeordneter Kell! — an verdeckter Stelle mitgeteilt und zwar in Form eines trockenen Versammlungsberichts über die schon gestern von uns kurz erwähnte Sitzung des Bezirks Stuttgart-West. Zu dem Überfall selber sich zu äußern, hält augenscheinlich unser Stuttgarter Parteiblatt für unangebracht. Die Resolution, die mit allen gegen 8 Stimmen angenommen wurde, lautet:

Die Versammlung des Bezirks Westen verurteilt entschieden, daß die Landtagsfraktion als solche ohne Wissen und gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Parteigenossen in Stuttgart und auch wohl im Lande den Parteitag dahin zu beeinflussen sucht, die Altenberger Resolution

im Sinne der badischen Landtagsfraktion zu ändern. Die Genossen Stuttgarts befürben, daß jeder Parteigenosse selbstverständlich das Recht hat, seine Ansicht auf dem Parteitag zu propagieren. Die Versammlung wendet sich aber entschieden dagegen, daß die Mitglieder der Landtagsfraktion ihr Mandat dazu benutzen, ihre Ansicht gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit ihrer Aussträger zum Durchbruch zu bringen.

Genosse Kell sucht den Eindruck dieser ebenso prompten und scharfen Zurückweisung durch eine „Anmerkung“ abzuschwächen, deren Eindruck aber ihrerseits wieder dadurch sehr abgeschwächt ist, daß sie nicht die Meinung des unterzeichneten Genossen Kell, der sich als Landtagsabgeordneter an dem Überfall selber beteiligt hat. Aus diesem Grunde lohnte es auch nicht, gegen seine Scheingründe zu polemizieren. Wie stark aber die Empörung der württembergischen Genossen über den Streich der Fraktion ist, geht aus folgender Zuschrift hervor, die uns aus Stuttgart zugeht:

Die Parteigenossen Württembergs, soweit sie sich mit dem badischen Disziplinärbruch beschäftigen, haben in ihrer großen Mehrheit sich auf den Boden der Parteiloyalität gestellt. Auch das Eingreifen unserer Landtagsabgeordneten zugunsten der Badener vermögte nicht zu verhindern, daß in den Versammlungen zum Teil scharfe Resolutionen gegen die Budgetbewilliger gefasst wurden. Eine Ausnahme machten nur der 8. und 9. Wahlkreis, die für Aufhebung des Altenberger Beschlusses plädierten. Beide Wahlkreise sandten die Badener jedoch nur im 8. Wahlkreis, während auch der 7. den Disziplinärbruch verurteilte. Die Stimming der Parteigenossen Württembergs kam aber auch zum Ausdruck durch die Wahl der Delegierten zum Parteitag. Wie schon berichtet, wurden 3 Freunde der Budgetbewilligung und Stuttgart gewählt.

Der schwere Traum vom geliebten Gold war dahin! Der genial eingeschlagene Vorstoß gegen den radikalsten Flügel der Partei und Waffen gesessen. Man kann es begreiflich finden, wenn diese Beleidigung unserer Revolutionen befürchte Freunde nicht bereiteten. Und doch hätte man erwarten dürfen, daß sich unter Landtagsabgeordneten mit der nun gegebenen Situation abfinden, daß sie die Meinung der großen Massen der Parteigenossen respektieren und die endgültige Entscheidung über den badischen Streich dem Parteitag überlassen würden. Weit gescheh!

Die württembergischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten sehen sich über die Meinung ihrer Mandatgeber hinweg. Man hat den Boden in der Parteiloyalität unter den Flügeln verloren und versucht nun auf eigene Faust, den Badener zu Hilfe zu kommen. Wie eine Bombe wirkte das Bekanntwerden einer am Sonnabend, den 10. September er, abgehaltenen Fraktionsversammlung, in der beschlossen wurde, in einer Resolution an das Parteitagsbüro dieses zu gunsten der Badener zu beeinflussen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein derartiger Vorstoß auch von den übrigen süddeutschen Landtagsfraktionen unternommen wird, um die Badener unter allen Umständen zu stützen. Gegen einen ehrlichen Vorgehen muß energischer Protest eingelegt werden. Die Genossen flüchten sich hier zu einer Instanz berufen, die ihnen gemäß der in der Partei noch herrschenden demokratischen Anschauungen unter allen Umständen bekannt werden muss. Vom Parteitag muß erwartet werden, daß er diesen Vorstoß revisionistischer Sturmböde mit aller Schärfe zurückweist.

## Von Nah und Fern.

### Die Cholera.

Köln, 15. September. Bei dem unter Choleraverdächtigen Erkrankungen erkrankten Schiffer, der mit einem Bremer Schiff von Danzig hierher gekommen war, hat sich nach amtlicher Feststellung der Verdacht nicht bestätigt. Deshalb hat die Gesundheitspolizei die angeordneten Vorsichtsmaßregeln wieder aufgehoben.

Budapest, 16. September. Seit gestern sind im Cholera-gebiet sechs verdächtige Erkrankungen vorgekommen, davon drei in Mohacs und eine auf einem aus Komor hier eingetroffenen Schleppschiff.

Bukarest, 15. September. Die bakteriologische Untersuchung eines am Dienstag in Galatz gestorbenen Beamten einer italienischen Schiffsagentur hat Cholera ergeben. Der Beamte hat sich die Krankheit wahrscheinlich auf einem kürzlich hier eingetroffenen italienischen Dampfer zugezogen.

Neapel, 15. September. Eine amtliche Feststellung des Bezirks des städtischen Gesundheitsamts besagt, daß der Gesundheitszustand in Neapel andauernd gut ist und daß bei den als choleraverdächtig gemeldeten Fällen der Choleraverdacht sich nicht bestätigt hat.

### Der Vergnügung bei Abanilla.

Murcia, 15. September. Nach den leichten Melbungen sind durch den Vergnügung bei Abanilla sieben Personen getötet worden. Von den Verwundeten waren einige länger als vierzig Stunden verschüttet.

### In einen Steinbruch gefüllt.

Zulda, 16. September. Während des Maibaums stirzte auf einem Patrouillenritt ein Darmstädter Dragoner bei Nebel in einen Steinbruch. Seiter und Pfeil waren tot.

### Massensterkrankungen.

Stockholm, 16. September. Aus Umea wird gemeldet, daß unter den Soldaten des West-Vottencorps in der letzten Zeit eine ansteckende Krankheit aufgetreten sei. Die Zahl der Erkrankten beläuft sich bereits auf 200. Die Behörden haben alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um eine weitere Ausbreitung der Krankheit unter der Böllerbewohner zu verhindern. Das ganze Kasernengebiet ist von der Außenwelt streng abgeschlossen. Wie es heißt, handelt es sich um eine ansteckende Darmkrankheit.

### Ein netter Vater.

Die Strafkammer in Memmingen hat den Pfarrer Anselm Röhl aus Stahl wegen fortgesetzter Unterschlagungen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dieser Pfarrer, ein früherer Franziskanerpater, hatte Kirchengräte verkauf und den Erfolg, wie auch Eingänge an Kirchenstiftungsgeldern für sich verwendet.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. O., 16. September. Zur Reichstagswahl: Nach den Wahlergebnissen der Wahlbüros haben erhalten: Dunkel (Konservativ) 6280, Dr. Winter (Nationalliberal) 7748, Faber (Sozialdemokrat) 15 877. Danach wäre Faber gewählt. Nach der Berechnung des Bandenrats amtes dagegen fielen auf Dunkel 6595, auf Dr. Winter 7758, auf Faber 14 815 Stimmen; zerstreut 100 Stimmen. Danach wäre es zur Stichwahl zwischen Winter und Faber.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Max v. Bojewski in Leipzig.

Berantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Hiller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer kostet 10. Heller.

## Sozialdemokratischer Verein für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis

Geschäftsstelle: Volkshaus,  
Reuter Str. 82, Portal rechts.  
Saalgebäude 1. Etg. Tel. 6078.

Bureauzeit: Wochentags von  
12 bis 1 Uhr und 6 bis 8 Uhr  
Sonntags von 9 bis 4 Uhr

**Borsdorf.** Die nächste Versammlung findet erst Sonn-

**Böhlitz-Ehrenberg.** Die Vereinsversammlung  
fällt Sonnabend aus, da  
für findet Sonnabend, den 24. September, eine **öffentliche Versammlung** im Ritterschlößchen statt. D. V.

**Döllitz-Dösen.** Der zweite Vortrag über Mehr-  
wert findet erst am 24. Sep-  
tember, abends 1/2 Uhr, in der Friedenskirche statt.  
Der Vorstand. [17802]

**Eutritzsch.** Sonnabend, 17. September, abends  
1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung  
im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Vortrag über:  
Von Bismarck bis Bethmann-Pohlweg. 2. Diskussion.  
3. Vereinsangelegenheiten.

Sonntag, den 18. September, Besichtigung des  
Krematoriums. Treffpunkt früh Punkt 1/2 Uhr im  
Vereinslokal. Zahlreiche Beteiligung erwartet. D. V.  
Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir Sonnabend,  
den 17. September, unsere Bibliothek schließen und Sonn-  
abend, 24. September, wieder geöffnet wird im alten  
Haus, Rödelsch. 29-31, Hof part. Die Bibliothek  
ist jeden Mittwoch von 2-4 Uhr und Sonnabends von  
1/2-1/2 Uhr geöffnet. [17851] Der Vorstand.

**Gohlis.** Heute Freitag, 16. September, abends  
1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im  
Restaurant Mönchhof, Georgstr. Tagesordnung: 1. Die  
kulturelle Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung.  
Referent: Gen. R. Zschocher. 2. Diskussion. 3. Partei-  
und Vereinsangelegenheiten. [17856]

Sonnabend, den 17. September, findet ein **Nacht-**

**Ausflug nach Zehnsch (Burgau) statt.** Dasselbst Kränzchen.

Wir bitten, diesen Veranstaltungen zahlreich beizutreten.  
Wir teilen unsern Mitgliedern mit, daß die Bibliothek  
Dienstag und Donnerstag von 8-9 Uhr abends und  
Sonntags von 1/2-12 Uhr geöffnet ist. Im Anbetracht  
der herabgesetzten Abendstunden, 8-9 Uhr, ist es wohl allen  
Mitgliedern möglich, unsere Bibliothek mehr in Anspruch zu  
nehmen, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Wir ersuchen  
deshalb die Vereinsgenossen und Genossinnen, dies zu  
achten. Der Vorstand.

**Kleinzschocher.** Sonnabend, 17. September, Abend-Ausflug. Abmarsch  
1/2 Uhr vom Bürgergarten. — Zahlreiche Beteiligung  
erwartet [17858] Der Vorstand.

**Leutzsch.** Sonnabend, den 17. September, abends  
1/2 Uhr, Verbreitung einer Agitations-  
Broschüre. Treffpunkt: Vater Jahn. — Wir bitten die  
Genossen um zahlreiche Beteiligung.

N.B. Sonnabend, den 24. September, fällt die Vereins-  
versammlung aus, dafür **öffentliche Versammlung** im  
Ritterschlößchen über: Bleichnot und Pohl-  
wucher. [17860] Der Vorstand.

**Mockau.** Sonnabend, 17. September, Vereins-  
versammlung. Tagesordnung: 1. Vor-  
trag des Genossen O. Gehler: Staub und giftige Gase  
als Ursache von Berufskrankheiten (der Vortrag wird  
durch Röntgenbilder erläutert). 2. Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreiches und plünktliches Erscheinen erwartet. D. V.

**Naunhof.** Sonnabend, den 17. September, abends  
1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im  
Restaurant Stadt Dresden. Tagesordnung: 1. Die  
politische Lage. Referent: Genosse Gust. Ernst, Leipzig.  
2. Vereinsangelegenheiten. — Die Mitglieder werden ge-  
beten, zahlreich zu erscheinen. [17865] Der Vorstand.

**Oetzsch-Gautzsch.** Sonnabend, 17. Sep-  
tember, abends 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Grünen Linde,  
Oetzsch. Vortrag: Alte Erinnerungen von Julius  
Röhring. 2. Gemeinderatsbericht. 3. Verschiedenes.  
Guten Besuch erwartet [17866] Der Vorstand.

**Schönefeld u. Umg.** Die fällige Mitglieder-  
versammlung fällt diese Woche aus. Die Genossen werden ge-  
beten, zahlreich in der **Einwohner-Versammlung** zu  
erscheinen. [17862] Der Vorstand.

**Sestewitz u. Umg.** Sonnabend, 17. Sep-  
tember, abends 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gashof Gruna.  
Tagesordnung: Vortrag des Gen. Koch über: Die Dehnen-  
des Kampfes im Bürgewerbe. Zahlreichen Besuch er-  
wartet [17868] Der Vorstand.

**Sommerfeld-Engelsdorf.** Sonnabend,  
abends 1/2 Uhr, Monats-Versammlung im Goldenen  
Stern, Sommerfeld. Vortrag des Genossen Schuchardt.  
Zahlreichen Besuch erwartet [17869] Der Vorstand.

**Thonberg-Neureudnitz.** Sonnabend,  
abends 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im  
Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen  
K. Pinkau: Stimmungsbilder vom internationalen  
Ringtreffen in Kopenhagen. 2. Diskussion. 3. Vereins-  
angelegenheiten. — Zahlreicher Besuch erwartet. D. V.  
Sonnabend, den 1. Oktober, Familien-Abend im  
Gasthof Thonberg. Eintritt und Tanz für Mitglieder frei.  
Donnerstag, den 6. Oktober, Konzert von Käthe  
Hyatt im Albertergarten. Programme für 25 Pf. sind  
im Vereinslokal, bei den Verkäufern und bei den Mit-  
gliedern zu haben. [17869]

**Wahren.** Sonnabend, 17. September, abends 1/2 Uhr,  
Mitglieder-Versammlung im Ritter-  
schlößchen. L.O.: Politische Rundschau. Referent:  
Genosse Willecke. Diskussion hierzu. Vereinsangelegen-  
heiten. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.  
Die **Jugendbibliothek** ist vom 21. September ab  
jeden Mittwoch nachmittag geöffnet. [17866]

**Butter.** Täglich frische Bauernbutter,  
Stück 65 Pf. Feinste Hausmarke, 1/2 Pf. 50 Pf., empfiehlt  
L.-Lindenau, 15 Robert Funke  
Gunderer Strasse Butterhandlung NB. Große Auswahl in Zugabe-Artikeln. [16714]

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau im Volkshaus,  
Reuter Str. 82, II. R. 8. 5.  
Arbeitszeitwoche täglich  
von 1/2-1/2 Uhr vorm.

Zahlstelle Leipzig

Bureauzeit vorm. 8-12  
nachm. 4-8. Dienstag,  
Mittwoch u. Donner-  
tag 8-7 Uhr. Tel. 8497.

**Jalousiearbeiter** Sonnabend, den 17. September, abends 8 Uhr, Ver-  
sammlung im Volkshaus, Saalbau, Zimmer Nr. 9.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wittig: Die Arbeiterbewegung ein  
Austurzprojekt. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. — Zahlreiches und plünkt-  
liches Erscheinen erwartet [17850] Die Sektionsleitung.

**Zelluloidarbeiter u. Arbeiterinnen sow. die in der  
Kamm-, Stock- u. Schirmbranche Beschäftigten** Dienstag, den 20. September, abends 7 Uhr, Versammlung im Restaurant  
Stadt Altenburg, Lindenau, Markt. Tagesordnung: 1. Die Zwangskarriere für  
die Schirm- und Stockfabrik von Grieseler in der städtischen Arbeitsanstalt St. Georg  
und die Wirkung auf die Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht der Sektionsleitung. 3. Ge-  
werkschaftliches. — Allgemeiner Besuch erwartet. Die Sektionsleitung.

**Werkstatt- und Hauskassierer** Die Sektionsleitung. Sonnabend, den 17. September, abends 8 Uhr, Versammlung im Saalbau, Zimmer Nr. 9.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wittig: Die Arbeiterbewegung ein  
Austurzprojekt. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. — Zahlreiches und plünkt-  
liches Erscheinen erwartet [17851] Die Sektionsleitung.

**Brauerei- und Mühlenarbeiter** Sonnabend, den 18. September, nachmittags 3 Uhr  
Gemeinschaftl. Versammlung im Volkshaus, Gesellschaftssaal (früher großer Saal).

Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Kollegen H. Küpper-Altenburg über: An-  
fänge und Entwicklung des Mühlenarbeiter-Verbandes.  
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.  
3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung sollte jedem Kollegen veranlassen, in dieser Versammlung  
zu erscheinen. [17877] G. U. E. Amborn.

## AUSSTELLUNG VON ENTWÜRFEN ZUR MAIFESTKARTE 1911

Sonntag, 18. September  
von 1/2-11 Uhr bis 4 Uhr  
im Volkshaus, Zimmer 9

Zahlreichen Besuch obiger Veran-  
staltung erwartet DAS MAIKOMITEE

Deutsch-katholische  
freie Religionsgemeinde.  
Sonntag, 18. September, vor-  
mittags 10 Uhr, im Saale der  
Schule f. Frauenberufe, Schiller-  
straße 9. **Öffentlicher frei-  
religiöser Vortrag.** [17847]  
Prediger Dr. J. Kippenberger.

Ziehung vom 20.—24. Septbr.

## Geld-Lotterie

zu Zwecken  
des Landesvereins  
vom Roten Kreuz

im Königreich Sachsen.  
Goldgewinne, ohne Abzug

10744 mit Mark

**173000**

Hauptgewinne:

**40000**

**20000**

**10000**

**5000**

etc. etc. etc.

Lose à 2 Mark (Porto, Liste  
80 Pf.)

sind zu haben bei den Herren  
Kollektoren der K. S. Landes-  
Lotterie, in den durch Plakate  
kennlichen Verkaufsstellen  
und beim General-Debiti.

Alexander Hessel  
Dresden, Weissgasse 1.

## Geld-Lotterie

für das Rote Kreuz 20. Sept. 2.4  
Arnstädt Goldlose 8. Off. 1.4  
Nürnberg Goldlose 20. Off. 8.00.4  
Waldershof St. Lose 18. Off. 1.4  
Völkerschlachtlose 14. Nov. 8.4  
Chemnitz Goldlose 28.4  
Carola-Goldlose 15. Dec. 1.4  
Leipzig Künstlerlose 24. Sept. 1.4  
Dresden Pferdelose 6. Dec. 1.4  
Porto u. Liste je 80 Pf. extra. \*

Friedr. Köthe — Leipzig — Nürnberger St. 5.



Schellfisch	gross, ohne Kopf	Pfund	35
Schellfisch	groß	Pfund	30
Schellfisch	groß	Pfund	28
Schellfisch	groß	Pfund	26
Bratschellfisch	groß	Pfund	22
Seehesch	groß	Pfund	15
Kabeljau	groß	Pfund	40
Seelachs	groß	Pfund	25
Schollen	groß	Pfund	18
Schollen	mittel	Pfund	45
Bratschollen	mittel	Pfund	35
Goldbarsch	mittel	Pfund	25
Rotunge	mittel	Pfund	12
Heilbutt	mittel	Pfund	50
Austernfisch	mittel	Pfund	70
			50

## Nordsee

Reichsstrasse 25.

Tel. 5207 Fischhalle 5207  
Kleinzschocher, Dieskaustr. 10.  
Empfiehlt prima junge Dresdner

Mast-Gänse  
auch geteilt, sowie bratfertig.  
4805) \* Hochachtungsvoll  
Chr. Otto, Dieskaustr. 10.

Robert Höppner  
Lindenau, Merseb. Str. 98b.  
Heute Freitag und Sonnabend  
erste Sendung

Dresdner Mast-Gänse  
auch bratfertig geteilt.  
Rebhähner, Koch u. Brathähner,  
= junge Hähnchen u. Tauben. =

## Henkel's Bleich-Soda

15 Pf. jedes Paket

achte man genau auf untenstehende Packung und weise Nach-  
ahmungen, da meistens minderwertig, energisch zurück.



Kauf  
Briketts  
bei  
Benno Grimm  
Tauchaer  
Strasse 41.

## Politische Uebersicht.

### Stichwahl in Frankfurt!

Nach vorläufiger amtlicher Feststellung haben bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Frankfurt - Lebus Schuhmachermeister Faber-Frankfurt (Soz.) 14 316, Geheimer Richter Winter-Magdeburg (nat.-lib.) 7757 und Arbeiterscretär Dunkel-Berlin (Kons.) 6505 Stimmen erhalten. Demnach hätte Stichwahl stattzufinden zwischen dem Liberalen und unserem Genossen, dem nur 36 Stimmen an der absoluten Majorität fehlen. Der Wahlkreis wird in der Stichwahl geholt.

Um das Ergebnis würdigen zu können, muß man es mit den Zahlen der früheren Wahlen vergleichen. Bei den Wahlen 1907 fielen auf unsern Genossen 12 388, auf den Nationalliberalen 10 070, auf einen Reichsparteieller 7722. In der Stichwahl siegte der sogenannte Liberale mit 17 805 gegen 12 198 sozialdemokratische Stimmen. Die Sozialdemokratie hat auch bei dieser Wahl eine starke Stimmenzunahme zu verzeichnen. Sie beträgt 1928, während der Liberale 2313 und der Konservative 1127, beide zusammen also 3540 Stimmen verloren haben. Der Form nach hat der Liberale den Verlust zu buchen, tatsächlich aber ist der Konservative der Leidtragende. Denn der Wahlkreis war seit 1887 bis 1903 konservativ vertreten und auch im Jahre 1903 betrugen die konservativen Stimmen 8268, noch 1200 Stimmen mehr als die liberalen. Die stets sinkende Zahl der konservativen Stimmen ist das Kennzeichen dieser Wahl, und jetzt kommen die Konservativen, zu deren Hochburgen einst Frankfurt gehörte, im Wahlkreis überhaupt nicht mehr in Betracht.

Den Herrschenden hebt das Herz bei dieser heimliche monotonen Wucht sozialdemokratischer Siege. Freilich sind die Junker befört genug, sich auch jetzt noch die Hand vor die Augen zu halten. So schreibt die Deutsche Tageszeitung:

Die Drachensaat ist auch hier unherrlich aufgegangen! Der Rückgang der konservativen Stimmen ist gewiß überaus bedauerlich, und mehr noch das Anwachsen der Sozialdemokratie. Das eigentliche Sigma dieser Wahl aber ist wiederum der außerordentliche Rückgang des Liberalismus. Dem national-liberalen Kandidaten steht nur zweifellos noch manche freikonservativen Stimmen zugesessen; überdies steht Herr Winter auf dem linken Flügel der Partei, so daß man annehmen kann, daß auch Nationalliberalen, die für seinen Vorgänger Dr. Detto nicht mehr an die Urne zu bringen waren, ihm ihre Stimmen gaben. Um so vernichtend ist seine Niederlage!

Die nationalliberalen Partei hat hier eine neue Quittung für ihre Taktik der Steuerhebe! Sie hat Wind gefäßt und Sturm geerntet. Die bittere Lehre kommt noch zum Rossler Parteitag zu rechten. Die Bassermannsche Taktik ist in Frankfurt a. O. wo einst Herr Bassermann selber als Sieger durchs Ziel ging, in Kleinlützen zur Anwendung gelangt und zum Verderben ausgeschlagen!

Wir hatten eigentlich gedacht, daß die Deutsche Tageszeitung auch aus diesem Wahlausfall wieder einen "Sieg" der Bündler herausdestillieren würde, wie sie es bei der vernichtenden Niederlage in Friedberg-Büdingen so trefflich verstanden hatte. Aber diesmal sind die Zahlen doch allzu erbarmungslos. Immerhin ist's läppisch, während man selber so erbärmlich verprügelt wird, laut zu schreien: Seht nur, was der andre für Prügel erwischt hat!

Sie können sich beide den Mund wischen, die Konservativen wie die Liberalen:

Die Siegerin im roten Kleid führt weiter mit stolzer Beharrlichkeit.

## Deutsches Reich.

### Zur Fleischnotfrage.

Auf die Redensarten, mit denen die Deputation des Deutschen Fleischerverbands von dem Geschäftsführer des Bundes der Landwirte im preußischen Landwirtschaftsministerium abgespeist wurde, antwortet jetzt die Fleischerzettung wie folgt:

Worte nichts als Worte werden den Forderungen des Volkes entgegengesetzt. Diese Vogelstraßpolitik wird man solange forcieren, bis das Volk durch die Wahlurnen im Jahre 1911 es recht laut in die Reichskanzlei und in das Ministerium hineinschreien wird: Jetzt wollen wir Taten sehen. Der Minister verweist auf den Erlass vom 27. Juli d. J. an die Landwirtschaftskammern, dessen Wortlaut der Offenheitlichkeit übrigens bis jetzt hartnäckig vorenthalten wurde. Glaubt der Minister die Fleischsteuerung durch derartige Erlassen beseitigen zu können? Die Agrarier lächeln über derartige Erlassen und fahren fort, nicht mehr Vieh zu jagen und zu mästen, als es ihnen gut erscheint, um die Preise hochzuhalten. Man weiß im agrarischen Lager ganz genau, daß ein solcher Erlass nur den Zweck hat, als ein Verhüllungsmittel für die große Masse zu wirken. Der Minister glaubt, eine weitere Erleichterung der Einführung von Rind- und Schlachtwie aus dem Auslande im Hinblick auf die für den inländischen Viehbestand drohende Seuchengefahr nicht in Aussicht stellen zu können. Das ist so naiv, daß der Minister selbst nicht glauben kann, dieser sein Glaube könne im Lande Glauben finden. Das Schreckgespenst der Seuchengefahr ist ein Popanz, mit welchem noch immer gekämpft wird, obgleich Provinz und Wissenschaft bewiesen haben, daß die Viehseuche möglich ist, ohne das Inland in Gefahr der Verseuchung zu bringen. Von höchster Wichtigkeit wäre es, wenn der Minister doch näher angeben wollte: wo der große Vorrat an schlachtfähigen Schweinen ist und woher die Zunahme der Zufuhr von Ochsen und Kindern nach den Märkten zu erwarten ist, welche nach seiner Ansicht den Rückgang der Fleischpreise zur Folge haben werden. Der Minister wird dringend eracht, auf diese Fragen recht bald zu antworten. Mehr denn je aber ist die Behauptung, es sei nicht gerechtfertigt, von einer Fleischnot und davon zu reden, daß die Fleischversorgung der arbeitenden Bevölkerung zurzeit in Frage gestellt sei. Lebendes Vieh, nicht das frägwillige Fleisch des Auslands, auf dessen Einfuhr sich der Minister im äußersten Fall einzulassen will, ist das Hauptmittel, welches die jetzige Fleischsteuerung beseitigen kann. Darum wird die Forderung nach dauernder Öffnung der Grenzen niemals verstimmen

und die Erregung im deutschen Volke wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis diese Forderung verwirklicht ist.

Mit seinen Versicherungen über die angebliche Seuchengefahr, die für das deutsche Vieh bestehen soll, wenn die Grenzen für die Einfuhr ausländischen Schlachtwieches geöffnet werden, finden Herr v. Schorlemer und seine bundesstaatlichen Kollegen nicht einmal mehr bei den eifrigsten Interessenten der Hochschulzollpolitik, den rheinischen Schlotbaronen, Anklang. So schreibt die Deutsche Bergwerkszeitung, das Organ der Eisen- und Kohlenmagnaten:

Wir haben uns an dieser Stelle wiederholt gegen die Grenzsperrre gewandt, die unter dem Vorwand einer gesundheitlich notwendigen Maßnahme die austreichende Versorgung des Landes mit Fleisch verhindert. Wir sagen mit Gewisssein und Absicht „unter dem Vorwand“, weil auch jeder Agrarier, der ehrlich sein will, uns zugestehen muß, daß wenn man von veterinarpolitischen Gesichtspunkten sprechen will, die Holländer manchmal mehr Ursache hätten, ihre Grenze gegen uns zu sperren als ungelebt. Es handelt sich hier lediglich um eine durch nichts zu verteidigende agrarpolitische Maßnahme, die man moralisch in etwas verteidigen könnte, wenn in Deutschland ein Übelstand an Schlachtwiech herrschte, die aber direkt verwerflich ist, und mit Recht verbitternd wirkt, wenn in Deutschland die Fleischpreise für Hunderttausende unerschwinglich werden, weil bitterer Mangel an Schlachtwiech herrscht.

Den Dertelschen Landbündlern springen jetzt im Kampfe gegen eine wirksame Bekämpfung des Fleischwuchers auch die liberalen Bauernbündler bei. Während die liberale Presse, um es bei der bürgerlichen Wählerschaft nicht gänzlich zu verschließen, von den Regierungen Mahregeln zur Bekämpfung der Fleischnot verlangt, erklären ihre Parteigenossen vom Bauernbund, daß weder eine Herabsetzung der Brot- und Fleischzölle, noch eine Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh in Betracht gezogen werden dürfe. In seiner Sitzung vom 8. September d. J. hat der Ausschuß des Deutschen Bauernbunds folgenden Besluß gefaßt:

Der Deutsche Bauernbund steht entschieden auf dem Standpunkt des Solidarismus des Jahres 1902 und der laufenden Handelsverträge. Er erklärt ausdrücklich, daß er eine Herabsetzung der Betriebszölle ebensoviel als angängig erachtet wie eine Herabsetzung der Brot- und Fleischzölle oder eine Minderung des Seuchenschuhs.

Die Heucheler der liberalen Wucherjöllner, die an der Lebensmittelverteuerung ebensoviel Schuld tragen wie die konservativen Junker, wird durch diese Kundgebung bengalisch beleuchtet. Der ganze Bauernbund ist eben nichts weiter, als eine Gründung zur Sicherung national-liberaler Mandate gegen konservative Angriffe. Aber gerade deswegen findet das neueste Bekenntnis des Bauernbunds zur Wucherpolitik keine Gnade vor den Augen der Landbündler. Höhnisch schreibt die Deutsche Tageszeitung: „Diese Entschließung ist bedauerlicherweise etwas lächerhaft. Wie steht der Bauernbund zur Frage der übrigen landwirtschaftlichen Zölle, insbesondere der Zölle auf die Erzeugnisse der kleinen Landwirtschaft und der Gärtnerei? Wie steht es ferner zur Frage der Futtermittelszölle? Und hält er nicht einen Ausbau des Schuhzollsystems gerade im Interesse eines Teils der kleinen Landwirte für nötig?“ Die Herren Bauernbündler, die als Mitglieder des Hansabunds mit drohendem Pathos verkünden, daß sie für die „Niederringung der Wirtschaftspolitik des Bundes der Landwirte“ wirken wollen, sind natürlich auch mit dem weiteren „Ausbau des Schuhzollsystens“ einverstanden, wenn Aussicht auf seine Verwirklichung besteht. Auf etwas mehr oder weniger Heuchelei kommt es ihnen nicht an, wenn es gilt, bedrohte Mandate zu retten.

Die Frankfurter Zeitung berichtet aus Mainz: Wie sehr die Fleischsteuerung zur Unterernährung des Volkes beiträgt, geht aus dem Umstand hervor, daß seit dem bedeutenden Aufschlag ein fortwährender Rückgang des Fleischkonsums stattfindet; der Fleischverkauf bei den Fleischermeistern ist jetzt schon durchschnittlich um 20 bis 25 Prozent gegen früher zurückgegangen. Die Arbeiter und der Mittelstand haben den Fleischkonsum erheblich einschränken müssen.

Der Wirtverein von Karlsruhe und Umgebung hat in einer Resolution an das Ministerium des Innern erklärt, daß angesichts der heutigen Lage eine Abwälzung des Preisaufschlags auf das Publikum unmöglich sei. Die Regierung wird gebeten, beim Bundesrat für Öffnung der Grenze sowie für die Entsendung einer Kommission nach Argentinien einzutreten, damit wegen der sofortigen Einfuhr von Fleisch Vorkehrungen getroffen werden.

### Gegen das Staatschöllbat

für Ihre Berufskolleginnen wendet sich in einem Aufruf die Freie Vereinigung deutscher Volksschullehrerinnen. Sie will einen Ausschuß für Beruf und Ehe einrichten. Ausgabe dieses Ausschusses soll es sein: 1. das statistische Material über die Zahl der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen im öffentlichen deutschen Schuldienst zu sammeln, sowie Dienstjahre, Gehaltsbezüge, Kinderzahl dieser Kolleginnen festzustellen; 2. die berechtigten Forderungen der Kolleginnen Staats- und Kommunalbehörden gegenüber zu vertreten; 3. die Abgeordneten der deutschen Parlamente für diese Ideen zu gewinnen; 4. in der Offenheitlichkeit Märkte zu schaffen a) über den frischen Widerspruch, der zwischen dem Staatschöllbat und dem § 1427 des Bürgerlichen Gesetzbuches besteht, der der Chefrau die Pflicht zur Besteitung des ehelichen Aufwandes auferlegt, und dem § 1880, Absatz 2, der sie verpflichtet, auch dem Manne, wenn er außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, nach Maßgabe ihrer Erwerbsfähigkeit den Unterhalt zu gewähren, b) über die harde Juristisierung der gebildeten Frau gegenüber der Arbeiterin. Während die Arbeiterin durch die Reichsgewerbeordnung und Krankenfassversicherung im Wochenbett geschützt ist, steht die Lehrerin schutzlos da, denn als „Vertreterin“ kann sie täglich gefeuert werden, so daß Mutter und Kind dem Darben überliefern werden; 5. wird der Ausschuß das wichtige Tatfachen- und Ernährungsmaterial aus dem Auslande sammeln und dieses der Offenheitlichkeit zugänglich machen; 6. er wird alle Bestrebungen, die auf eine Entlastung der Hausfrau und Mutter hinziehen, wirksam unterstützen.

Die Vereinigung fordert alle Lehrerinnen zum Beitritt und die Abgeordneten der Parlamente zur Unterstützung ihrer Bestrebungen auf.

### Junker-Wie.

In der Zeit des Kampfes gegen das persönliche Regiment, bringen es die Junker fertig, daß Volk noch durch „Wie“ zu verhöhnen. Einer aus der Sippe derer von Dohna reicht in der Kreuzzeitung diesen feudalnen Wit:

Nach den neueren Vorgängen kann man erwarten, daß demnächst im Reichstage in der in Aussicht gestellten Versprechung der Königsberger Kaiserlichen Mebe von linker Seite ein Gesekantrag eingebrochen werde, also lautend:

§ 1. Alle Straßen, die gesetzlich auf Bekleidung der Majestät des Kaisers stehen, werden aufgehoben.

§ 2. Alle Neuerungen, welche die Deutung zulassen, daß in ihnen eine Wirkung der Majestät der Masse, eine Bekleidung ihrer Vertreter, eine Rückenschlafigkeit gegen die in der Presse und in Volksversammlungen wahrnehmbare Tagesmeinung liegt, werden gesetzlich bestraft und zwar mit 5. nicht unter . . .

Die Umwidung des Majestätsbegriffs wäre damit erreicht.

Der Massenwahlkampf marschiert.

Der Ignismus der herrschenden Klassen war stets am größten, wenn sie vor dem Zusammenbruch standen. Wenn dieser Massenwahlkampf des deutschen Volkes bis zu den nächsten Wahlen anhält, dann dürfte die Wirkung dieses Massenwahlkampfs gerade für die Junker am wenigsten erfreulich sein.

Berlin, 16. September. Die Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Rechtsanwälte bilden den Gegenstand von Erhebungen, die auf Anordnung des Bundesrats im ganzen Reiche vorgenommen werden. Es soll das Material beschafft werden zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs, der die Arbeitsverhältnisse der Angestellten regelt. —

Die Steuerschen der Besshenden. Das Ergebnis der Einkommensteuererhöhung in Preußen für das Jahr 1909 wirkt wieder recht interessante Streitsätze auf die Steuerfreudigkeit der bestehenden Klasse. In Steuerdeklarationen sind die verpflichtet, die mehr als 8000 M. Einkommen haben. Es sind im genannten Jahre 772 049 Steuererklärungen eingegangen. Davon wurden mehr als ein Drittel beanstandet und in 100 000 Fällen wurden die Ergebnisse der Erklärungen als falsch festgestellt und berichtigt. Michin haben ein Viertel aller Steuerpflichtigen falsche Erklärungen über ihr steuerpflichtiges Einkommen abgegeben, um dem Staat die schuldigen Steuern vorzuenthalten. Durch die Beanstandungen sind in dem einen Jahr 347 Millionen Mark an steuerpflichtigem Einkommen mehr als angegeben ermittelt worden. Das hieraus resultierende Mehr an Einkommensteuer bezifferte sich auf ca. 12 Millionen Mark. Im Jahre 1908 wurden durch die Nachprüfungen der Steuerdeklarationen 280 Millionen Mark steuerpflichtiges Einkommen mehr festgestellt und rund 11 Millionen Mark Steuern herausgeholt. In den letzten zwölf Jahren aber holte man durch diese Kontrolle 105 Millionen Mark Steuern mehr von den Dreideckern. Wieviel mögen aber mit ihrem Schwund noch durchgekommen sein und den Staat um die Steuern betrogen haben?

Die Hansabündler an der Arbeit. Die Tätigkeit des Hansabundes hat in den letzten Wochen besonders große Dimensionen angenommen. Wie mitgeteilt wird, sind dem Bunde gegen 80 große wirtschaftliche Verbände, in erster Linie der Verband der Hamburger Reederei, beigetreten. Auch hat der Bunde in den letzten Wochen etwa 800 neue Vertrauensmänner in den verschiedenen Teilen Deutschlands angestellt. Der Bunde ist also tätiglich an der Arbeit, die Vorbereitungen für die kommende Reichstagswahl zu treffen, und es ist schwerlich eine Übertriebung, wenn dieser Tage in der Presse gesagt wurde, daß er einen Betrag von 5-6 Millionen Mark für die Wahlen zur Verfügung haben werde.

Ein eigenümlicher evangelischer Arbeiterverein. Unter dieser Überschrift nimmt die Deutsche Tageszeitung Notiz von einem Besluß des evangelischen Arbeitervereins in Frankfurt a. M. (durch einen Druckschüler im Berliner Tageblatt, daß die Wiedergabe zuerst brachte), waren die Evangelien in Frankfurt a. O. zu Unrecht „verdächtigt“ worden, der sich gegen die Kandidatur des evangelischen Arbeiterschreibers Dunkel in Frankfurt-Uebel erklärte. Das Blatt bemerkte verärgert:

Man wird zugeben müssen, daß eine derartige Entschließung eines evangelischen Arbeitervereins, die sich gegen die Unterstützung eines evangelischen Arbeiterschreibers richtet, ganz gelinde gelagt, sehr eigenümlich ist. Besonders politischen Wert haben solche evangelische Arbeitervereine nicht.

Diese Vereine haben für die Reaktionäre nur Wert, wenn sie sich widersprüchlich als Sturmwölfe gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft gebrauchen lassen. Wagen sie eine eigene Meinung zu haben, so können sie ihnen gestohlen bleiben.

Der Reichstagwahlkreis Wiesbaden wird bei der nächsten Reichstagwahl wieder hart umstritten sein. Die Nationalliberalen stellen den Kommerzienrat Bartschling wieder auf und die Fortschrittkräfte haben den Stadtverordneten Kalbrenner als Kandidaten nominiert. Ferner wollen die Mittelständler selbständig vorgehen und natürlich wird auch das Zentrum mit einem eigenen Kandidaten austreten. Von sozialdemokratischer Seite kandidiert Genosse Lehmann-Mannheim wieder, der den Kreis gegenwärtig vertritt. Bei der letzten Wahl entschieden auf unsern Kandidaten 12 890, auf den Nationalliberalen 10 702, das Zentrum 8005 und die Freiheitlichen 7645. In der Stichwahl siegte dann Genosse Lehmann mit 10 807 gegen 18 117 gegenwärtige Stimmen.

Ein ungeheure Sechziger. Das polnische Blatt Wiadomości erhebt schwere Beschuldigungen gegen den Sekretär des polnischen Zentral-Wahlkomitees für Deutschland, Dr. Tadeusz Kaworski. Dieser war gegen ein Jahresgehalt von 8000 M. fest angestellt; er wird der Unterschlagung und Veruntreuung national-polnischer Gelder bezichtigt. Ein Ehrengericht soll entschieden haben, daß Dr. Kaworski die Qualifikation zur Bekleidung von Ehrenämtern abgesprochen werden müsse.

Vom kranken Fürsten Eulenburg. Ein Telegramm aus Wien berichtet: Wie hier verlautet, befindet sich Fürst Philipp Eulenburg in einem in Österreich gelegenen Sanatorium. Der Fürst konnte den Außenhalt auf seinem Schloss nicht mehr ertragen. Er war gewöhnt, dort seine Gäste bei sich zu sehen. Seit der Affäre haben sich jedoch die Hofkreise und der Adel von ihm abgewandt. Der Fürst fühlt sich übrigens sehr wohl.

Es wird abzuwarten sein, ob sich die Meldung bewahrheitet.

Pech. Der Hauptzeuge der Zeche Radbod in ihrem großen Prozeß gegen die Dortmunder Arbeiterzeitung, der Kolonievoigt Teichmüller, ist plötzlich verschwunden und mit ihm eine Summe ihm anvertrauter Gelder. Teichmüller war auch Verwalter einer Postagentur. Wie es hier bestellt ist, weiß man noch nicht. Die Zeche Radbod wird sehr betrübt sein, daß ihr ein solch zuverlässiger und glaubhafter Zeuge abhanden gekommen ist. Der brave Teichmüller wurde ursprünglich Fabrikarbeiter, wurde dann Schuhmann in Danau, um diesen Posten sehr bald mit dem eines Kolonievoigts auf Radbod zu tauschen.

§ 175 im Heere. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet, daß der Hauptmann Tolenz vom Artillerieregiment Nr. 58 in Köln seiner Stellung als Batteriechef entzogen wurde

Dazu ersahen wir, daß Tolenz eines Stillschweigungsverbrechens im Sinne des § 175 beschuldigt wird. Tolenz ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder. Er hatte Gelegenheit, ins Ausland zu fliehen.

**Meine politische Nachrichten.** Nachdem auch die Tschechisch-Moritzen die Entsendung von Vertretern zu den Prager Verhandlungskonferenzen, die am 20. September beginnen, beschlossen haben, ist die Teilnahme aller deutschen und tschechischen Parteien an diesen Konferenzen gestoppt. — Zum Salman des finnischen Landtages ist der Jungkunne Svinthuvod, zu Vizekanzler sind ein Schwede und ein Finn gewählt worden. — Wegen der Wahlen zur portugiesischen Deputiertenkammer in den Bezirken Faro, Viana, Arganil, Guarda ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Aus diesem Grunde werden etwa 40 Deputierte der Eröffnung der Kammer fernbleiben. — Nach einem Telegramm aus Panama hat die Nationalversammlung Pablo Arosemena zum provisorischen Präsidenten nominiert. — In einer Rede, die der spanische Justizminister bei einer dienstlichen Veranlassung hält, erklärte er u. a., daß die Regierung sich mit der Frage der Abschaffung der Todesstrafe befasse. — Pologeois ließ die Konföderation der Kreisjuszhimmler wissen, daß er keine kretischen Kämter niedergelegt, nur an der griechischen Nationalversammlung teilzunehmen, sich aber vorbehalte, bei Ablauf seines Mandats für die Nationalversammlung seine Stellung in Kreta wieder einzunehmen. — Eine aus Anlaß des russisch-japanischen Abkommens und der Annexion Korea von Vertretern der Landshof in Aksu (Mandschurei) einberufene Versammlung beschloß, auf eine Vermehrung der Truppenzahl in der Mandschurei hinzuwirken, japanische Waren sowie russische und japanische Wertgegenstände zu boykottieren. Vertreter nach Peking zu entsenden, die um möglichst baldige Eröffnung des Parlaments bitten sollen, und in diesem Sinne unter der Bevölkerung weitestgehende Agitation zu betreiben.

## Oesterreich-Ungarn.

### Niederösterreich-Wahlwahl.

Gablonz a. N. (Wöhren), 16. September. Gestern wurde im 104. böhmischen Wahlbezirk Gablonz-Land die durch den Tod des Abgeordneten Genosse Bartl notwendig gewordene Erwahlwahl für den Reichsrat vorgenommen. Von den abgegebenen Stimmen erhielten der sozialdemokratische Kandidat Genosse Trubinek 4775 Stimmen, der deutschsozialistische Kandidat Glöckner 3744 und der Kandidat der „deutschsozialen Arbeiterpartei“ Prediger 1725 Stimmen. Es muß demnach nochmals in der Stichwahl um den Sieg gerungen werden.

Zu der Wahl wird uns noch geschrieben: Schon seit Einführung der 5. Kürze 1807 hatte der Bezirk stets gut gewählt. Seit dem Wahlgang von 1907 jedoch, der den Bürgerlichen auch das für bürgerlichen geltende Mandat des Städtebezirks Gablonz-Wiesensteiner-Tannwald entzog, setzte eine bspw. Sozialdemokratie in dem an der deutsch-tschechischen Sprachgrenze liegenden und der tschechischen Einwanderung (die die deutschnationalen Unternehmern sehr gern sehen) stark ausgesetzten Bezirk ein. Mit Fabrikanten- und öffentlichen Geldern wurden die gelben „nationalen Arbeiterorganisationen“ und die Kravall-Jungmannschaften geschürt. Hohe Gewalt, Express und Überfälle, angeregt und gerüht durch eine infame, vor der Justiz immune Presse, wurden unausgesetzt und auch in diesem Wahlkampf sturzlos angewandt, um die „völkische Eigenart“ durchzusehen. Als sich im Oktober 1900 die Arbeiter endlich einmal zur Wehr setzten, bewiesen Beamte und Richter ihr Deutschum durch Gendarmerieattacken und schwere Verkerntisse.

### Das christlichsoziale Panama.

Die Reihe der christlichsozialen Skandale reicht nicht ab. Jetzt wird bekannt, daß der ebenfalls christlichsoziale Bürgermeister von Nittenstein, Malau, im Verlaufe von zehn Jahren 80 000 bis 100 000 Kronen unterschlagen hat.

Wien, 15. September. Vor dem Strafsitzgericht begann heute die Verhandlung des in Verbindung mit der Affäre des Stadtrats Hrabá stehenden Ehrenbedingungsabkommen des christlichsozialen Reichsratsabgeordneten Bielohlawek gegen den Haushalter Zippauer, der Bielohlawek in einer öffentlichen Versammlung beschuldigt hatte, er missbraucht seine Macht, um sich zu bereichern, sowie gegen das Wochenblatt Der Montag in der gleichen Sache. Beide Angeklagte treten den Wahrheitsbeweis an. Der Andrang des Publikums ist groß.

### Zur Beseitigung der Fleischnot.

Wien, 16. September. Der Ministeriat hat beschlossen, sofort mit der ungarischen Regierung wegen provisorischer Bewilligung der Einführung argentinischen Fleisches in Verhandlung zu treten. Hierbei wurde vorläufig für eine probeweise Einführung ein Kontingent von 10 000 Tonnen in Aussicht genommen. Der Verkauf würde nur unter ausdrücklicher Herkunftsbezeichnung zu gestatten sein. — Die von Vertretern des Wiener Gemeinderats in Triest entnommenen argentinischen Fleischproben haben den vorzüglichsten Zustand dieses Fleisches ergeben.

## Großbritannien.

### Die Spionageaffäre Helm.

London, 16. September. Gestern begann vor dem Polizeigerichtshof zu Finsbury die Verhandlung gegen den deutschen Lieutenant Helm. Auf die formelle Anklage antwortete Helm: „Ich bin kein Spion.“ Der Vorsitzende des Gerichtshofs, Bodkin, erklärte, der Angeklagte wolle nicht den geringsten Nachweis führen, daß der Angeklagte im Auftrage der freuden Macht gehandelt habe, deren Offizierkörpers er angehört. Wohl aber sei anzunehmen, daß er spioniert habe, um sein eigenes Avancement zu fördern. Das ist um so wahrscheinlicher, als er Pionierleutnant ist und Portsmouth die wichtigste englische Vertheidigungsstellung sei. Die Angelegenheit wurde schließlich bis zum nächsten Dienstag zurückgestellt.

## Cürkiet.

### Der Konflikt mit dem Patriarchat.

Konstantinopel, 16. September. Die Polizei verhaftet noch fünf andre Delegierte der Nationalversammlung; es heißt, daß gegen alle Delegierten Haftbefehle erlassen worden sind. Der Patriarch richtete abends eine Note an die Pforte, nach der sich das Patriarchat angesichts der angewandten Gewaltmaßregeln gezwungen sieht, die Arbeiten der Versammlung zu unterbrechen, um ein Einvernehmen mit der Regierung herbeizuführen. In Kreisen des Patriarchats wird diese Unterbrechung als Verfolgung auf unbestimmte Zeit betrachtet. Man hofft jedoch auf eine Beilegung des Konflikts. Nach einer andern Meldung soll die Anerkennung des Patriarchen, er werde nicht davor zurücktreten, das Patriarchat zu schließen und den Schlüssel dem Kaiser von Russland als Oberhaupt der nächstverwandten Kirche zu überreichen, bei der Pforte wie eine Bombe eingeschlagen haben.

### Zur Verschärfung des Boykotts.

Saloniki, 16. September. Das heisige Boykottkomitee hat die äußerste Verschärfung des gegen Griechenland gerichteten Boykotts beschlossen. Auch in den Fällen, in denen eine diplomatische Intervention stattfindet, wird den Lastträgern nicht mehr gestattet sein, Waren, die mit griechischen Schiffen ankommen, auszuladen oder zu transportieren. Sämtliche Häfen der Türkei sind verständigt worden.

## Südafrika.

### Die Wahlen zum südafrikanischen Parlament.

London, 16. September. Nach den vorläufigen Feststellungen sind zum südafrikanischen Parlament gewählt worden: In Kapland 18 Unionisten, 11 Nationalisten und 1 Unabhängiger, in Transvaal 9 Unionisten, 12 Nationalisten und 1 Anhänger der Arbeiterpartei, in Natal 2 Nationalisten und 5 Unabhängige, in der Oranienkolonie 8 Nationalisten und 1 Unionist. Die Unionisten oder Unabhängige Jamesons siegten in vier Wahlkreisen Kapstadts, wo Jameson sich unter den Gewählten befindet. Der Premierminister General Botha ist mit 1120 Stimmen dem Unionisten Patrick unterlegen, der 2281 Stimmen erhält. Ebenso unterlag der Finanzminister Hull einem unionistischen Minenbesitzer. Die Nachricht von dem Wahlausfall hat in London große Bewegung hervorgerufen. Die Unionisten in den Großstädten, namentlich in Pretoria und Kapstadt, verbreiten ihre große Freude über den Wahlausgang. In Kapstadt wurde der Sieg Jamesons mit frenetischem Jubel begrüßt.

## Nordamerika.

### Korruption.

New York, 16. September. Die Untersuchung hat ergeben, daß die New Yorker Straßenbahnen in einem Monat 40 000 Dollar Betriebsgewinn an Abzweigern gezahlt hat. Zwei Senatoren sind bereits als Empfänger bekannt, den andern ist man auf der Spur.

Frankfurt a. M., 16. September. Der Frankfurter Zeitung wird aus New York gemeldet: Der frühere Kassierer beim Bundesbahnamt in Chicago Fitzgerald ist verhaftet worden. In der von ihm verwalteten Kasse ist ein Betrag von 172 000 Dollar festgestellt worden.

## China.

### Tibet für Europäer gesperrt.

Petersburg, 15. September. Auf Anfrage des Vertreters Auflands am Pekinger Hof, ob die unter den Buddhisten in Transbaikalien umlaufenden Gerüchte, der chinesische Meidant in Chassa habe den russischen Pilgern den Zugang nach Tibet verboten, begründet sei, hat die chinesische Regierung geantwortet, daß Verbot beziehe sich nur auf Missionare; für Pilger aller Nationen sei Tibet offen.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Sozialdemokratische Schulreform.

Die eben erschienene Nummer der Sächsischen Schulzeitung beschäftigt sich mit der Schuldebatte auf der Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie. Die Schulzeitung meint, die Erörterung habe keine neuen Wege zeigen können. „Es handelt sich für die Sozialdemokraten vor allem um die Frage: Was tun wir, um die Schulreform in unserem Sinne vorwärts zu bringen?“ So bietet auch die lange Entschließung, die der Schleswiger Heinrich Schulz-Berlin der Landesversammlung vorlegte, uns nichts Neues. Auf dem Gebiete der Schulreform begegnen sich in den meisten Punkten die Forderungen der Sozialdemokraten mit denen der Lehrer. Es stimmen ja die geistigen Waffen der Sozialdemokraten im Schulkampfe aus dem alten Arsenal des Liberalismus.“

Das ist im wesentlichen richtig. Von unserm Redner Schulz ist ausdrücklich festgestellt worden, daß die Thesen der Entschließung zur Schulreform für die heutigen bürgerlichen Verhältnisse berechnet sind, und daß die Schule im Zukunftsstaate ganz anders aussehen werde, wie die bürgerliche Schule selbst nach der Reform im Sinne der aufgestellten Thesen. Doch auch für die heutigen Verhältnisse läßt zwischen der Lehrerschaft und der Sozialdemokratie eine breite Kluft in der Frage des Religionsunterrichts. Aber abgesehen davon, decken sich die sozialdemokratischen Schulforderungen in der Hauptsache mit denen der Lehrerschaft. Und wenn auch ein großer Teil der nichtsozialdemokratischen Bevölkerung mit den Forderungen der Lehrerschaft übereinstimmt, so wird doch die Zukunft erweisen, daß im Landtage nicht einmal die Liberalen für die „Schulforderungen aus dem Arsenal des Liberalismus“, die heute die Lehrerschaft versucht, zu haben sein werden.

### Die Lehrerschaft gegen den Kultusminister.

Der Leipziger Lehrerverein nahm in einer starkbesuchten Versammlung Stellung zu der Rede des Kultusministers Dr. Beck. Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen:

„Auf der Jahrestagkonferenz der Bezirksschulinspektoren hat Se. Exzellenz der Herr Kultusminister Dr. Beck eine Rede gehalten, aus der die sächsische Lehrerschaft leider erkennen muß, daß die oberste Schulbehörde den Bestrebungen der Lehrerschaft nach einer Reform des Religionsunterrichts in allen Hauptpunkten durchaus ablehnend gegenübersteht. Strebt doch die Lehrerschaft vor allem danach, den bisherigen dogmatischen Religionsunterricht, der dem Wesen der Kindesseele ganz und gar widerspricht, durch einen undogmatischen zu ersetzen; der Herr Minister aber erklärt, daß an der schriftlichen und dekretalen Formulierung des Religionsunterrichts festgehalten werden müsse.“

Die Lehrerschaft fordert einen Religionsunterricht, der im Einklang steht mit den heutigen Welterkenntnissen und den gesicherten Ergebnissen der Forschung; der Herr Minister aber will, daß alles Bisherto auch heute noch als unverträgliche Wahrheit angesehen werde. Der Herr Minister schränkt die Reform lediglich auf eine Verbesserung der Methode und eine Verkürzung des Memorierstoffs ein, wobei er aber die aus Jahrzehnten Erfahrung erwachsenen Vorschläge der Lehrerschaft für den neuen Memorierstoff nicht einmal als geeignete Grundlage erachtet.

Auf fortwährende Verbesserung der Methode des Religionsunterrichts ist die Lehrerschaft bereits seit Jahrzehnten bedacht gewesen, ohne damit die tieferliegenden Uebelstände dieses Unterrichts beenden zu können. Eine Reform, die sich nur auf die Methode des Religionsunterrichts und einige Änderungen in der Auswahl des Memorierstoffs beschränkt, kann sonach als Reform überhaupt nicht bezeichnet werden. Der Religionsunterricht würde vielmehr an denselben Mängeln weiter Franken wie bisher. Er würde auch fernher ein unpraktischer und unkinderlicher Unterricht sein; eine Wiederbelebung des religiösen Sinnes im Volke wäre von ihm nicht zu erhoffen; der unüberbrückbare Gegensatz zwischen überlebten Dogmen und dem heutigen Welterkenntnis bliebe bestehen; der Gewissensdwang, der lämmend auf die Berufsfreudigkeit des Lehrers wirkt, würde nicht beseitigt; insbesondere aber würde der heute zwischen der Schule und dem überwiegenden Teil der sächsischen Bevölkerung unlengbar bestehende Zwiespalt in aller Stärke fortdauern. Denn Sachsen ist kein orthodoxes Land. Durch einen dogmatischen, streng bibel- und bekanntschaftsmäßigen Religionsunterricht gewinnt die Schule nur den Beifall des kleinen orthobogen Teils der Bevölkerung, während der weit größere Teil unseres Volkes,

dessen Blick nach vornwärts gerichtet ist, einem solchen Unterricht Nichtachtung, Mißtrauen und Feindschaft entgegenbringt. Nur ein undogmatischer Religionsunterricht ist instande, dem Volke die Religion wieder wert und tener zu machen.

Weitere Kreise der städtischen Bevölkerung, darunter hochgeschätzte Vertreter der Wissenschaft, haben anerkannt, daß die Lehrer bei ihren Reformbestrebungen nur dem Wohl der Jugend und des Volkes dienen wollen, und haben darum einer Reform im Sinne der Zwicker Theologen zugestimmt. Diese Thesen sind nicht das willkürliche Erzeugnis einer radikalen Widerheit, sie sind vielmehr mit innerer Notwendigkeit aus dem pädagogischen und wissenschaftlichen Fortschritt erwachsen. Wollten wir sie heute aufzugeben, so würde das kommende Lehrergeschlecht sie wieder aufnehmen.

Darum bleibt der Leipziger Lehrerverein nach wie vor fest auf dem Boden der Zwicker Theologen stehen. Er wird in der Propaganda für diese Forderungen nicht erschaken und hofft, durch manngesetzte Auflärungsarbeit die Einführung des undogmatischen Religionsunterrichts durch das neue Schulgesetz doch noch zu erreichen.“

So die Resolution des Leipziger Lehrervereins. Danach will die Lehrerschaft an die Stelle des bisherigen dogmatischen einen undogmatischen Religionsunterricht setzen. Der Religionsunterricht bleibt Religionsunterricht und wir vermögen uns nicht vorzustellen, wie der Religionsunterricht in Einklang gebracht werden könnte mit dem heutigen Welterkenntnis und den gesicherten Ergebnissen der Wissenschaft“.

Die Resolution ist eine Demonstration für die Zwicker Theologen. Mit Recht aber hat Genosse Göhrke auf unserer Landesversammlung das Widerprüfungsbole in diesen Thesen klaregelegt. Diese Thesen sind der Niederschlag der augenblicklichen wissenschaftlichen Ergebnisse einer liberalen Theologie, die geneigt ist, allerlei Müßiggang zu nehmen und allerlei Kompromisse mit der Vergangenheit zu schließen“. Auch die liberale Theologie steht den gesicherten Ergebnissen der Forschung in der Natur fremd gegenüber. Die Stellung der Lehrerschaft zum Religionsunterricht ist — wir beladen das zum souveränen Male — eine Halbwelt und eine Quelle ununterbrochener Widersprüche.

### Die Fleischsteuerung.

Dr. Becken, 16. September.

Die Stadtverordneten nahmen heute zur Frage der Fleischsteuerung Stellung. Die Sozialdemokratie beantragten, den Rat zu ersuchen, gemeinschaftlich mit den Stadtverordneten bei der Staatsregierung für Einführung geplante Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung vorstellig zu werden und eine allgemein verständliche Darstellung über die Einwirkung der neuen Schlachthofgebühren auf die Fleischpreise zu veröffentlichen. Von liberaler Seite wurde der Rat um Auskunft ersucht, ob und welche Schritte gegen die herrschende Fleischsteuerung seitens der Stadtbehörden möglich sind und ob der Rat in dieser Angelegenheit bei der Staatsregierung Schritte zu tun gebraucht. Endlich verlangte ein Antrag des Stadtv. Fleischmeisters Niedenführ und Genossen die Definition der Grenzen für die zollfreie ungehinderte Einführung von Nut- und Rindfleisch und eine zeitweise Ermäßigung der Fleischzölle. Während von bürgerlicher Seite hauptsächlich die Verhältnisse auf dem Futtermarkt für den Mangel an Fleischfleisch verantwortlich gemacht wurden und man höchstens noch Fehler in der Organisation des Fleischhandels gelten lassen wollte, wiesen sie Ge- nossen auf die Zollwucherpolitik des Reiches hin, die die heilige Kulturpolitik in Wirklichkeit verursacht habe. Sachsen habe besonders Anlaß, gegen die jüngsten Zustände energisch vorzugehen, weil es Steuern habe, die man andernorts nicht habe. Durch die Schlachtfeste und Uebergangsabgabe für nicht in Sachsen geschlachtetes Vieh halte man die Fleischpreise dauernd in die Höhe. Der Fleischkonsum in Sachsen bleibe denn auch bedeutend hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Der zweite Teil des sozialdemokratischen Antrags wurde damit begründet, daß vielfach behauptet werde, die geringe Erhöhung der Schlachthofgebühren würde von den Fleischern an einer unverhältnismäßigen Erhöhung der Fleischpreise benutzt. Der nationalliberale Stadtv. Dr. Stresemann versprach sich von einer Definition der Grenzen im allgemeinen nichts, während der Preissteigerung der Grenzen der Lehrer Beck der Überzeugung Ausdruck gab, daß seit von der ganzen Sippe wege nur die Sozialdemokratie abhängen. Nur von einem Systemwechsel unseres Reichspolitik sei eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten.

Oberbürgermeister Beutler vertheidigte, daß der Rat schon seit Monaten der Frage die größte Aufmerksamkeit widmet; er habe schon seit einigen Jahren sich der Sache energisch angenommen. So sei 1908 vom Rat und Stadtverordneten an den Reichstag gemeinschaftlich eine Petition um Definition der Grenzen gesandt worden, jedoch ohne Erfolg; sie wurde aus veterinärpolizeilichen Gründen für nicht beachtlich erklärt und weil, wie ziffernmäßig nachgewiesen wird, der Fleischkonsum prozentual mehr gewachsen war als die Bevölkerung. Auch zum Wunsch bezüglich der Abänderung der Fleischbeschau habe sich der Reichstag ablehnend verhalten. Gegen den Vorschlag, nach den Exportländern deutsche Tiere zu senden, die das Vieh vor und nach der Schlachtung untersuchen, waren stadtrechtliche Bedenken erhoben worden. Der unkontrollierbare Import von geschlachtetem Vieh werde auch vom Dresdner Stadtbauratzt als für die Bevölkerung gefährlich und deshalb nicht empfehlenswert bezeichnet. Er glaubt aber auch nicht, daß die Verhältnisse wirklich so schlimm seien, wie sie von verschiedenen Seiten dargestellt werden. (Burrus: Sehr richtig!) Der Auftrieb auf dem städtischen Schlachthof sei an den letzten Marktagen gar nicht gerichtet worden und die Preise für Schweine seien sogar zurückgegangen. Er glaubt bestimmt, daß die rückläufige Bevölkerung erhalten werde, und erwarte, daß die Fleischer nun auch mit den Alzinnerfaßpreisen zurückgehen werden. (Lebhafte Beifall.) Die Auffassung, daß durch Definition der Grenzen bessere Verhältnisse geschaffen werden würden, teile er nicht. Der Export von Rindern aus Österreich nach dem Dresdner Schlachthof sei zurückgegangen, Beweis, daß nicht die Industrie, sondern die Weltmarktverhältnisse an den jetzigen Zuständen schuld seien, in denen wir aber von Sachsen aus wenig ändern könnten. Den Städtetag bedankt in Bewegung zu setzen, wie Dr. Stresemann es willens, dürfte auch nicht helfen, wenn er auch die Anregung zu dessen Einberufung geben sollte. Im wesentlichen werde man sich darauf befragen müssen, was der Verein deutscher Fleischhändler vorschlägt. Weiter sollte versucht werden, eine Erleichterung des Imports von geschlachtetem Fleisch, eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachten für Vieh und Verkürzung der Quarantänezeit herbeizuführen. Die Bekämpfung der Schlachtfeste und Uebergangsabgabe sei theoretisch ja ganz schön, helfen könnten solche Mittel aber nicht. (Sehr richtig!) Trotz dieser mehr negativen Erklärungen des Oberbürgermeisters, die die Zustimmung der Mehrheit fanden, wurden die drei Anträge einstimmig angenommen.

Recht leicht fanden sich die Stadtverordneten in Zwicker mit der Fleischsteuerung ab. In der letzten Sitzung teilte der Vorsteher vor Eintritt in die Tagessitzung den Eingang einer gemeinsamen Eingabe des Gewerkschaftsvereins Zwicker und des sozialdemokratischen Vereins Zwicker an die städtischen Kollegen folgenden Inhalt mit:

„Unterzeichnete sind von einer am Sonntag, den 4. September abgehaltenen Volksversammlung, die sich mit der allgemeinen Fleischsteuerung beschäftigt, beauftragt worden, den städtischen Kollegen folgende Eingabe zur geneigten Verleichtigung zu unterbreiten: Die städtischen Kollegen von

Zwischen werden ersucht, bei der Reichsregierung gemeinsam dass vorstellig zu werden, 1. daß die Grenzsperrre für die Einführung von Jungfisch, Schlagschwein und Fleisch auf das zum Seuchen-Schutz unumgänglich nötige Maß herabgesetzt werde, 2. daß die Viehherdmittelstelle aufgehoben werde; 3. bei der sächsischen Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß sie sich im Sinne der vorstehenden Forderungen verwende; 4. eine Petition an die sächsische Staatsregierung zu richten um Aushebung der gesetzlichen Bestimmungen über die Schlachtfeste und die Übergangabgabe von zollvereinsländischem Fleisch; 5. die sächsische Staatsregierung zu ersuchen, die Frachtzölle für Schlachtfeste und Fleisch zeitweise zu ermäßigen.

Der Rat hat die Eingabe zur weiteren Erörterung an den Vieh- und Schlachthofsausschuß weitergegeben, der sich mit der Sache beschäftigen wird. Auf den Vorschlag des Vorstehers beschließt das Kollegium, bis zu weiterer Beschlusssellung das Ergebnis der Ausschusseratung abzuwarten.

Die Stadtverordneten in Glashau stimmten einem Antrag zu, worin der Rat ersucht wird, zuständigen Ortschreiter zur Einberufung der Fleischnot zu unternehmen.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Oberbürgermeister Paßt will als Vorstehender des Thüringer Städtebundes dadurch gegen die Fleischsteuerung Stellung nehmen, daß er beim Vorstand des deutschen Städtebundes den Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen deutschen Städtebundes stellt. Herr Paßt hat u. a. auch gekauft, es sei zu erwarten, ob in Anbetracht der Fleischsteuerung die Städte durch Übernahme der Schlachtfeste eine Herabsetzung der Fleischpreise erzielen könnten.

Dresden. Den Anträgen der Stadtverordneten auf Abminderung des religiösen Memorierstusses für die evangelischer Volksschulen und auf Herabsetzung der Zahl der Religionsstunden ist der Rat nicht beigetreten. Dagegen beschloß der Rat, daß in seinem Besitz befindliche Material über die Frage des religiösen Memorierstusses der Regierung zur Kenntnisnahme zu überreichen.

Die Amtshauptmannschaft hat dem Gemeinderat zu Briesnitz mitgeteilt, daß in der Angelegenheit betreffend die wiberrechtliche Entnahme von Wasser aus der Gemeindewasserleitung durch den früheren Gemeindevorstand Felgentress die Staatsanwaltschaft die Untersuchung wegen Betrugs nunmehr wieder eingeleitet habe. Da ein solches Vergehen die Entziehung der Bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen kann, sei Felgentress bis zur Beendigung des Verschreibens von der Ausübung seines Ehrenamtes als Gemeinderat ausgeschlossen.

Chemnitz. Gestern wurde hier der Grundstein für ein eigenes Druckereigebäude für die Volksstimme gelegt. Die Entwicklung des Druckereiunternehmens sowohl als auch der Zeitung zwang dazu, ein eigenes Gebäude zu errichten. Es wird mit

der Neuanschaffung von Maschinen usw. insgesamt einen Kostenaufwand von rund 400 000 M. verursachen. Im Vordergebäude, einer alten Patrizervilla, die stehen bleibt, sind untergebracht eine größere Anzahl von Gewerkschaftsbüros; auch das Jugendheim der Arbeiterschaft soll in der nächsten Zeit eingerichtet werden. Das Unternehmen gehört den Sieben zum Verbreitungsgesetz der Volksstimme gehörenden Wahlkreisen. Hervorragend beteiligt an der Ausbringung der Mittel ist der 16. Reichstagwahlkreis. Das Gebäude wird spätestens im Frühjahr 1911 fertig sein.

Pirna. Die Cholera kann als erloschen angesehen werden, da neue Fälle bisher nicht bekannt geworden sind. Man hat alle erdenkliche Vorsicht gebraucht. Von verschiedenen Arztärzten erkrankten Personen wurden Auswurfsfälle zur bakteriologischen Untersuchung nach Dresden geschickt, in allen Fällen wurde ein negatives Resultat festgestellt. Auch in Copi sind keine Erkrankungen mehr vorgekommen. So wäre denn, schreibt der Pirnaer Angelger, die Seuche auf den einen Fall beschränkt geblieben; aber dieser Fall ist doch in mehr als einer Beziehung sehrre gesezen. Zunächst sind im Krankenhaus durchgreifende Ränderungen getroffen worden. Die alte Baracke ist abgerissen, eine neue, vom Kriegsministerium gelehrte Baracke ist aufgebaut. Endlich erhält auch das Krankenhaus Telefonanschluß und es ist die Anstellung eines Assistenzarztes in Aussicht genommen.

Plauen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, handelt es sich bei der Krankheit des Fleischmeisters Hofmann nicht um Cholera. Hofmann liegt zwar seit einigen Tagen in hiesigen Krankenhäusern, doch konnte bisher noch nicht festgestellt werden, ob er an Unterleibsyphus oder einer schweren Nierenkrankung leidet.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Hartmannsdorf bei Burgstädt wurde die 1892 in Prlesnitz geborene Mathilde Grünert tot aus dem Elsingtisch gezogen. Die Tochter, die bei dem Fabrikanten Landgraf in Limbach tätig war, hatte in den letzten Tagen Spuren von Schwermut gezeigt, die auch der Grund zu der unseligen Tat sein dürften. Die Leiche wurde behördlich aufgehoben. — Der Maurer Busch in Burkendorf bei Frauenstein, der in Freiberg arbeitet, erhielt einen Brief mit dem Poststempel Klingenberg, in dem er aufgesordert wurde, bei einer Telegraphentaste 500 M. zu vergraben, währendfalls sein Name abgebrannt würde. Busch übergab den Brief sofort der Gendarmerie, die nach dem frechen Expressor fahndet. — Bei den Wandern wurde in der Gegend von Annaberg der Regiments-Adjutant Oberleutnant Grimm vom Infanterie-Regiment Nr. 188 bei Dörschnitz von einem Geschütz der folgenden Artillerie überfahren und schwer verletzt. Die Räder gingen ihm über die Schulter und das linke Bein. Ebenso läßt der Oberleutnant Franz von demselben Regiment vom Pferde und wurde durch einen Hufschlag schwer verletzt. Ein Reservist vom 181. Infanterie-Regiment verstarb an einem Blutsurst.

In einem Anfall von Geistesstörung versuchte sich der Mühlensieher Richter in Kleintitzgeln bei Olching, der mit seinem Sohne auf Feld gegangen war, mit der Sense die Rehle zu durchschneiden. Der Sohn konnte zwar die vollständige Ausführung dieses Vorhabens verhindern, doch hatte sich sein Vater bereits so schwere Verletzungen zugefügt, daß man ihn ins Krankenhaus zu Riesa bringen mußte.

### Briefkasten der Redaktion.

Mehrere Genossen in Karlsruhe, Überbach, Mannheim. Es ist uns ganz unmöglich, alle Berichte und Zuschriften aus Baden zu bringen. So erhalten wir beispielweise über die Luxemburg-Versammlungen in Überbach allein vier Berichte. Das drollige Gebet der Volksfreunde gegen die Leipziger Volkszeitung hatte bisher nur das Ergebnis, daß die Zahl unserer Abonnenten in Baden wuchs.

Adolf Jr. Es ist gleichermaßen gleich, welche Wahl Sie treffen. Beide Werke enthalten größere zusammenhängende Artikel.

C. G. R. 1889. Sie müssen zahlen. Die Verjährung wäre erst mit Ende dieses Jahres eingetreten.

Hermann Schn. Bei Einreichung des Antrags zur Erwerbung des Bürgerrechts sind einzubringen: Ein Staatsangehörigkeitsausweis, wenn der Antragsteller nicht Sachse ist und zugleich die sächsische Staatsangehörigkeit erwerben will, die quittierten Steuerzettel der letzten zwei Jahre, die Militärpapiere, der Geburtschein und für den Fall, daß der Antragsteller verheiratet ist: der Trauschein, der Geburtschein der Ehefrau, der Geburtschein der unehelichen Kinder. — Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Die Karte steht zu Ihrer Verfügung.

O. R. Sie werden die gesuchte Antwort auf Ihren Brief erhalten, wenn wieder einmal die Meistersinger aufgeführt und besprochen werden. Die uraltcn, selbst beschöndigten Theatersinglungen bekannten Dinge, die Sie vorbringen, hätten Sie wohl besser an anderer Stelle an den Mann gebracht. Die Stelle aus den Lustigen Weibern ist den meisten Musikern bekannt, aber bisher nur von Reminiszenzjägern ernst genommen worden.

Patriotismus auf der Messe. Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. Wenn Sie auf den Abdruck reflektieren, müssen Sie Namen und Adresse angeben.

### Auskunft in Rechtsfragen.

1500. Invalidenrente erhält auch derjenige nicht dauernd erwerbsfähige Versicherte, der während 20 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig (krank) gewesen ist, für die Dauer seiner Erwerbsfähigkeit. — Den Schein können Sie unterzeichnen.

**KIOS** Elegant Kios No. 1 Alson 2 Kurprinz NEXOS 3 Pfg.  
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden,  
Lieferant der französischen Tabak-Regie.

### Freie Turnerschaft Leipzig-West.

Sonntag, den 17. September

### Rekruten-Abschiedsfeier

### Sonder-Aufführungen und BALL.

Eintritt 7 Uhr. [17885] Anfang 8 Uhr.

Programm: Vorverkauf 15 Pfg., Kasse 20 Pfg.

Der Turnrat.

## Bettfedern

in vorzüglicher Füllkraft und garantiert standsfrei, à Pfund 4.1.—, 1.50, 1.80, weiße Schleiffedern à Pfund 4.2.—, 2.50, 3.—, 3.50, 4.— bis zu den feinsten. Daunen à 4.50, 6.—, 7.50.

Fertige Inlett, Bettwäsche, Bettdecken, Schafdecken, Steppdecken, Strohsäcke, Metall-Bettstellen, Matratzen

**Eduard Graf & Co.**

Telephon 12887. Leipzig, Tauchaer Str. II. Telephon 12887.

## Fertige Betten

à Stand bestehend aus 1 Oberbett, 1 Unterbett und Latten, volle Größe und federdichtes Inlett à 18.—, 18.—, 20.—, 22.—, 26.—, 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, 50.— bis zu den besten. Sämtliche Betten werden auch in Gegenwart der werten Kundshaft gefüllt.

### Achtung, Handwerker!

Zur geist. Nachricht, daß ich wied. m. ein. gr. Post. Solling. Stahlwaren u. Remscheid. Werkzeugen, Wesse eingetr. bin. Geb. a. Gelegenheitsf. folg. Werkz. als: Falten, Hämmer, Bohre, dar. e. gr. Post. Spiralbohrer, Sägen, Zangen u. s. sch. bill. ab. Hermann Strauss a. Sollingen. Bitte gen. a. m. Abt. j. acht. d. i. all. m. Werkz. u. Stahlw. a. Sol. an. bin. Sand. Messer: Knopf. 4. Reihe Schraub.

Bitte zu beachten! 80 Mark.  
ein hochfeine Zigarren  
zur Auswahl zum Preise von  
5, 6, 7, 8, 10, 12 bis 30 Pfg.  
Zigaretten, Rauchtabak,  
Pfeifen. [11005]

**E. Nippolt, L.-Neustadt**  
Einerstr. 5, Ecke Ludwigstr.

**Bruno Sorge, Kleinschöck**  
Dieskastr. 25, gegenüber Kreuzkirche  
Herrn-Strohhüte, Filzhüte, hart  
u. weich, Mützen, Schirme, Stöcke  
Hosenträger, Krawatten, Wäsche.

**Hüte, Mützen  
Stöcke, Schirme -  
Garnituren u. ungern. Damen Hüte**

**Ernst Dietrich**  
L.-Connewitz  
Ecke Bornaische u. Pfleißingerstr.

**Rote Kreuz-  
Zigarren**

10 Stid 60 Pfennig, empfiehlt  
\*) C. Vogel, Eisenbahnstr. 14.

**Rechtsstaat u. Klassenjustiz**  
von Dr. Karl Liebknecht.  
Preis 20 Pfg.

**Volkshochschule Leipzig**  
Tauchaer Str. 19/21.

## Freie Turnerschaft Leipzig-West.

Sonntag, den 17. September

### Rekruten-Abschiedsfeier

### Sonder-Aufführungen und BALL.

Eintritt 7 Uhr. [17885] Anfang 8 Uhr.

Programm: Vorverkauf 15 Pfg., Kasse 20 Pfg.

Der Turnrat.



Beachten Sie meine Messpreise in meinem Schuhfenster!  
Herren-Anzüge von 4.75 bis 20.— etc.

Herren-Ueberzieher

von 4.50 bis 18.50 etc.

Herren-Hosen von 4.1.— bis 6.50 etc.

Bürochen- und Knaben-Anzüge

zu Spottpreisen.

Frack- u. Gesellschafts-Anzüge leihweise.  
Elektrische wird vergütet.

**Glasers Monats-Garderobe**  
Ranstdtter Steinweg 39, im kl. Laden.

### Rossschlächterei Ranstdtter Steinweg 14

nächste Nähe Kaufhaus Brühl.\*

### Neu!

### Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters

Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende

Von FRANZ MEHRING

Erster Teil :: Preis 1.25 Mk.

Zu haben in der LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A. G.  
ABTEILUNG BUCHHANDLUNG und deren Filialen.

Hierdurch zur traurigen Nachricht, daß unsere liebe Mutter und Großmutter  
**Rosine Alex geb. Deutschmann**

im Alter von 73 Jahren am Donnerstag, nachts 1/21 Uhr,  
gestorben ist. Dies zeigt tiefschmelz an  
L.-Gohlser Str. 10, den 10. September 1910  
Neu. Hallische Str. 75

Gottfried Alex, im Auftrag sämtlicher Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Sonntag, mittags 1/12 Uhr,  
vom Gohlser Friedhof aus statt. [17384]

## Hörig's

Vorteilhafter Brothbelag  
billiger als Butter sind

**Marmeladen und Gelées**  
in röhrl. bekannter Güte in 1-Pfd.-Dosen von 40.— 50.—  
Bei grösseren Packungen billiger.

**Obst-Surrogate**  
solange Vorrat reicht 5-Pfund-Eimer 95.—

**Himbeer- und Kirschsaft**  
ausgewogen . Pfund 60.—

**Fruchtsüsse, Kompotts und Gemüse-Konserven** in Original-Packungen.  
**Marmeladen-Fabrik Hermann Hörig, Leipzig**  
Fabrik: Leutzscher Str. 14. Tel. 13993. — Detailverkauf: Windmühlenstr. 42. Tel. 1346.

J. F. F. Müller  
Märkte  
Waren  
für  
Kinder  
Geschenke



# Oeffentliche politische Versammlung.

# Schönefeld

Sonnabend, den 17. September, abends 9 Uhr  
Oeffentliche Einwohner-Versammlung  
im grossen Saale des Sächsischen Hofes.

Tagesordnung:  
Die neuesten Vorkommnisse in der Gemeindeverwaltung und die daraus  
immer dringender werdende Einverleibung mit der Stadt Leipzig.  
Alle Einwohner sind hiermit eingeladen.  
17247] Der Einberufer: Max Puschwitz, Schönefeld, Plochstraße 12.

## Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zeltzer Str. 32 Portal rechts, I.  
Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abends 5—8 Uhr.  
Telephon 8784.

**Metalldrucker.** Sonnabend, 17. September, abends 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Eingang Mittel-Portal. 1. Bericht über die Lohnbewegung. 2. Tarifangelegenheiten. 3. Werkstellenberichte. 4. Verschiedenes. [17240]

**Mechaniker u. Elektromontoure.** Sonnabend, den 17. September, abends 1/2 Uhr, Oeffentliche Versammlung im Volkshaus. 1. Vortrag des Kollegen M. Bräuer. 2. Verschiedenes. [17241]

**Gürtler, Gelbgießer, Schraubstockarbeiter** Sonnabend, den 17. September, abends 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesschau: 1. Alte und neue Weltanschauung. Referent: Genosse R. Schrörs. 2. Gewerkschaftliches. [17239]

Vom 4. Oktober ab findet ein Kursus in Maschinenkunde, Mechanik, Festigkeitslehre und praktischem Rechnen im Volkshause statt. Die Dauer des Unterrichtskurses wird sich auf circa vier Monate erstrecken, und zwar wird Dienstags abends von 8—10 Uhr Unterricht über Maschinenkunde, Mechanik und Festigkeitslehre erteilt und Freitags gleichfalls von 8—10 Uhr abends Unterricht im praktischen Rechnen, d. B. Algebra, Planimetrie und Trigonometrie. Die Kenntnis der letzten drei Fächer ist unbedingt notwendig, um die ersten Fächer verständlich zu machen. Zur Teilnahme an dem Kursus werden nur Verbandsmitglieder zugelassen. Der Beitrag für Erwachsene beträgt 6 Mk. Jugendliche Mitglieder und Lehrlinge haben keinen Beitrag zu entrichten. Die Anmeldung zu dem Kursus muss bis zum 1. Oktober im Bureau unter Vorlegung des Mitgliedsbuchs erfolgen. Besondere Kosten erwachsen den Teilnehmern nicht, da Speisen und Getränke im Unterrichtsorte nicht verabreicht werden dürfen. [\*

Die Bibliothek ist vom 19. September ab wieder geöffnet.

Oeffentliche politische Versammlung.

## Grosszschocher-Windorf.

Sonnabend, den 17. September 1910  
abends Punkt 9 Uhr

**Öffentliche Versammlung**  
im Gasthof zum Trompeter.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Nebstaatsr. Dr. Lensch, Leipzig, über: Fleischwucher und Kaiserreden.

2. Diskussion.

Die tief eingreifende Wirkung der Wucherpolitik der Agrarier und der Regierung in das wirtschaftliche und des persönlichen Regiments in das politische Leben des deutschen Volkes macht es allen über 18 Jahre alten Personen zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.

17268] Der Einberufer:  
J. A.: Karl Birnbaum, Grosszschocher, Wölkerstr. 4.

## Turnverein Vorwärts, Leipzig-Süd

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.

Sonntag, den 18. September, nachmittags 3 Uhr  
zur Feier des 9. Stiftungsfestes

## Schauturnen

auf dem Vereinsturnplatz, Schellstraße 24.  
Nach dem Turnen: Geselliges Beisammensein in der Turnhalle.  
Freunde und Gönner der freien Turnkunst laden hierzu ein  
17287] Die Vorturnerschaft. Der Turnrat.

Arbeiter-Radfahrer-Bund



## Solidarität.

Ausfahrten am Sonntag, den 18. September:  
Abt. Zentrum: Mittags 1 Uhr: Wachau (Fuchsjagd).

„Ost: Mittags 2 Uhr: Markranstädt (Partyschänke). — Abends zuvor: Großes Herbstfest im Albertsgarten (E.-Anger).

„Südost: Mittags 2 Uhr: Holzhausen (Familienausflug). Treffpunkt bei der Schwarzenburg. — Abends zuvor: Champion-Ausfahrt durch Südst.-Bezirk mit anschließendem Tänzchen.

„Süd: Früh 6 Uhr: Großlisch (Kremserpartie). „West: Früh 6 Uhr: Golmberg-Wermendorf.

„West: Mittags 1/2 Uhr: Naunhof-Lindhardt. „Kleinzschocher: Mittags 2 Uhr: Fuchsjagd. — Abends zuvor: Rekruten-Ausschänken.

„Nord: Früh 5 Uhr: Frohburg (d. Leina) Altenburg. „Nord: Mittags 1/2 Uhr: Borna. „Stünz: Früh 7 Uhr: Machern (Fuchsjagd).

Nahrungsmittelbranche: Dienstag, den 22. September, früh 9 Uhr: Wurzen-Grimma.

Grosszschocher: Früh 5 Uhr: Haselbacher Teiche.

## Konsumverein für Leipzig-Döllitz und Umgegend

Eingetr. Genossenschaft m. b. H.

Sonntag, den 25. September 1910, nachmittags 3 Uhr  
Generalversammlung im Restaurant zur Friedenseiche in Döllitz, Schloßstraße.

- Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Rassenbericht über das vergangene Geschäftsjahr und Richtsprechung desselben.  
2. Beschlussfassung über Verteilung des Reinewinns.  
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.  
4. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates und Wahl von drei Erspämmern für denselben.  
5. Anträge der Mitglieder nach § 18 des Statuts. (Dieselben sind fünf Tage vorher schriftlich beim Vorstand einzureichen.)

Zum Eintritt berechtigt nur die Legitimationskarte, welche von jedem Mitgliede vorzuzeigen ist. [17286]

**I<sup>m</sup> Reihe der Freiheit.**  
Briefe über den Sozialismus  
Von Robert Blatchford. 50 Pf.  
Volksbuchh. Leipzig und Filialen

## Cheatervorstellungen.

### Neues Theater.

Freitag, den 18. September: 248. Abonnement-Vorstellung (4. Serie, Braun): Das Tal der Liebe.

Eine musikalische Komödie in 3 Akten (nach Max Dreher) von Rudolf Rotha.

Musik von Oscar Straus.

Regie: Dr. Loewenstein. — Musikkritische Zeitung: Opernmeister Conrad.

Der Markgraf Waldeimar. Dr. Künne

Die Markgräfin Sophie. Hel. Merren

Gräfinen Hammerich. Dr. Marion

Prinz von Prillwitz. Hel. Schäfer

Prinzessin Sah. Dr. Bloch

Burgschmid und Wöhrel.

Der erste Aufzug spielt in einem Tale nahe der preußischen Grenze, der zweite Aufzug auf Schloss Neudrossen, der dritte Aufzug ein Jahr nach dem zweiten Aufzug wieder im Tale. — Seit: Um 1720.

Wieder nach dem 1. und 2. Aufzug.

Eintritt 4,70 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 5,10 Uhr. Kleine Opern-Welle.

Spieldaten: Sonnabend: Eigmont. Anfang 7 Uhr.

### Altes Theater.

Freitag, den 18. September, abends 1/2 Uhr:

### 4. vollständige Vorstellung zu beiden Preisen.

### Baupenskreis.

Drama in 4 Akten von Franz Adam Beyslein.

Regie: Regisseur J. J. Biedebach.

Baroness-Regiment

Dr. 10. Oberleutnant Hugo

meister vom Heeres-

gau und dem Inf.-Regt.

Dr. 180. Erster Kriegsgerichts-

rat (Verhandlungss-

jäger).

Dr. 200. Zweiter Kriegsgerichts-

rat (Militär).

Der Protokollältester

Dr. 210. Ein jährlingsfrei-

wiliger Unteroffizier

Dr. 220. Eine Verlobungsfeier

(Heiraten).

Dr. 230. Eine Kugelkugel.

Wieder nach dem 2. Auf.

Eintritt 7 Uhr. Anfang 7,10 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Halbe Preise.

Spieldaten: Sonnabend: Neu einstudiert: Ranson. Anfang 7,10 Uhr.

### Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

#### Leipziger Schauspielhaus.

Freitag, den 18. September, abends 7,10 Uhr:

### Eine Frau ohne Bedeutung.

Schauspiel in 4 Akten von Oscar Wilde. Aus Deutsche übertragen von

Alberto Leo, Bobi und Hermann Kröller von Schlesinger.

Im Szenen gehtet vom Übersetzer Ernst Bornstädt.

Lord Allington. Dr. Oswald

Malvina. Dr. Crimber

Sir John Fontenay. Dr. Wilhelmine

Lady Caroline Fontenay. Dr. Sophie

Isaac, seine Tochter. Utele Hößel

Lord Alfred Autop. Hans Leibelt

Lord Stifford. Will Dreda

Mr. Neil. Mitglied des Parlaments. Curti Dellermann

Mr. Deubenhof. Doctor der Theologie, Etzels

Blason. Reinhold Falquöd

Zeit: Gegenwart. Ort: London

Die Handlung des Schauspiels findet binnen 24 Stunden statt.

Wieder nach dem 1. und 2. Auf.

Aufführung 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

Spieldaten: Sonnabend: Im Zugzug. Anfang 7,10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Uml. Gardepreise.)

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. September.

**Geschichtskalender.** 18. September 1822: Ulysses erobert Heidelberg; die kostbare Universitätsbibliothek wird von ihm 1828 nach Rom gefandt. 1730: Gabriel Daniel Fahrenheit, der Verbesserer des Thermometers und des Barometers, gestorben (\* 1688). 1787: Der Maler Cornelius geboren. 1802: Der ungarnische bürgerliche Revolutionär Kosuth geboren. 1804: Der Dichter Julius Wolff in Quedlinburg geboren. 1807: Der Volkschriftsteller Wilhelm Dertel (W. D. von Horn) in Wiesbaden gestorben (\* 1798). 1878: Beginn der Sozialstengesetze im Reichstag. 1907: Der Zoolog William Marshall in Leipzig gestorben (\* 1845).

Sonnenaufgang: 5.00, Sonnenuntergang: 18.15.  
Monduntergang: 1.00 vorm., Mondaufgang: 5.52 nachm.

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. September.**  
Nördliche Winde, meist heiter, warm, trocken.

## Das Sicherheitspolizeiwesen Leipzigs im Haushaltplan für 1911.

Seitdem der neue Herr in der Wächterstraße regiert, haben die Maßregeln der Polizei öfters die Kritik der Öffentlichkeit herausgefordert. Die bürgerliche Presse getraut sich allerding an die Hochwohlgebühr nicht heran; sie lädt es höchstens ab und zu an der Übergabe irgendeiner Wohlfallenfundgebung aus dem Lederkoffer bewenden; die Redaktionen selber aber ziehen sich vorsichtig in ihr Schneckenhäuschen zurück und überlassen die Verantwortung den Einsendern. Diese seige Haltung wird der bürgerlichen Presse erstmals von Brotgründen diktiert, zweitens und hauptsächlich aber fraternisiert sie mit der Polizei als der Schülerin von Ruhe und Ordnung; den Kampf mit der Arbeiterschaft, den die Polizei aus Anlaß der Wahlrechtsbewegung inzitiert hat, heißt sie herzlich willkommen. Ebenso sympathisiert die bürgerliche Presse mit den Eingriffen untergeordneter Polizeiorgane in die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, denn die Polizei hat nach Ansicht der bourgeois Elemente des Volkes die Aufgabe, das Kapital wider den Umsturz zu schützen. Man kann nicht sagen, daß Herr Wagler diese von ihm erwartete Auffassung seiner Pflichten nicht im Sinne des Bürgertums erfaßte. Nein, Herr Wagler ist von dem Beruf der Polizei als Hüterin der bürgerlichen Ordnung so tief durchdrungen, wie sein Vorgänger, der alte Herr Breitschneider, es ebenfalls war. Aber wie kommt es, daß der robuste Polizeicharakter unserer Sicherheitsorgane unter dem neuen Herrn sich so scharf abzeichnet? Herr Wagler ist eben der neue Besen, der gut lehren will. Er will nicht nur für die Sicherheit der Bürgerschaft sorgen, sondern auch ein Tänzlein mit den Arbeitern, dem „innern Feind“, wagen. Was die Bekämpfung des Verbrechertums anlangt, so haben auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Herrn Wagler nicht die Mittel versagt, die unumgänglich zur Reorganisation der Kriminalpolizei notwendig erschienen. Sobald aber die Polizei über diese ihre Hauptaufgabe hinausgeht, hat sie das Malheur, mit den ordentlichen Bürgern selbst in Konflikt zu kommen, sei es durch unnötige Schärfe im Verkehr mit den Bürgern, sei es durch Belästigungen und Bevormundungen aller Art. Die Polizei hat daher Tag für Tag einen aufreibenden und sehr oft völlig unnötigen Guerillakrieg mit den „widerspenstigen“ Bürgern auszufechten. Die Polizei stellt sich bloß, wann sie in wirtschaftlichen oder politischen Kämpfen einseitig Partei ergreift, wie es seit dem Amtsantritt des Herrn Wagler unverhüllter denn zuvor geschehen ist. Nun sind aber die Arbeiter am aller schwersten zu gängeln; das wird Herr Wagler vielleicht schon in seiner kurzen Amtsperiode gemerkt haben. Die Arbeiter haben noch jedem aufgespielt, der ein Tänzlein mit ihnen wagen wollte. Und gegenüber einem Mann mit den Ansichten eines Herrn Wagler, schlagen die Arbeiter natürlich erst recht Töne an, daß ihm die Ohren gelten. Grinnt Sie sich noch, Herr Wagler, der Situation vom 6. Juli, als Sie, in Ihren Feldherrnmantel gehüllt, inmitten ihrer Truppen standen, ohne daß sich die demonstrierenden Arbeiter auch nur im geringsten von Ihnen hätten einschüchtern lassen? Mit mitleidigem Lächeln blieben auch die bürgerlichen Stadtverordneten auf Sie und Ihre Männer herab. Wollen Sie aber, Herr Polizeidirektor, weiter gegen die Arbeiter demonstrieren, so wird es diesen Freude machen, sich mit Ihnen zu messen. Die Waffen freilich sind sehr ungleich. Sie haben die Säbel und Pistolen, die Arbeiter aber Gründächer, Ziele und Bernunkstargumente. Um den Ausgang ist uns nicht bange.

Bei dem unter diesen Umständen lebhaften Interesse, das die Arbeiter an der Polizei nehmen, wird es nicht uninteressant sein, an der Hand des Haushaltplans kurz die Zahlentheilen durchzugehen, die sich auf die Sicherheitspolizei beziehen. Der Zuschuß, den die Steuerzahler zum Polizeikonto leisten sollen, wird für 1911 auf 363 378.50 M. höher als im Vorjahr berechnet. Für die Erhöhung des Bedarfs sind hauptsächlich die Einderleibung der Vororte, die Vermehrung der Mannschaften der Kriminalpolizei und die Erhöhung der Beamtengehälter verantwortlich zu machen. Die Einnahmen sind fast die gleichen geblieben. Der Abschluß zeigt dieses Bild:

Endsumme der Ausgaben 2 807 761.88 M.  
Endsumme der Einnahmen 3 40 900.10  
Zuschuß . . . . . 2 406 702.28 M.

Der Staat trägt zu den Kosten 164 489.10 M. bei, die fehlende Summe muß aus Mitteln der Steuerzahler aufgebracht werden, worunter allein aus Strafgeldern, Gebühren und Sporteln 180.000 M. figurieren. Für Gehälter wird im neuen Etat die nette Summe von 213 418.70 M. mehr als 1910 verlangt. Neu ist die Forderung von 900 M. zur Bezahlung einer Rauschfee für die Polizeiaffistentin, deren Tätigkeit im Interesse der Prostituierten allseitig begrüßt worden ist.

In einigen Wochen wird das Konto 2 (Polizeiamt) zur Beschlusssellung der Stadtverordneten gesellt werden.

Selbstverständlich wird bei dieser Gelegenheit durch die sozialdemokratischen Vertreter die gebührende Kritik erfolgen.

## Meine Bibliothek.

Aktigt das nicht etwas hochtrabend? Ein einfacher Arbeiter wie du, ist da nicht wenigstens ein Teil gesunken? Mit nichts lieber lasst! Und mit welchem Stolz blide ich auf meine Sammlung! O, es sind alles gute, ausgewählte Namen, die sich hier zusammenfanden, und in Freud und Leid waren sie mir oft mal treue Berater. Ja, auch im Leid, denn bittere Stunden habe ich wahrscheinlich schon in Überfülle in meinem jungen Leben gehabt! Wenn dann die Welt da draußen mich abschlägt, wenn mein Innerstes im Sturm der Leidenschaft tobt, dann flüchtet ich voll Vertrauen zu meinen gedruckten Freunden. Sie haben auch nie versagt; für jeden Schmerz hatten sie Linderung, für jeden Kummer einen Trost bereit. Kannst du da meine Liebe und Begeisterung begreifen? Geh hin und sie abgleichen! Auch ich habe die Bibliothek mir im Schweife des Angesichts erarbeitet müssen, aber beharrlich verfolgte ich mein gesuchtes Ziel. So wuchs die Sammlung zwar langsam, aber der Lohn ist nicht ausgeblieben! Könntest du mich doch sehen inmitten meiner Schäfe! Gar mannigfaltig ist ihr Inhalt und gern überlasse ich mich dem Janus, in den sie mich zu bauen vermögen! Und hast du es jetzt nicht recht bequem, lieber Leser? Kaufe Althermarken! Gehst du da nicht gleichsam den gegebenen Weg, während wir fröhlich sprunghaft vorwärts zu kommen versuchen müssten! Und gibst du jetzt nicht oft diesen oder jenen Michel für einen flüchtigen Genuss, für ein im Grunde recht schlechtes Vergnügen aus! Ermanne dich und lege dies Geld auf Blüsen an, Blüsen, die du allerdings nicht zahlenmäßig aneinanderreihen kannst, die du aber später nicht minder dankbar quittieren wirst! Die Zukunft braucht tüchtige Kämpfer, und der Waffen des Geistes harrt noch saure Arbeit! Da heißt es, belastete Geist und Verstand schärfen, auf daß ergeht der Auftrag an dich, du bereit bist, die Probe abzulegen! Deßhalb folge dem Rufe, der an dich ergeht, dringe ein in die Schäfe unserer guten Literatur, schöpfe am Vorn des Wissens, und der Lohn, der reiche, wird nicht ausbleiben!

O. K.

Gleisanlagen der Straßenbahnen am künftigen Hauptbahnhof. Über die endgültige Anlage der Straßenbahngleise am künftigen Hauptbahnhof hat der Rat den Stadtverordneten einen Plan vorgelegt, der wesentlich gegen den früheren Plan abweicht ist. Die wesentliche und wohl auch vorteilhafteste Neuerung bildet die Gleise an der Westseite des Hauptbahnhofes, die einen Schleifenbetrieb ermöglichen sollen. Dabei ist zunächst daran gedacht, daß nur die Altbahn und die Gundorf-Auenbahn die Schleife im regelmäßigen Verkehr benutzen. Die Schleife bleibt jedoch für alle am Hauptbahnhof vorbeifahrenden Linien der Großen Leipziger Straßenbahn und auch für die Linien der Leipziger Elektrischen Straßenbahn die Möglichkeit, am Hauptbahnhof ohne Rangierbewegung umzufahren. Dabei kommt etwa in Frage ein Schleifenbetrieb der Linien M, L und V bei besonderer starkem Verkehr, und zwar könnten die Wagen am Hauptbahnhof umkehren ohne Mühsicht darauf, aus welcher Linie sie kommen. Auch die R-Linie könnte, und zwar bauend, jene Schleife benutzen, wenn für sie nicht eine andere Fortsetzung vorzusehen ist.

Von den 4 Gleisen an der Parkstraße sollen die beiden nördlichen als Aufführungsgleise von Reiserwagen dienen für die Zeit verstärkten Verkehrs, und zwar sowohl für die beiden Außenbahnlinien, wie auch im Verbarthalle für Linien der Großen Leipziger Straßenbahn.

Der Leipziger Elektrischen Straßenbahn (rote Straßenbahn) sollen als Endgleis im regelmäßigen Verkehr zugewiesen werden die braunen Gleise am Blücherplatz und die an der Ostseite des Hauptbahnhofs mit Anschluß nach der Querstraße. Danach ist auch für die Leipziger Elektrischen Straßenbahn durch Vermittlung des südlichsten Gleises an der Parkstraße eine Rundfahrt um den Blücherplatz möglich und ebenso ein Verkehr an der Front des Hauptbahnhofs vorüber bis zu den östlichen Aufführungsgleisen. Eine derartige Verbindung erscheint notwendig bei Betriebsstörungen an anderer Stelle.

Die Zustimmung des Rates zu den neuen Gleisen wurde erlöst, nachdem beide Straßenbahngesellschaften wegen ihrer vertraglichen Vertragspflicht zu den Kosten befriedigende und verbindliche Entgeltnisse abgegeben haben. Die von den Straßenbahnen zu leistenden Verträge bezeichnen sich auf zusammen 389 174.40 M.

**Ein flüchtiger Verbrecher.** Gestern abend traf ein Verbrecher namens Schulthess von Waldheim, wo er eine Justizhausstrafe verbüßt hatte, in Leipzig ein; er wurde zu Fuß nach dem Landgerichtsgefängnis transportiert, weil er alsbald nach Moabit noch eine mehrjährige Strafe zu verbüßen. Am Landgericht angekommen, stellte der Verbrecher seinem Transporteur ein Bein, modurch dieser zu Falle kam. Der Verbrecher entsprang. Er kam jedoch nur eine kurze Strecke fort, da ein Schreiber ihn auffiel, so daß er wieder festgenommen werden konnte. Aber den Schreiber hat der Verbrecher dabei in die Hand gebissen. Dieser Zwischenfall hätte nicht vorkommen können, wenn zu dem Transport des Verbrechers der zu diesem Zwecke verhandelte Gefangen-Transportwagen benutzt worden wäre. Es ist übrigens schon häufig darauf hingewiesen worden, daß die Gefangenstransporte möglichst mit dem Wagen bewerkstelligt werden sollten. Das sollte schon aus Rücksicht auf die Verurteilten geschehen.

„Wie Berliner sind heller wie Ihr Sachsen.“ Diese Redewendung gebrauchte der Neisseite M. in Berlin in einem Brief an seinen Chef, der aus Sachsen stammt. M. sah zum Schlus des Schreibens sein Urteil über die Landsleute seines Prinzipals dahin zusammen, daß „die Sachsen meist dummi und falsch seien“. Seine daraufhin erfolgte Entlassung hält er für unrecht, denn erstmals sei der inteminierte Brief gar nicht beleidigend (?) und zweitens hätte ihn der Sozius des Chefs, der also auch sein Chef gewesen sei, dazu aufgestellt. — Das Berliner Kaufmannsgericht wies den Kläger mit seiner Rechtsbehauptung ab. Die Angriffe auf die Landsleute des Chefs seien eine schwere Erwiderung für diesen. Selbst wenn der Sozius so vorsätzlich vergessen gehandelt und M. aufgestachelt haben sollte, hätte sich der Kläger nicht zu dessen Sprachrohr machen lassen.

**Leipziger Krematorium.** Die Zahl der Personen, die das hiesige Krematorium bestiegen, steigt fortwährend. Allerdings in den letzten Wochen wurden über 1200 Besucher gezählt. Im Zukunft soll ein Eintrittsgeld erhoben werden. Im nächsten

Jahr ist mit dem Bau eines dritten Ofens zu rechnen. Die Kosten einer Verbrennung sind nicht mehr hoch. Schon für etwas weniger als 100 M., einschließlich dazugehöriger Ausgaben, kann eine Verbrennung stattfinden.

**Museum für Völkerkunde.** Die Sonderausstellung über Verkehrs- und Transportmittel im Museum für Völkerkunde wird am 21. September geschlossen werden.

**ha. Verrechnung der durchgehenden Wagen.** Durch den Übergang von Personenzügen einer Eisenbahnverwaltung auf das Recht einer anderen, wie es im durchgehenden Verkehr stattfindet, entstehen gewisse Verbindlichkeiten der Eisenbahnverwaltungen untereinander. Die gegenseitige Stellung von Wagen wird nun nicht etwa durch Zahlungen von Geld ausgeglichen, sondern die Leistungen werden gegenseitig verrechnet. Als Grundlage dient der sogen. Achtkilometer. Die Leistungen der einzelnen Verwaltungen sind dabei sehr ungleich. Eisenbahnen mit reichlichem Wagenpark, wie die preußischen, haben meist ein großes Guthaben gegen andre Verwaltungen. So haben nach der letzten Feststellung vom 31. März z. B. die bayerischen Staatsbahnen eine Gesamtschuld von 31 Millionen Achtkilometer, davon allein 28 Millionen an die preußischen Staatsbahnen. Die italienischen Staatsbahnen sind 12 Millionen Achtkilometer schuldig, die österreichischen 12 Millionen, die österreichischen Südbahnen allein 11 Millionen, die Gotthardbahn 7 Millionen, die niederländischen Staatsbahnen 6 Millionen Achtkilometer Gesamtschuld. Ein besonders großes Guthaben haben z. B. die schweizerische Bundesbahn mit 25 Millionen, die Reichsbahnen mit 22 Millionen und die württembergischen Staatsbahnen mit 9 Millionen Achtkilometer. Preußen hat außer 9 Millionen Kilometer noch ein besonderes Guthaben von 11 Millionen gegen Frankreich und gegen Belgien. Da es sehr schwer ist, diese großen Ungleichheiten durch die Leistungen von Personenzügen auszugleichen, so geht man damit um, die Schuld an Personenzugkilometern durch andre Naturleistungen auszugleichen.

**Veranstaltungen der Jugendvereine vom 10. bis 22. September.** Leipzig. Freitag, den 10. September, Programm-Verleihung. Wahlen. Sonntag, den 12. September, nachmittags 3 Uhr, Beteiligung am Schauturnen des Turnvereins Eiche im Volkshaus. — L-Connewitz. Sonntag, den 18. September, Teilnahme am Schauturnen des Turnvereins Vorwärts. — L-Eutritzsch. Sonntag, den 18. September, Besichtigung des Krematoriums. Abmarsch vormittags 1/2 Uhr vom Vereinslokal. Nachmittags 4 Uhr, Diskussion über das Vereinsleben im verflossenen Viertelsjahr. Donnerstag, den 22. September, Vortrag des Genossen Weinhold über Kinder- und Lehrlings-Schule. — L-Gohlis. Sonntag, den 18. September, Ausflug nach Wachau-Schleife. Donnerstag, den 22. September, Vortrag des Genossen Freytag über die Religionen der verschiedenen Völker. — L-Klein- und Großschoch. Sonntag, den 18. September, Besichtigung des Zoologischen Museums. Treffpunkt vormittags 1/2 Uhr an der Windmühle. Nachmittags 5 Uhr, geselliges Beisammensein im Jugendheim. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Vortrag des Genossen Heinrich über Fritz Reuter. — L-Ost. Sonnabend, den 17. September, Abendausflug nach Pörlitz. Abmarsch um 9 Uhr vom Wollmarstorfer Markt. Paternen gratis. Mittwoch, den 21. September, Vortrag: Aus schwerer Zeit. Eltern unser Mitglieder willkommen. Donnerstag, den 22. September, Steinographiekursus. — L-Plagwitz-Lindenau-Schleizig. Sonntag, den 18. September, nachmittags 1/2 Uhr, Vortrag des Genossen Möthling: Aus schwerer Zeit. Anschließend: Geselliges Beisammensein. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. — L-Görlitz. Sonntag, den 18. September, Tagesspartie (Schnelljagd) nach dem Senftberg. Abmarsch Punkt 7 Uhr vor der Turnhalle in der Seitengasse. Proklant und Niederschläger mitbringen! — L-Thonberg. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmittags Ausflug nach Wachau. Treffen: 1/2 Uhr am Ostplatz. — Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 21. September, abends 1/2 Uhr, Spieldienst bei Angermann, Restaurant zur Börse. — Leutzsch. Sonntag, den 18. September, vormittags, Besuch des Volkmuseums (Fortsetzung). Treffen: 10 Uhr am Ostplatz. Nachmitt

## Hus der Umgebung.

### Zur Einverleibungsfrage.

Bei dem Abschluß der Verhandlungen über die letzte große Einverleibung von 8 Vororten in die Stadt Leipzig wurde vom Bürgermeister Dr. Dittrich hervorgehoben, daß die Einverleibungsfrage im großen und ganzen nun aus Jahre heraus abgeschlossen sei; es könne höchstens noch die Einverleibung von Schönesfeld und Leutzsch erwogen werden. Beide Gemeinden waren schon früher mit in Betracht gezogen worden. Es stellten sich jedoch im Laufe der Verhandlungen Schwierigkeiten heraus, die eine Einverleibung dieser Orte zu der in Aussicht genommenen Zeit nicht möglich machten. Trotzdem wurden die Verhandlungen bald wieder aufgenommen, so daß die Gemeinden wegen ihrer engen Verbindung mit Leipzig und der wirtschaftlichen Abhängigkeit das dringende Bedürfnis einer Vereinigung mit der Stadt empfanden. Besonders rege war der Wunsch auf Einverleibung von jener in Schönesfeld, wo der Gemeinderat bedingungslos den Übergang in die städtische Verwaltung beschlossen hat. Da aber der Rat der Stadt Leipzig zu erkennen gegeben hatte, daß an eine Einverleibung von Schönesfeld nur zu denken sei, wenn gleichzeitig auch die Verhandlungen mit Leutzsch zu einem befriedigenden Ergebnis führten, stellten sich der Sache Schwierigkeiten in den Weg. Denn Leutzsch glaubte in Abetracht seiner günstigen Verhältnisse ein Amtrecht auf besondere Vergünstigungen zu haben, und stellte Bedingungen, an denen die Verhandlungen vorherhand schieden. Es kam aber dann zu neuen Unterhandlungen. Von Leutzsch wurden neue Bedingungen formuliert, die nun bei dem Rat der Stadt Leipzig angenommen gefunden zu haben scheinen. Die bürgerliche Presse berichtet nämlich, daß der Leipziger Rat in einem Antwortschreiben an die Gemeinde Leutzsch mitgeteilt habe, er sei im Prinzip mit den Bedingungen einverstanden.

Ob das zutrifft, wissen wir nicht. Auch über die Verhandlungen und die Bedingungen selbst hat die Deppenlichkeit bisher nichts erfahren. Nur im Gemeinschaftlichen Bericht von Leutzsch scheint man über die näheren Dinge nicht ganz ununterrichtet zu sein, denn in der letzten Sitzung dieses Vereins wurde über die Einverleibungsfrage verhandelt und auf verschiedene Forderungen und Wünsche Bezug genommen, die zweifellos Gegenstand der amtlichen Verhandlungen waren. Einen Anlaß bot ein Vortrag des Herrn Dr. Walter Praetorius über die Hochwasserregulierung auf den Lindenauer Wiesen und die damit im Zusammenhang stehende Herstellung einer neuen direkten Ausgangsstraße nach Leipzig. In der Versammlung wurde nach den Berichten in der bürgerlichen Presse gefordert, die Gemeindeverwaltung von Leutzsch dringend zu ersuchen, als Bedingung zur Einverleibung die Herstellung zweier projektierten hochstufierten Ausgangsstraßen binnen zweier Jahre nach der Einverleibung zu fordern. Mit der Erbauung dieser Straße ist gleichzeitig eine neue Straßenverbindung mit Leipzig herzustellen. Für den Fall, daß die Einverleibungsfrage nicht in absehbarer Zeit zum Abschluß zu bringen ist, will man sie nunmehr als erledigt ansiehen, dafür aber die weitere selbständige Entwicklung der Gemeinde Leutzsch mit allen Mitteln fördern. Die Stadtrechte sollen bei sinnerer Selbständigkeit der Gemeinde unbedingt erreicht werden.

Die leichtere Drohung erscheint uns ziemlich deplatziert. Denn darüber dürfte wohl auf keiner Seite Zweifel bestehen, daß eine derartige "Lösung" für keinen der beiden Teile günstig zu nennen wäre. Jedemfalls darf man aber die unmäßige Meinung dieser Herren nicht gar zu ernst nehmen, um so weniger, da durch die Erklärung des Rates der Weg zu einer Verständigung geebnet scheint.

Völlig im Dunkeln toppt man noch in der Gemeinde Schönesfeld, wo selbst die Gemeinderatsmitglieder noch nichts weiter erfahren haben, als daß die Verhandlungen vollständig ins Stocken geraten sind. Die Verhandlungen mit dem Rat der Stadt Leipzig hat der Gemeindevorstand Reinhardt geführt, gegen dessen Berichterstattung man im Gemeinderat in der letzten Zeit recht mißtrauisch geworden ist, was in der letzten Sitzung der Gemeindevertreter ganz unverhohlen zum Ausdruck kam. Die bürgerliche Presse weiß zwar zu berichten, daß die finanzielle Lage Schönesfelds in der Hauptfrage zu Differenzen geführt habe. Davon scheint in Schönesfeld nichts bekannt zu sein. Auch aus den Berichten des Gemeindevorstandes an den Gemeinderat ging bisher nur hervor, daß die Forderungen und Bedingungen der Gemeinde Leutzsch die Verhandlungen solange hinausgezogen hätten. Wie dem aber auch sei. Jedemfalls steht zu erwarten, daß, nachdem sich der Rat der Stadt Leipzig im Prinzip mit den von Leutzsch gestellten Bedingungen einverstanden erklärt hat, auch die Verhandlungen mit Schönesfeld wieder aufgenommen und bald zum Abschluß gebracht werden, da nach einem in Leipzig gesuchten Beschluss die Einverleibung der beiden Orte nur gemeinsam erfolgen soll.

**Sommerselb.** Gräßlicher Unglücksfall. Gestern vormittag gegen 10 Uhr verunglückte auf dem hiesigen Ratsgute eine galizische Arbeiterin dadurch tödlich, daß sie mit dem Kopf in die Presse der Dampfbremsmaschine geriet. Sie wollte angeblich einen gerissenen Windladen wieder zusperren, wurde dabei aber querseits. Wie wir erfahren, darf eine solche Arbeit während des Gangs der Maschine nicht vorgenommen werden, es scheint also, daß es an der nötigen Aufsicht gescheitert ist. Wer für den Tod der armen ausländischen Arbeiterin verantwortlich zu machen ist und ob für genügende Schutzmaßregeln Sorge getragen war, wird höchstwahrscheinlich die behördliche Untersuchung ergeben. Die Verunglückte soll angeblich in ihrer fernsten Heimat einen kranken Mann und zwei Kinder hinterlassen. — Wie wir erfahren, wird sich die hiesige Parteiorganisation bemüht ein mal mit den Arbeits- und Wohnverhältnissen auf dem Ratsgute beschäftigen.

**Kläranlage.** Am Mittwoch war eine aus sechs Gemeindevertretern bestehende Delegation in Jüttendorf und Charlottenburg, um unter sachkundiger Leitung die dortigen Kläranlagen zu besichtigen. Es sieht also nunmehr zu erwarten, daß der Bau der hiesigen Kläranlage bald begonnen wird.

**Raunhof.** **Leichenzaettel.** Diejenigen unansässigen Einwohner, die in der Zeit von Michaelis 1910 bis Michaelis 1911 in der Staatswaldburg Leichenholz sammeln wollen, können sich zur Ausstellung eines Zettels, Sonnabend, den 17. September, vormittags von 9 bis 12 Uhr im Meldeamt persönlich vorstellen.

**Taucha.** **Tödlicher Unfall.** Der im Leipziger Ratssteinbruch beschäftigte Arbeiter Weiß aus Niedersfeld kam beim Zusammenstoß des Automobillastzuges zwischen zwei Wagen. Der Unglückliche, dem der Brustbord eingedrückt wurde, war sofort tot.

**Moskau.** Eine Verschlechterung des Gemeindewahlrechts soll auch hier durchgeführt werden. In einer am Mittwoch abgehaltenen außerordentlichen Gemeinderatssitzung, in der die Änderung des Gemeindewahlrechts als einziger Punkt auf der Tagesordnung stand, wurden die Ge-

meindevertreter in Anwesenheit eines Vertreters der Amtshauptmannschaft mit einem fix und fertigen Entwurf überrascht. Wäre das seine Pläne gegliedert, so wären die Mockauer Einwohner, ohne daß sie etwas davon gemerkt hätten, mit einem Schätz-Klassenwahlrecht beglückt worden. Nach dem Vorschlag der Amtshauptmannschaft sollte der Gemeinderat in Zukunft zu bilden sein aus 3 Klassen der Angeessenen und 3 Klassen der Unangeessenen. Die 1. Klasse der Angeessenen würde gebildet von denjenigen Gemeindemitgliedern, die an Grund- und Einkommensteuer zusammen mehr als 90 Ml. jährlich zahlen, und würde 4 Mitglieder wählen. Die 2. Klasse, die diejenigen umfaßt, die jährlich mehr als 40 Ml. zahlen, würde 3 Mitglieder wählen. Die 3. Klasse, d. h. diejenigen, die jährlich 40 Ml. und weniger zahlen, würde 2 Mitglieder wählen. Die 4. Klasse, d. h. diejenigen Unansässigen, die über 1900 Ml. Einkommen haben bezw. 36 Ml. und mehr Staatseinkommensteuer jährlich zahlen, wählt 1 Mitglied. Die 5. Klasse mit einem Einkommen von über 1400 Ml. bis mit 1900 Ml. (20 Ml. und darüber), jedoch nicht 36 Ml. Staatseinkommensteuer jährlich wählt auch 1 Mitglied. Ebenso die 6. Klasse, d. h. diejenigen, die ein jährliches Einkommen bis mit 1400 Ml. haben und an Staatseinkommensteuer bis mit 16 Ml. zahlen. Unter diesem Vorschlag stand: Dieser Vorschlag gilt als geheim und ist nur den Herren Gemeinderatsmitgliedern zugängig. Es war von vornherein den Gemeinderatsmitgliedern nicht möglich, ihre Wähler in Kenntnis zu setzen. Dieses Ausinnen, die Gemeindemitglieder hinter sich zu führen, wurde scharf zurückgewiesen. Und obwohl der Vertreter der Amtshauptmannschaft sich die größte Mühe gab, die Sache perfekt zu machen, wurde beschlossen, die Sache an den Versandsandwich zu verweisen.

**Eilenburg.** **Pastorenklagen.** Das jämmerliche Versagen der nationalen Phrasen und das ratslose Vorwärtsdringen der Sozialdemokratie hat nicht nur den Realitäten aller Schaltierungen das Herz in die Hosen fallen lassen, sondern auch die Geistlichkeit, die sich jederzeit als eifrigste Stütze des Kaisersstaates erwiesen hat, mit ernster Besorgnis erfüllt. Auf der Kreissynode der Ephorie Eilenburg, die vor einigen Tagen hier zusammen war, hat man u. a. auch in har beweglichen Lönen über das Steigen der roten Flut gelaugt. Superintendent Dr. Büchting erstattete einen ausführlichen Bericht über die kirchlichen und städtischen Zustände in der Ephorie, in dem er nach dem Bericht der Eilenburger Neuesten Nachrichten u. a. ausführte:

Im Bild unserer Gegenwart, verglichen mit den Darstellungen der Gemeindeverhältnisse in früheren Jahren, trete ein charakteristischer Zug in unverkennbar düsteren Farben besonders hervor. Man werde das Gefühl nicht los, daß es mit unseren Gemeinden ganz allmählich vergangen gebe. Der Vortragende kam auf die sozialdemokratischen Freiheitsdemonstrationen in Eilenburg zu sprechen, an denen sich nicht nur Stadtbewohner, sondern auch solche vom Lande beteiligten. Dem Kirchen- und Volksfreund wäre dabei bang und weh geworden. — Fast familiär stimmten die Berichte über den Kirchendienst darin überein, daß er im allgemeinen auf dem vorjährigen Stand geblieben ist. Nur in einer Parochie (Wettewig) ist gegen frühere Jahre ein Rückgang eingetreten, während eine einzige andere Kirchengemeinde (Sprotta) eine kleine Erholung aufweist. Bei einer Seelenzahl von 29.800 wurden in der gesamten Diözese als Durchschnitt für den gewöhnlichen Sonntag 4714 Kirchenbesucher und als Durchschnitt für die Festtag 4714 Gottesdienstbesucher gezählt. In Prozenten ausgedrückt und die Kinder abgerechnet ergab das eine erschreckende Ziffer: 5,8 Prozent auf den Sonntag und 18 Prozent für den Festtag. Neben den Kirchenbesuch an den Sonntag-Nachmittagen sagt der Bericht aus Groß-Wölkau würdevoll: "Die Nachmittags-gottesdienste haben sich überlebt." So wie es dort ist, ist es in den meisten Gemeinden. Nach der Ansicht des Vortragenden liege die Ursache hieran nicht an der sozialdemokratischen Bewegung. Die sozialdemokratische Austrittsbewegung hat im letzten Jahre nachgelassen und ist nur in der Stadt Eilenburg zu finden, wo 14 Austritte gegen 21 des Vorjahrs erfolgten. Es ist zu fürchten, so sagt der Bericht würdevoll, daß man in den agitatorischen Kreisen nur durch Abkündigung auf rein politische Demonstrationen mit der Austrittspropaganda aufgehört hat oder auf noch günstigere Gelegenheit wartet. Die Tatsache liegt jedenfalls vor, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft die Kirche boykottiert hält, daß, so in Hohenleina, die örtlichen Führer der Sozialdemokratie und die von auswärts gerufenen Prediger im Kirchenseindlichen Sinne zu wirken suchen. Auch über die Einwirkung der Sozialdemokratie auf die schulklasse Jugend klagt der Bericht. Die Ratschläfungen mit den konfessionierten Jugend gehen stark zurück. Nur noch in 18 Parochien wird sie gehalten und dort mit verschiedenen Erfolgen. Gut besucht sind sie nur in wenigen Gemeinden, in ersten Linie in Niedergräfenhain, Krippehna, Tiefensee, Sprotta. In der Jugendpflege neue Wege zu finden, das sei eine Aufgabe, des Schweines der Edlen wird.

Dieses Lamento ist zugleich ein glänzendes Zeugnis für die rührige Tätigkeit und die Aufklärungsarbeit unserer Genossen und bestätigt nur, daß es trotz aller Versuche der Finsterlinge, das Volk in Dummheit und Knechtlichkeit zu erhalten, mit Riesenrittern vorwärts geht. An der Thatsache, daß die breite Masse immer mehr zu der Erkenntnis kommt, daß sie ihre Lage nicht durch flehligen Kirchenbesuch, sondern nur durch den Klassenkampf verbessern kann, kann auch die beweglichte Pastorenklage nichts mehr ändern. Auch die Spekulation auf die Jugend ist für die geistlichen Herren ganz aussichtslos. Die Aufgabe, neue Wege zu finden, hat die Arbeiterschaft in ihren Jugendorganisationen in glänzender Weise gelöst. Der "Schwein der Edlen" wird ganz zuhause vergessen werden.

**Zudelhausen.** Der Konsumverein für Zudelhausen und Umgegend hielt am 10. September seine Generalversammlung ab. Dem Bericht des Vorstands ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 135 auf 213 stieg. Der Umsatz stieg von 44.481,80 Mark auf 52.617,05 Mark. Das Gewinn- und Verlustkonto schließt mit 10.878,52 Mark ab, während das Bilanzkonto 13.254,87 Mark aufweist. Den Reinverlust der 5.004,50 Mark beträgt, schlägt die Verwaltung vor, wie folgt zu verteilen: 9 Prozent Rückvergütung an die Mitglieder, dem Reservesonds 300 Mark, dem Dispositionskonds 200 Mark, als Entschädigung für die Verwaltung vor ihrer vorliegenden Rechnung 28,85 Mark. Dem stimmt die Versammlung zu. Bei der Wahl des Gesamtvorstands wurden die Genossen Michael Geiger, Wilhelm Glindel und Otto Steinhardt wieder gewählt. In den Ausschüssen wurden die Genossen Gustav Untenbelen und Otto Thürlmer, und als Stellvertreter Oswald Schubert und Karl Schmid wieder neu gewählt. Bei der Banarbeiterausperrung verteilte der Verein an die davon betroffenen Mitglieder pro Woche eine Brotdose.

Entschädigung für die Verwaltung vor ihrer vorliegenden Rechnung 28,85 Mark. Dem stimmt die Versammlung zu. Bei der Wahl des Gesamtvorstands wurden die Genossen Michael Geiger, Wilhelm Glindel und Otto Steinhardt wieder gewählt. In den Ausschüssen wurden die Genossen Gustav Untenbelen und Otto Thürlmer, und als Stellvertreter Oswald Schubert und Karl Schmid wieder neu gewählt. Bei der Banarbeiterausperrung verteilte der Verein an die davon betroffenen Mitglieder pro Woche eine Brotdose.

Delikat. Ein Eisenbahnunfall trug sich vorgestern ab auf dem Berliner Bahnhof zu. Eine Lokomotive mit Tender und ein leerer Güterwagen rangierten in der Nähe des Baumwollmühlens Grundstücks und waren im Begriff von einem Gleis auf das andere überzugehen, als sich zwischen Lokomotive und Tender die Weichenzunge verschob, so daß der nachfolgende Tender und Güterwagen eine andere Richtung befanden und aus dem Gleis sprangen. Von Bitterfeld wurde sofort ein Hilfszug gesandt, doch dauerte es mehrere Stunden, ehe Tender und Güterwagen wieder auf das Gleis gehoben waren. In der Zwischenzeit mußten die durchfahrenden Züge umgeleitet werden, wodurch sie Verzögerungen erlitten.

## Hus den Nachbargebieten.

### Polnische Saisonarbeiter und Justiz.

Vor der Strafkammer in Naumburg kam, wie unser Hallesches Parteblatt berichtet, ein Massenprozeß zur Verhandlung, dessen Ursachen in der Schänderei und Prellerei der polnischen Arbeiter durch die Jäger zu suchen sind. Das Mittwoch Schloß Quedlinburg beschäftigt eine größere Zahl russisch-polnischer Arbeiter, darunter Frauen und Mädchen. Die Arbeitsverhältnisse scheinen recht miserabel zu sein. Ende Mai d. J. stellten die Frauen und Mädchen die Arbeit ein, weil sie sich betrogen fühlten. Sie behaupteten, es sei vereinbart, daß die Haushalte im Alltag ausgeschaut werden sollten. Als sie nun die ganze Woche über illegal geschlafen, bekamen sie am Sonntag nur den ärztlichen Tagelohn abgezahlt. Ein Landsmann Kulansky riet ihnen, nicht eher zu arbeiten, als bis klar ist, ob sie im Alltag oder Tagelohn arbeiteten. Als am Vortag die Frauen nicht arbeiteten, wurde zu Mittag der Gendarmerie geholt und ihm Kulansky als Mädelführer beigelegt. Der Gendarm schritt zur Verhaftung. Auf dem Transport zu dem in der Nähe befindlichen Stadtfängnis folgten die Frauen und Mädchen, die den Verhafteten am Gefängnis an der Kleidung und an den Händen festhielten. Es entstand eine Zerreißerei um den Verhafteten; hier die Frauen, dort der Gendarm, der Gutsinspektor Heinze und der hinzugekommene Gefängnisdirektor. Man schlug auf die Frauen, unter denen sich auch die Frau des Verhafteten befand, ein. Nun packte Kulansky die Wut. Er riß sich los, stürzte sich auf den Gendarm und versetzte ihm einen Faustschlag, schnell bekam auch der Herr Gutsinspektor ein paar derb Ohrfeigen. Auch der Gefängnisdirektor kam tatsächlich mit einem "blauen Auge" davon. Schließlich wurde Kulansky von der Uebermacht bewältigt, ein schrecklicher Schlag auf den Kopf stieß ihn zu Boden.

Aus diesem Vorgange hat nun die Justiz eine ganze Serie von Straftaten zusammengestellt. Zunächst ist die bekannte Geisteinordnung verletzt. Dann folgen Beleidigung, Bedrohung, Misshandlung, Körperverlehung mittels gefährlichen Werkzeugen (Fibelriemen), Widerstand gegen die Staatsgewalt und Gefangenbefreiung. Auf den Nullagebank müssen zehn Personen Platz nehmen. Zwei davon waren seit drei Monaten in Haft. Eine Menge hat den Staub des preußischen Kulturstabs von den Füßen geschafft. Die Angeklagten, die auf den der deutschen Sprache nicht mächtigen Kulansky, machen einen unbekömmlichen Eindruck. Da kann die Göttin mit der Augenbinde billig Triumph feiern. Der Gutsinspektor Heinze versetzte schon auf dem Gutshof der Frau des Kulansky einen Stoß; Kulansky tritt hinz und sagt: "Wenn du meine Frau nochmal anschaust, schlag ich dich in Stücke!" Die Justiz findet Beleidigung und Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens und setzt zwei Monate Gefängnis fest. Nun ist ja richtig, Kulansky braucht die Worte nicht zu sagen, sondern er hätte diesen tatsächlichen Angriff auf seine Chefin vielleicht durch eine wohlgezielte Ohrfeige abwehren können. Das wäre auf der Stelle erwiderte Beleidigung gewesen. So hat aber die Justiz billige Gelegenheit, aus den Worten: "Ich schlage dich in Stücke!" die Ausrohung eines Verbrechens zu definieren. Ähnliche Beispiele liegen sich noch mehr anstreifen. Es wurden schließlich Strafen von zwei Monaten bis zu neun Monaten Gefängnis ausgeworfen.

**Zena.** Der verantwortliche Redakteur der Weimarer Volkszeitung, Gen. Georg Pfeuffer, wurde vom Landgericht Weimar wegen Beleidigung des Präfekten des gemeindlichen thüringischen Oberlandesgerichts Dr. Börner zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen eines Artikels, in dem dem Oberlandesgerichtspräsidenten wegen seiner zum Einzug des Großherzogpaars in Zena gehaltenen Begrüßungrede der Vorwurf des Byzantinismus gemacht wurde.

**Noba (S.-A.).** Im Scheunenviertel am Weyher brach in der Nacht aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das in kurzer Zeit 15 Scheunen mit den gesamten Ernteverräten vernichtete. Der Feuerwehr gelang es, die nahegelegenen Wohnhäuser zu schützen.

### Versammlungskalender.

**Sonnabend:** Jalousiearbeiter. Versammlung, Vollhaus, Abends 8 Uhr. Metallarbeiter. Versammlung, Vollhaus, Abends 10 Uhr. Mechaniker und Elektromonture. Dörfenl. Versammlung, Vollhaus, Abends 10 Uhr. Schuster, Schuhmacher, Schuhflockenarbeiter. Versammlung, Vollhaus, Abends 10 Uhr. Schuhmacher, Dörfenl. Einwohner-Versammlung, Schäferhof, Abends 8 Uhr. Großherzogliches Waisenhaus, Dörfenl. Versammlung, Galhof zum Trompeten, Abends 8 Uhr. Sonntag: Brauerel. und Bäckerarbeiter. Gemeinschaft. Versammlung, Vollhaus, Nachmittags 8 Uhr. Sonnabend: Brandis. Gemeindeversammlung, Hirschbach, Abends Nachmittags 8 Uhr.

**Sozialdemokr. Verein für den 13. sächsischen Reichstagwahlkreis.** Freitag: Ortsverein Görlitz. Mitgliederversammlung, Mönchhof, Abends 10 Uhr. Sonnabend: Ortsverein Gutsdorf. Mitgliederversammlung, Vereinstotal, Abends 10 Uhr. Ortsverein Modau. Mitgliederversammlung, Vereinstotal, Abends 10 Uhr. Ortsverein Raunhof. Mitgliederversammlung, Stadt Dresden, Abends 10 Uhr. Ortsverein Lebus-Gaußh. Mitgliederversammlung, Gelbe Linde, Dörsch, Abends 9 Uhr. Ortsverein Gutsdorf. Mitgliederversammlung, Gutsdorf Grün, Abends 10 Uhr. Ortsverein Sommerfeld. Mitgliederversammlung, Goldner Stern, Sommerfeld, Abends 9 Uhr. Ortsverein Thörlberg. Mitgliederversammlung, Vereinstotal, Abends 10 Uhr. Ortsverein Wahren. Mitgliederversammlung, Hirtenköpfchen, Abends 10 Uhr.

In reiner Packung, garantiert  
reines Fabrikat,  
macht die Wäsche blendend weiß.  
1 Pfund 20 Pfennig.  
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

**Steinbach's Wasch Extrakt.**

Manacht besonders auf die  
Firma u. Schutzmarken.  
**F. E. Steinbach,**  
Leipzig.

## Konferenz der Gewerbegerichtsbesitzer Deutschlands.

th. Köln, 14. September.

### Zweiter Verhandlungstag.

Die Liste beginnt mit der Bekanntgabe der Präsenzliste. Es sind 145 Vertreter anwesend, nämlich 184 Arbeitgeber, 1 Unternehmer, 4 Vertreter von Kaufmannsgerichten, 1 Vertreter des Bundes der technisch-industriellen Beamten, 4 Mitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften und 1 Vertreter des Ausschusses des Verbandes der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Über Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichtsreferiert Stark - Dresden. Einleitend verweist er darauf, daß, wenn ein Gesetz in Wirklichkeit trete, dann der Streit um das Gesetz beginne. Dies trifft insbesondere zu, wenn Arbeiterrichter in Frage kämen. Well der Reichstag seinerzeit die vorsätzlichen Vorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in bezug auf Ausdehnung der gewerblichen Rechtsprechung abgelehnt, deshalb heute die Schwierigkeiten. Die in § 1 des G.G.G. festgelegte Bestimmung, daß für gewerbliche Streitigkeiten die Zuständigkeit gegeben sein soll, habe zu fortgesetzten Streitigkeiten geführt, weil der Begriff ganz verschieden angewandt wird. Nebner erörtert das näher und kritisiert weiter den § 2, wonach nur Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern die Verpflichtung zur Errichtung von Gewerbegerichten haben. Im § 3 wird die Zuständigkeit den Betriebsbeamten ufw. nur bis 2000 Mf. Einkommen zugestanden, wodurch große Gruppen von der Anspruchnahme des Gesetzes ausgeschlossen sind. Weiter bemängelt Nebner die §§ 4, 5 und besonders 7, der es ausläßt, daß bestimmte Berufe oder bestimmte Gemeindebezirke der Zuständigkeit der Gewerbegerichte nicht unterstehen. Arbeiterschaft aller Berufe leiden unter den örtlichen, sachlichen und beruflichen Zuständigkeitsbeschränkungen, insbesondere als ganze Gruppen weist Nebner auf die Gemeinde- und Staatsarbeiter, die Arbeiter in Kunstinstituten, Jogen, Wohlfahrtsanstalten ufw. hin. Die gesamten Arbeiter im Elbflossfahrt betrieben sind ausgeschlossen, weil ein alter Staatenvertrag vom Jahre 1843 noch Geltung hat, welcher die in der Elbflossfahrt Beschäftigten den Elbflossgerichten unterstellt. Nebner erwähnt eine größere Anzahl von Nebenbeschäftigung, die aus dem Grunde der Gewerbegerichtsbarkeit nicht unterstellt sind, weil der Hauptbetrieb in Wirklichkeit oder dem Schein nach nicht als Erwerb der Unternehmer gilt. In allen solchen Fällen seien die betreffenden Arbeiter die Benachteiligten. Von Petitionen, die auf Abhilfe dieser Zustände gerichtet sind, verspricht der Referent sich nicht viel, weil das meiste Arbeit für den Papierkorb sei. Nur wenn bestimmte Gesetzesvorlagen zur Beratung ständen, wie zurzeit die Reichsversicherungsabänderungsanträge, könnten Petitionen Anspruch auf Beachtung finden. Nebner empfiehlt dagegen die Sammlung von Material, insbesondere einschlägige Urteile, eine Besprechung derselben in engeren Kreisen und gutschätzliche Auseinandersetzung der Gewerbegerichte sowie die Publikation solcher Gutachten. Ein solcher Appell an die Deutlichkeit finde immer eine gewisse Beachtung.

Dann begründet der Vertreter des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Schweizer, eine Petition an den Reichstag und erbittet die Unterstützung der Gewerbegerichte. In der Petition wird gefordert, daß Betriebsbeamte ufw. bis zu einem Einkommen von 5000 Mf. den Gewerbegerichten unterstellt werden sollen und daß der § 4 des G.G.G. dahin geändert wird, daß auch die Streitigkeiten aus der sogen. Konkurrenzklause zur Zuständigkeit der Gewerbegerichte gehören sollen. Die Bestimmung, daß nur Orte mit 20 000 Einwohnern die Verpflichtung zur Errichtung von Gewerbegerichten haben, soll aufgehoben und festgelegt werden, daß mindestens in jedem Amtsgerichtsbezirk ein Gewerbegericht errichtet wird. Ferner willst du die vom Nebner vertretene Beamtengruppe die obligatorische Einführung der Verhältniswahl und für die technisch-industriellen Beamten besondere Weisheit aus eigenen Wahlgruppen, die Herabsetzung der Wählbarkeit von 30 auf 25 Jahre und des Wahlrechts vom 21. Jahre an, sowie Ausdehnung des Wahlrechts auf weibliche Arbeiter und schließlich die Aufhebung der Berufungsgrenze von 100 auf 300 Mf.

Unter denselben Punkt der Tagesordnung erörtert Lorenz aus Chemnitz noch die Frage: Sind Prozeßkosten zulässig bei Unzuständigkeitsklärung des Gewerbegerichts? Nebner weißt an einem freigestellten Falle nach, daß einem Arbeiter 8 Mf. Gerichtskosten auferlegt sind in einer Sache, die gar nicht zur Verhandlung gekommen ist, und vertritt nun die Meinung, daß das nicht zulässig sei, obwohl bei Prüfung des Falles Juristen die Kostenberechnung für einwandfrei erachtet haben.

In der nun folgenden Diskussion vertritt zunächst Hora in bezug auf die Zuständigkeitsfrage den Standpunkt, daß auf Schaffung allgemeiner Arbeitgerichte hingearbeitet werden müsse, denen alle Arbeiter in gewerblichen Stellvertretern unterstellt seien. Vor allem auch müsse die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Dienstboten angestrebt werden. Nebner unterstellt die Forderungen des Referenten stark, ist auch mit den Anträgen der technisch-industriellen Beamten einverstanden, nur hat er Bedenken gegen die eigene Gruppenbildung dieser Kategorie. - Hupperts - Hamburg will die Konkurrenzklause aus den Forderungen der technisch-industriellen Beamten ausgeschaltet wissen. Das Hamburger Gewerbegericht habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Frage zu wenig Sachlichkeit bei den Gewerbegerichtern begegne. Ferner habe das Hamburger Gewerbegericht die Forderung der eigenen Gruppenbildung abgelehnt wegen der sich daraus ergebenden Konsequen-

zen. - Sarinski - Magdeburg bringt eine Petition des Werkmeisterverbandes an den Reichstag zur Kenntnis der Versammlung. In dieser Petition wird gleichfalls die Ausdehnung der Zuständigkeit nach § 180 der Gewerbeordnung auf alle Privatbeamten bis zu einem Einkommen von 5000 Mf. gefordert. Dann nimmt die Petition zur Konkurrenzklause und zur Bildung besonderer Gruppen für die Privatbeamten dieselbe Stellung ein wie die der technisch-industriellen Beamten und fordert außerdem zu § 10 des G.G.G. eine Aenderung dahin, daß der Vorsitzende des Gerichts unter allen Umständen einen Jurist sein muß, der die Staatsprüfung für den höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst abgelegt hat. - Wissel vertritt den Standpunkt, daß die Schwierigkeiten in bezug auf Zuständigkeit und Rechtsprechung weniger auf den unspezifischen Geist des Gewerbegerichts, sondern vorwiegend auf die Mängel des Gesetzes selbst zurückzuführen seien. Fast allgemeinen Widerspruch findet Redner mit der Behauptung, daß städtische Kunstantaltan sowie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke keine gewerblichen Betriebe seien. - Heiden - Frankfurt wendet sich gegen jede Beschränkung der Zuständigkeit für gewerbliche Streitigkeiten und fordert allgemeine Arbeitgerichte, ist in bezug auf Bildung von Sondergruppen gegen die Petition der technisch-industriellen Beamten, was er damit zu begründen sucht, daß man in Frankfurt dieser Angestelltengruppe einen Sitz auf der Kandidatenliste der freien Gewerkschaften angeboten habe, der aber von den Angestellten abgelehnt sei. Redner schlicht daraus, daß die technisch-industriellen Beamten auch nur die Berufsplattform betreiben. - Bange - Hamburg (Vertreter der Handlungsbürohöfe) sucht nachzuweisen, daß die Forderung auf besondere Gruppenbildung für die technisch-industriellen Beamten berechtigt ist. Auch der sozialdemokratische Parteitag habe 1894 auf Antrag von Dr. Duark für die Handlungsbürohöfe die besondere Gruppenbildung angestanden, und auch im Arbeitskammergesetzentwurf sei eine ähnliche Forderung enthalten, welcher die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zugestimmt habe. Werde dieser Wunsch nicht berücksichtigt, dann treibe man die technisch-industriellen Beamten dazu, Anträge auf eigene Gerichtsbarkeit zu fordern. - Robert Schmidt (Generalkommission) weist darauf hin, daß die billige Agitation in dieser Frage auf möglichste Berufsplattform abziele. Es sei deshalb taktisch falsch, durch Versagung des Wunsches der technisch-industriellen Beamten diese abzuschließen. Redner bestätigt die Aussführungen von Bange und begründet eingehend die Forderung auf Schaffung von allgemeinen Arbeitgerichten. Er spricht weiter seine Bewunderung darüber aus, daß auch noch Arbeitgeberbezirke die Auflösung vertreten können, daß die Ausbildung der Konkurrenzklause aus der Rechtsprechung der Gewerbegerichte gerechtfertigt sei. - Schweizer, der Vertreter der technisch-industriellen Beamten, führt aus, daß gerade seine Organisation den Standesdienst bekämpft. Der Grund, weshalb man in Frankfurt das Angebot der freien Gewerkschaften abgelehnt habe, sei lediglich der, daß der Bund die wirtschaftliche Vertretung seiner Interessen nicht an eine besondere politische Mächtigkeit knüpfen könne. Die kleine Gruppe der technisch-industriellen Beamten könne sich den Augen der gegenseitigen Bekämpfung nicht gestatten, wie das bei den freien, christlichen, Hirsch-Dunderschen und sonstigen Gewerkschaften der Fall sei. Gerade durch Ablehnung des Anschlusses an eine bestimmte Gruppe habe der Bund der Berufsplattform entgegengearbeitet. Redner sieht dann nochmals die Berechtigung der eigenen Gruppenbildung nachzuweisen und bittet um Zustimmung zu der Petition. - Nach einem Reflissen des Vorsitzenden steht fest, im Sinne der Ausführungen des Referenten entschieden.

Nunmehr wird die Tagesordnung des am folgenden Tage beginnenden Verhandlungstages des Verbandes der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte einer Besprechung unterzogen und die Frage der Beteiligung an den Beratungen erörtert.

An der Nachmittagssitzung ist nur noch der Punkt: Die Rechtsprechung an den Gewerbegerichten zu erleben. In der Erörterung dieser Angelegenheit wird hauptsächlich Klage geführt über die Art des Verfahrens in den Sitzungsterminen. Die Arbeiter haben vielfach das Gefühl, daß die Vergleiche unter erheblicher Beeinflussung des Richters zugunsten der Unternehmer stehen. Einige Redner waren der Ansicht, daß manche Richter auf diesem Gebiet direkt Mißbrauch mit den ihnen zugeschriebenen Rechten treiben. Die eingesetzten Richter hätten häufig die Auffassung, daß sie unter Benutzung ihrer Unkenntnis "aus Glattes" gelöst würden. Es wurde empfohlen, in allen Fällen, wenn die Arbeiter nicht klar seien, ihnen anzuraten, einen Termin mit Beisterti zu verlangen. Dass ein Eingelrichter nur Urteile im Einvernehmen mit den Parteien erlassen kann, sei den meisten Arbeitern nicht bekannt, weshalb es Pflicht eines wirklich unparteiischen Richters sei, sie darauf aufmerksam zu machen. Eine weitere Frage, ob Sonderverträge zulässig seien, wenn das Arbeitsverhältnis an einem bestimmten Ort durch Tarifverträge geregelt sei, wurde an der Hand von Urteilen allseitig verneint.

Mit Erledigung dieses Punktes war die Tagesordnung eröfnet, worauf dann der Vorsitzende Hora die Konferenz schloß.

### Ortskrankenkasse Leipzig.

Die Ortskrankenkasse zählte am 31. August 1910 188 856 (175 784\*) Mitglieder und zwar: 129 020 (122 674) männliche und 57 880 (58 110) weibliche Personen. Meldungen einschließlich zur Invalidenversicherung gingen ein: 59 541 (51 508) und zwar: 80 491 (24 088) An- und 29 080 (21 012) Abmeldungen.

\* Die eingeklammerten Zahlen betreffen den gleichen Monat des Vorjahrs.

Im Berichtsmonat wies die Abteilung I (Gruppe 1): Industrie der Steine und Erden, (Gr. 2): Metallverarbeitung, (Gr. 3): Industrie der Maschinen, Werkzeuge, Instrumente und Apparate einschließlich Fertigung von Musikkästen, (Gr. 4): Holz- und Schnitzstoffe, (Gr. 5): Baumwolle, einen Zugang in Gr. 1 von 78, in Gr. 4 von 128 und in Gr. 5 von 805 - 811 und einen Abgang in Gr. 2 von 132 und in Gr. 3 von 84 - 216 Mitgliedern auf.

Die Abteilung II (Gr. 6): Chemische Industrie, Erzeugung und Bearbeitung forstwirtschaftlicher Nebenprodukte, Leichtstoffe, Teile, Kerze, Kerzen, (Gr. 7): Textilindustrie einschließlich der Bleicherei, Druckerei, Farberei und Appretur, (Gr. 8): Land- und Forstwirtschaft, Kunst- und Handelswaren, Fischerei, (Gr. 9): Industrie der Nahrungs- und Genussmittel einschließlich Tabakindustrie, (Gr. 10): Bekleidung und Reinigung, (Gr. 11): Beherbergung und Erholung, hatte einen Zugang in Gr. 6 von 85, in Gr. 9 von 92 und in Gr. 11 von 92 - 189 und einen Abgang in Gr. 7 von 41, in Gr. 9 von 100 und in Gr. 10 von 17 - 164 Mitgliedern zu verzeichnen.

In Abteilung III (Gr. 12): Papier-, Leeder- und Gummiindustrie, (Gr. 13): Polygraphisches Gewerbe, (Gr. 14): Handels-, Versicherungs- und Verkehrsgewerbe, Geschäftsbetriebe der Innwälle, Notare, Gerichtsvollzieher, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten betrug der Zugang in Gr. 14 8 und der Abgang in Gr. 12 72 und in Gr. 13 60 - 141 Mitglieder.

Der Gesamtzugang begünstigt sich folglich auf 1003, der Abgang auf 521 Mitglieder.

Mitgliedsbücher waren 5901 (2710) auszusterten, Krankenammlungen erfolgten von 5262 (4940) männlichen, 2001 (2004) weiblichen erwerbsfähigen Mitgliedern einschließlich 200 (278) Kinderinnen. Krankenhauspflege erhielten 880 (840) Mitglieder, also der 10,4. Teil der sämtlichen erwerbsfähigen erkrankten Mitglieder. An Krankengeld einschließlich Familien- und Wochnerinnenunterstützung wurden im Monat August - 4 Wochen - 24 Wochentage 243 492,57 (282 890,78) Mf. gewährt, außerdem 11101,88 (12780,50) Mf. an Sterbegeld. Im Monat August entfallen circa 10 611 Mf. bare Unterstützungen auf einen Bevölkerung, gegenüber circa 10 448 Mf. im Monat Juli d. J. In den 8 Monaten des laufenden Jahres wurden an Krankengeld einschließlich Familien- und Wochnerinnenunterstützung zusammen 18 008 000,20 Mf. (1917 158,75 Mf.) auf 84 Wochen - 24 Wochentage und an Sterbegeld 99 888,58 Mf. (90 000,72 Mf.) ausgezahlt. Ausgesteuert wurden, d. h. erhielten die vollen Leistungen der Kasse 28 bzw. 24 Wochen lang für eine ununterbrochene Krankheit, blieben aber darüber hinaus noch frank 110 Mitglieder. Von den 21 angestellten Krankenkontrolleuren wurden 17 412 Besuche in der Stadt Leipzig und 128 weiteren Ortschaften gemacht, während seitens der freiwilligen Krankenbesucher nach den hier vorliegenden Mittelungen 10 243 Besuche im Beagle der Kasse gemacht wurden. Wegen Zurückhaltungen gegen das Statut und insbesondere wegen Überschreitung der vorgeschriebenen Auszeit, Wiederaufnahme der Arbeit vorherige Gefundene usw. wurden insgesamt 572 (808) schriftliche Anzeigen erstattet. In 575 (487) Fällen wurden Strafen in verschiedener Höhe verfügt und in den übrigen Fällen dagegen entsprechende Verwarnungen ertheilt. In den Fällen Zahlstellen haben an den Sonnabenden 18 578 Personen und zwar: 2008 in der inneren Stadtfiliale, Gessertstraße 7/9, R.-G. part. links, 2121 in L.-Plagwitz, 2010 in L.-Lindenau, 2028 in L.-Gohlis, 3124 in L.-Neustadt, 2365 in L.-Neustadt, 1080 in L.-Connewitz und 2045 im Volkshaus, Zeitzer Straße 82, das Krankengeld erhoben. In Wannen-, Bassen- und Dampfbademärkten wurden insgesamt 3240 Stück an die Mitglieder bzw. deren Angehörige verabfolgt. Dieselben verteilen sich auf das Augustus-, Bötz, Diana-, Kaiser-, Karola-, Linden-, Marien-, Nord-, Sophien- und Centralbad, sowie auf Bob, Wildenstein und Kurbad Plagwitz. Der Verkauf erfolgt nach wie vor ohne ärztliche Verordnung gegen ermäßigten Kostenpreis sowohl im Hauptbüro als auch in den vorgedachten Filialen.

Der Zu- und Abgang in den der Kasse zur Verfügung stehenden Heilstätten war folgender:

	Zugang	Abgang
Augustusbad (Männer und Frauen)	144	107
Gleesberg (Frauen)	99	48
Förstel (Frauen)	88	87
Raunhof (Männer)	50	88
Oberholz (Frauen)	18	18
(Heilstätte Dr. Hebeleit)		

### Veranstaltungen im 13. Reichstagswahlkreis.

Der Drittvorstand R.-Ost hielt am 9. d. M. in den Räumen eine Mitgliederversammlung ab, in der Gen. Stellvertreter über Streitfälle in die Geschichte der Sozialdemokratie sprach. Eine Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag wurde nicht belebt. Dagegen entpann sich eine lange, zum Teil erregte Debatte über die Angelegenheit des Mitglieds Dr. Schulze. Sch. wurde bereits früher aus dem Jugendbildungsbereich ausgeschlossen und erhielt seinerzeit wegen seines Verhaltens von der eingesezten Kommission eine Strafe. Seitdem interessiert er mit allen Mitteln gegen die beteiligten und leitenden Personen am Ort. Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag, der den Ausschluß Schulzes aus der Partei verlangt, gegen eine geringe Minorität an. Zum Schlusse forderte der Vorsitzende zur regen Beteiligung an den Abstimmungen für die bevorstehenden Stadtwahlkämpfen auf und erfuhr die Mitglieder, beim Einkauf von Schulbüchern etc. die Filiale der Volkszeitung zu berücksichtigen.

Tel. 4086 Gegr. 1876

**Kohlen carl Einführer**  
Schirmerstrasse 31.  
Filiale: Ranstädter Steinweg 49.

**Briketts - Koks - Anthracit**  
Allerbilligste Sommerpreise nur noch kurze Zeit.  
Prompte Lieferung, auf Wunsch zur bestimmten Stunde :: Strong reelles Gewicht.

### Bade- und Schwimm-Anstalten.

**Königin Carola-Bad**, Fango-Bohdung, Dampf-, Bannen-, elektr. Licht-, Kohlenküche u. Kurbäder, Schwimm-Bassin. Jeden Dienstag: Volkstag. Eintritt 20 Pf.



**Einzig am Platze!**  
**Schuh-Sport B. Fläum**  
31 Hainstrasse 31

Unser Spezialität:  
Damen- und Herren-Stiefel pro Paar  
sind und bleiben unübertroffen!  
Denn wir bringen  
das Neueste vom Neuesten!

Lassen Sie sich durch Nachahmungen  
nicht beirren, wir unterhalten am  
hiesigen Platze keine Filiale

Unser einziges Geschäft befindet sich nach wie vor nur  
**Hainstrasse 31 Schuh-Sport B. Fläum**

**50**  
MK.

**6**





## Volkshaus

Leipzig :: Zeitze Str. 32  
Moderner Restaurationsbetrieb, Café  
Angenehmster Familien-Aufenthalt  
Große Versammlungs-, Konzert- und  
Ballräume :: ff. Billards :: Tel. 3170

Sonnabend, den 17. September  
Volksliederabend des Frauen- u. Mädchen-Chors  
Dir. Herr P. Michael :: Mitwirkt. Michaels Soloquartett.

Im Café Künstler- u. Unterhaltungs-Konzerte.

## Grosses Ballfest

Sonnabend, den 24. September  
Gesangverein Gutenberg: Rekruten-Abschied.

Sonntag, den 1. Oktober  
Herbstfest der Leipziger Bildhauer  
Mitwirkt.: Fr. Meyer-Chemnitz, Herr Al. Kunze-Leipzig.  
Mittwochs: Großes Schlachtfest.

## Haupt-Restaurant

Festwirt: Georg Zelnar Neuer Messplatz Festwirt:  
Rudi Winkler mit seiner Schützenkapelle.  
Abwechselnd humoristische Duette.  
Münchner Löwenbräu Schankbier  
direkt vom Fass. direkt vom Fass.  
Beginn nachmittags 1/4 Uhr. [16481\*]

Kulmbacher Ratskeller  
Hainstrasse 25. Inh.: Ferdinand Dunker. Telefon 2771.  
Tägl. angen. Unterhaltungsmusik. Tag u. Nacht geöffn.

Vogtl. Schweiz Restaurant mit Frühstückslüste  
Poniatowskistr. 3. Tel. 12005.  
Empfiehle meine frdl. Lokalitäten. Versatzzimmer (bis 50 Pers.), frdl.  
ff. Biere, jeden Morgen warmes Fleisch, guten Mittagstisch,  
Spezialität: Heringssalat. Louis Donath.

Restaurant z. Auenschlösschen  
Auenstrasse 40, nächste Nähe des neuen Messplatzes.  
Empfiehle meine freundlichen Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer  
allen Freunden und Genossen: Asphalt-Kegelbahn nach  
einer Lage frei. Hochachtungsvoll A. Böhme.  
Bezirkssalon des Sozialdemokrat. Vereins f. d. 12. Kreis L. Wald-West.

Stadt Hannover Seeburgstr. 25/27  
Telefon 2890.

Empfiehle meine freundl. Lokalitäten, Gesellschaftszimmer u.  
Saal zur Abhaltung von Versammlungen u. Festlichkeiten jeder  
Art. ff. Klein-Croissiger Biere, Schweinsknochen, Spätzle,  
Fremdenzimmer zu kleinen Preisen. Ergebenst Emil Wierich.

Franz Zieglers Restaurant und Café  
Promenadestr. 41, am Westplatz  
empfiehlt seine ff. Biere, ff. guten Mittagstisch à 50 Pf.  
Tel. Sonnabend Kartoffelpuffer. Angenehm. Familienaufenthalt.

Restaurant Turnerheim Connestr.  
Schiffstr. 24 Richard Weker.

Halt! Wohin? Gautzsch, nach dem Waldhoff!  
Großer Garten. Angenehmer Aufenthalt.

Grüner Jäger Schleußig  
Rödelstrasse 14. Telephon 9855.

Bringe meine Lokalitäten in Erinnerung. Schöner, baubreiter  
Garten und Kegelbahn. — Sonnabends von früh 8 Uhr an:

Achtungsvoll Th. Thieme.

Gesellschaftshaus Goldner Adler  
Tel. 9228. Lindenaus, Angerstr. 49. Tel. 9228.

Allen Genossen, Freunden und den Gewerkschaften auf das  
beste empfohlen. Großer und kleiner Saal sowie Vereins-  
räumen stehen jederzeit zur Verfügung.  
Bei regem Besuch lädt ein Franz Sperling.

Voigts Restaurant Q.-Plagwitz  
Ranburger Str. 12  
hält seine Lokalitäten bestens empfohlen. Ergebenst Louis Volgt

Sophienburg L.-Lindenau  
Kösner Strasse 15  
Sonnabend, den 17. September

Grosses Nacht-Schlachtfest verbunden mit der  
Hierzu laden Freunde und Bekannte freundlich ein

Bruno Taubert und Frau.

Amsel L.-Gohlis  
Ecke Möckernstraße u. Breitenfelder Str.  
30241\* Hochachtend J. Gnoth.

Restaurant und Garten  
Zum Hopfenberg, Wahren

Inhaber: Wilh. Gots. Königstr. 36. 4 Min. v. der Elekt. H. Lin.  
Empfiehle meine freundlichen Lokalitäten mit schattigem Garten  
für Ausflügler und Nachbarn. Für gute Biere u. Käse ist gesorgt.

## Restaurant Hopfenblüte Stötteritz

Vorläufig. Küche, Bestgepf. Biere. Angenehm. Familienverkehr.  
Asphalt-Kegelb. Freundl. Lokalitäten. Ergebenst L. Schwarzsinger

Naunhof, Schillerschlösschen, Wurzener  
Str. 265. Empfiehle werten Sportgenossen und Gesellschaften meine  
Lokalitäten in Orchesterion. Hochachtungsvoll Hermann Gotzsch.  
Einkehrstelle des Arbeiterabfahrerbundes Solidarität. [16486\*]

### Geschäfts-Verlegung.

Am heutigen Tage verlege ich mein Geschäft vom  
Johannisplatz '28' nach

## L.-Gohlis, Stockstrasse 2.

Für das mir während meiner langjährigen Geschäft-  
zeit entgegengebrachte Wohlwollen sage ich meiner  
werten Kundenschaft herzlichen Dank. Ich bitte, das mir  
stets entgegengebrachte Vertrauen auf mein neues Ge-  
schäft zu übertragen.

Gleichzeitig bitte ich das geehrte Publikum von  
Gohlis mein neues Unternehmen unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll  
Ernst Müller, Fleischermeister.

## Ausverkauf

unseres Lagerbestandes in

## Zigarren, Zigaretten, Tabak

wegen Geschäftsauflösung am 30. September.

Günstige Preise. — Durchweg beste Fabrikate.

## Schmidt & Co.

G. m. b. H.

8 Königsplatz 8. [17249\*]

### Gebt den Blinden Arbeit!

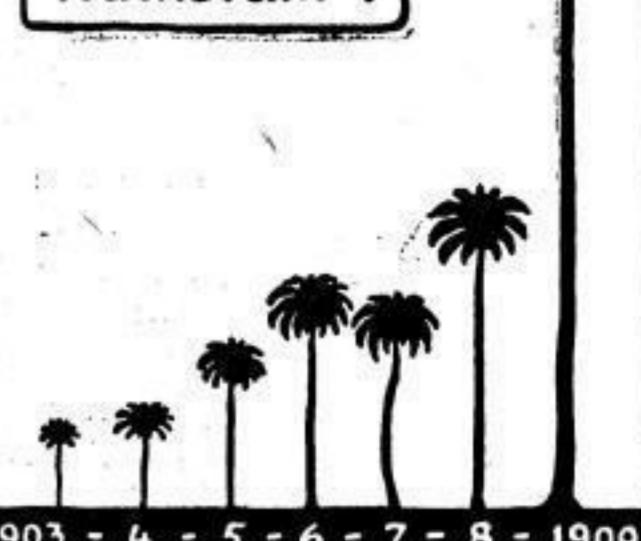
Unterzeichneter Verein empfiehlt als Bürostämmchen: B. Paul,  
Vitzthum Str. 55, pt. Anfertigung von Büsten und Denkmälern aller Art. Als Rohrstuhlflechter u. Bürostämmchen: Ch. Heinrich, Sebastian-Bach-Str. 17, 6. pt. Nur als Rohrstuhlflechter: Frau Burchard, Heinrichstr. 88, IV., Kl. Bed., Ritterstr. 11, M. Ramine, Brodhausstr. 40, Osk. Ulrich, Melanchthonstr. 3, II. r., P. Muze, Peterssteinweg 21, 6. II., G. Berthold, Döhl, Weiberstr. 11, III. Als Blauzimmers: A. Schulze, Bayerische Straße, 44, II., D. Ottmar, Altmüder Straße 109, III. [16487\*]

Die Vervielfältigung der vorwerbenden Blätter ist untersagt.

Seefische aller Art billigst.

IWO PUHONNY.

## Ein interessantes Wachstum!



1903 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 1909  
Dieses Bild zeigt — in genauen Maßen — die enorme Umsatzsteigerung von PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) in Deutschland innerhalb der letzten 7 Jahre. Ein stärkerer Beweis für das Bedürfnis nach Palmin und Palmona und für die Beliebtheit unserer Produkte ist kaum denkbar.  
H. SCHLINCK & CIE, A.-G.

### Achtung!

Markthallenstand 22/23.

Heute und folgende Tage

Hammelfleisch 50 bis 60 Pf.

Rindfleisch von 70 Pf. an.

Frisehausschlachtete Blut- und

Leberwurst bei 6 Pf. 70 Pf.

Hamburger Fischhalle

Lindenau, Odessastr. 2.

Achtung! Verpf. Freitag und

Sonnabend Palmin und Palmona

70 u. 75 Pf. Kirsch, Baumannstr. 14.

Jeden Freitag und Sonnabend:

Frisches Glässe, auch geteilt.

Alfred Siefert, 60, Bornaischstr. 21. L. Maximilian, Stand 61.

Seefische aller Art billigst.

Markthallenstand 22/23.

Heute und folgende Tage

Hammelfleisch 50 bis 60 Pf.

Rindfleisch von 70 Pf. an.

Frisehausschlachtete Blut- und

Leberwurst bei 6 Pf. 70 Pf.

Hamburger Fischhalle

Lindenau, Odessastr. 2.

Achtung! Verpf. Freitag und

Sonnabend Palmin und Palmona

70 u. 75 Pf. Kirsch, Baumannstr. 14.

Jeden Freitag und Sonnabend:

Frisches Glässe, auch geteilt.

Alfred Siefert, 60, Bornaischstr. 21. L. Maximilian, Stand 61.

Seefische aller Art billigst.

Markthallenstand 22/23.

Heute und folgende Tage

Hammelfleisch 50 bis 60 Pf.

Rindfleisch von 70 Pf. an.

Frisehausschlachtete Blut- und

Leberwurst bei 6 Pf. 70 Pf.

Hamburger Fischhalle

Lindenau, Odessastr. 2.

Achtung! Verpf. Freitag und

Sonnabend Palmin und Palmona

70 u. 75 Pf. Kirsch, Baumannstr. 14.

Jeden Freitag und Sonnabend:

Frisches Glässe, auch geteilt.

Alfred Siefert, 60, Bornaischstr. 21. L. Maximilian, Stand 61.

Seefische aller Art billigst.

Markthallenstand 22/23.

Heute und folgende Tage

Hammelfleisch 50 bis 60 Pf.

Rindfleisch von 70 Pf. an.

Frisehausschlachtete Blut- und

Leberwurst bei 6 Pf. 70 Pf.

Hamburger Fischhalle

Lindenau, Odessastr. 2.

Achtung! Verpf. Freitag und

Sonnabend Palmin und Palmona

70 u. 75 Pf. Kirsch, Baumannstr. 14.

Jeden Freitag und Sonnabend:

Frisches Glässe, auch geteilt.

Alfred Siefert, 60, Bornaischstr. 21. L. Maximilian, Stand 61.

Seefische aller Art billigst.

Markthallenstand 22/23.

Heute und folgende Tage

Hammelfleisch 50 bis 60 Pf.

Rindfleisch von 70 Pf. an.

Frisehausschlachtete Blut- und

Leberwurst bei 6 Pf. 70 Pf.

Hamburger Fischhalle

Lindenau, Odessastr. 2.

Achtung! Verpf. Freitag und

Sonnabend Palmin und Palmona

70 u. 75 Pf. Kirsch, Baumannstr. 14.

Jeden Freitag und Sonnabend:

Frisches Glässe, auch geteilt.

Alfred Siefert, 60, Bornaischstr. 21. L. Maximilian, Stand 61.

Seefische aller Art billigst.

Markthallenstand 22/23.

Heute und folgende Tage

Hammelfleisch 50 bis 60 Pf.

Rindfleisch von 70 Pf. an.

Frisehausschlachtete Blut- und

Leberwurst bei 6 Pf. 70 Pf.

Hamburger Fischhalle

Lindenau, Odessastr. 2.

Achtung! Verpf. Freitag und

